Der Kaiser und die Protestanten

in den Jahren 1537—1539

Inaugural-Dissertation
welche
nebst den beigefügten Thesen
mit
Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät der Universität
Breslau
zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde
am
Montag den 23. Februar 1903 vormittags 11 ½ Uhr
in der Aula Leopoldina öffentlich verteidigen wird

Walter Rosenberg
aus Hirschberg

Opponenten:
Herr Dr. phil. Johannes Ziekursch
Herr cand. iur. Graf Eugen Bethusy-Huc

Halle a. S.
Druck von Ehrhardt Karras
1903

Meinem lieben Vater.

Im Jahre 1536 war zum dritten Male der Krieg zwischen Karl V. von Deutschland und Franz I. von Frankreich, den Nebenbuhlern um den Vorrang in Europa, ausgebrochen. Infolgedessen sah sich der Kaiser, der eben aus Tunis siegreich heimgekehrt war, wiederum gezwungen, von seiner Absicht, die deutschen Angelegenheiten zu ordnen, abzustehen, wie sehr sie auch seines starken Eingreifens bedurften. Der Nürnberger Religionsfriede von 1532 hatte es nicht vermocht, die Ruhe in Deutschland dauernd herzustellen. Denn bald erhoben sich zwischen den Anhängern der alten und neuen Lehre Streitigkeiten über die Auslegung des geschlossenen Vertrages. Die Katholiken wollten ihn nur für diejenigen Protestanten gelten lassen, mit denen er 1532 vereinbart worden war, während die Neugläubigen diese Einschränkung keineswegs dulden konnten und wollten. Das Verhältnis beider Parteien wurde dadurch noch gespannter, daß das Kammergericht den streng katholischen Standpunkt vertrat und die Protestanten entgegen den Nürnberger Bestimmungen mit Prozessen in religiösen Sachen verfolgte. Um nun diesen Anfeindungen zu entgehen und die Rechte der Neugläubigen zu sichern, beschloß der Schmalkaldische Bund, eine Gesandtschaft unter dem Grafen Pappenheim an den Kaiser zu senden. Diese überbrachte am 23. September 1536 in Nizza die Klagen der Protestanten über die am Kammergericht weitergehenden Prozesse, die Bitten um Ausdehnung des Nürnberger Friedens auf die seit 1532 Übergetretenen und die Zurückweisung des von katholischer Seite erhobenen Vorwurfs, mit Frankreich im Bunde gegen das Reichsoberhaupt zu stehen. Karl wich einer bestimmten Antwort aus und entließ die Gesandten mit dem Bescheide, daß er seinen Reichsvizekanzler Dr. Matthias Held nach Deutschland senden würde, um den Protestanten den kaiserlichen Willen an-

zuzeigen. Held sollte bereits Anfang November den Hof verlassen; seine Abreise verzögerte sich aber bis Anfang Dezember.[1])

Wegen der späteren Entwicklung der deutschen Angelegenheiten ist es notwendig, auf die Lage des Kaisers in dieser Zeit einen Blick zu werfen. Karls Zug nach Frankreich, der mit so großen Hoffnungen ins Werk gesetzt worden war, war völlig gescheitert. Mit seinem stark geschwächten Heer mußte der Kaiser nach Italien zurückkehren, wo Genua durch ein feindliches Heer bedroht war. Piemont blieb in der Gewalt der Franzosen. Gleiche Mißerfolge waren in den Niederlanden zu verzeichnen. Vergebens versuchte Graf Heinrich von Nassau Péronne zu stürmen; auch hier mußte der Boden Frankreichs geräumt werden. Allgemeine Niedergeschlagenheit herrschte in den kaiserlichen Landen. Dazu kam die Sorge vor der türkischen Flotte, die eben erst Kalabrien geplündert und verheert und die Bewohner fortgeschleppt hatte. Einen klaren Einblick in die fast trostlosen Verhältnisse gibt uns ein Gutachten der kaiserlichen Räte, worin sie ihrem Herrn die völlige Erschöpfung seiner Länder und die Unmöglichkeit, neue Mittel zum Kriege zu erhalten, vorstellten.[2]) Alle Versuche Karls, den Papst zur Aufgabe seiner Neutralität und zum Kampf gegen den Verbündeten des Türken, des Erbfeindes der Christenheit, zu bringen, waren vergeblich. Daher war andrerseits der Kaiser nicht geneigt, auf das Verlangen Pierluigis, des Sohnes des Papstes, einzugehen, der die Verheiratung seines Sohnes Ottavio mit einer Tochter König Ferdinands wünschte. Das gab wieder zu heftigen Ausfällen der beiden Häupter der Christenheit gegen einander Anlaß, sodaß man im kaiserlichen Rat sogar die Frage eines Bündnisses mit einigen italienischen Staaten gegen den Papst erwog. Das alte Übel aber lähmte alle Entschlüsse und Pläne, die kaiserliche Kasse war leer. Karl mußte Italien verlassen und nach Spanien zurückkehren, um neue Bewilligungen von den Kortes zu erlangen. Aus allem diesen geht hervor, daß die Lage des Kaisers eine sehr schlechte war. So lange nicht ein Friede mit Frankreich zu stande gekommen war, war Karl nicht in der Lage, gegen die Protestanten gewaltsam vorzugehen; er mußte vielmehr versuchen, sie zu gewinnen, um sie nicht in die Arme des Gegners zu treiben.

In den letzten Tagen des Dezember traf der Reichsvizekanzler in Wien am königlichen Hofe ein, wie uns eine Depesche des päpstlichen Nuntius Morone vom 26. Dezember 1536 meldet.[3]) Den Absichten des Kaisers konnte der Umstand zu statten kommen, daß es endlich gelungen war, den Papst zur Berufung eines allgemeinen Konzils zu veranlassen, und so die Möglichkeit zur Beilegung der religiösen Streitigkeiten gegeben war. Diese Kirchenversammlung sollte am 23. Mai 1537 in Mantua zusammentreten; und schon bereiste der päpstliche Legat van der Vorst, Bischof von Acqui, Deutschland, um Fürsten und Ständen des Reichs die Einladungsbreven zu überbringen. Um auch den Lutheranern den Besuch zu erleichtern, erörterte der Nuntius am königlichen Hofe, Morone, mit Ferdinand die Möglichkeit eines besonderen kaiserlichen Geleitsbriefes für sie. Held aber, der auf Wunsch des Königs mit Morone sprach, erklärte, daß der Kaiser die Protestanten auch ohne einen solchen zum Besuch des Konzils bringen wolle.[4])

Anfang Januar reiste Held von Wien nach München, wo er auf seine Anträge betreffs der Türkenhilfe, des Konzils und des Unterhalts des Kammergerichts zusagende Antworten erhalten zu haben scheint; sein Brief an Ferdinand zeigte große Befriedigung.[5]) Im übrigen aber fanden es die bayrischen Herzöge geraten, sich nach beiden Seiten ihre Freiheit zu wahren; sie erneuerten zwar das französische Bündnis nicht; aber es läßt sich kaum bezweifeln, daß sie auf die Bitte des Kaisers um Hilfe gegen Frankreich keine Zusage gaben.[6]) Auch konnten die Kränkungen, die Herzog Ludwig auf dem letzten Zuge von Karl erlitten hatte, noch nicht vergessen sein. In Augsburg nahm Held von einer Verhandlung mit dem Rate wegen der kürzlich vollzogenen Neuerungen Abstand. Die Messe und der katholische Ritus waren abgeschafft, die Geistlichen der bürgerlichen Obrigkeit unterworfen worden. Ferdinand hatte lange den Abfall dieser mächtigen Stadt zu verhindern gesucht, jetzt sah er sich ohnmächtig, etwas dagegen tun zu können.[7]) In Nürnberg jedoch, das zwar als erste Reichsstadt die Confessio Augustana unterschrieben, sich aber allmählich mehr zurückgezogen hatte und auch nicht in den schmalkaldischen Bund getreten war, brachte

der Reichsvizekanzler am 7. Februar 1537 vor zwei Deputierten des Rats die kaiserlichen Wünsche und Forderungen vor. Die Stadt sollte sich, ungeachtet der Beschlüsse anderer Stände, verpflichten, das Konzil zu beschicken, die Türkenhilfe leisten, und falls die Türkengefahr vorüberginge, diese gegen Frankreich verwenden lassen. Die Mandate inbetreff des Überlaufens zu Franz sollten streng gehalten, der gebührende Unterhalt für das Kammergericht bis zum nächsten Reichstag bewilligt werden. Im übrigen wollte Karl die in Nürnberg vorgenommenen Änderungen verzeihen in der Zuversicht, daß man von weiteren abstehen werde. Der Rat sollte sich aber nicht in die bösen Praktiken wider den Kaiser einlassen und ein Gutachten einsenden, wie solche beseitigt und Friede hergestellt werden könne. Der Rat versprach das Konzil mit allen Treuen zu fördern, müsse sich aber hierin wie inbetreff der Hilfe gegen Franz und des Unterhalts des Kammergerichts nach den übrigen Protestanten richten. Mit den Ceremonien würde man sich so halten, wie man es vor Gott und dem Kaiser verantworten könne.[8]) Der Versuch des kaiserlichen Kanzlers, die nicht zum schmalkaldischen Bunde gehörigen Protestanten von den übrigen auch in den Hauptpunkten zu trennen, war gescheitert.

Von Nürnberg begab sich Held nach Schmalkalden, wo er auch den päpstlichen Legaten fand, der von den einzelnen Fürsten an den Bund gewiesen war. Die protestantischen Fürsten waren zum größten Teil persönlich erschienen. Auch die nicht dem Bunde angehörenden lutherischen Stände waren eingeladen und herbeigekommen, so Georg von Brandenburg, die Räte von Nürnberg, Hall und Heilbronn. Aus den Verhandlungen hebe ich nur das Wichtigste hervor. Das Gutachten der Theologen, die sich für einen Besuch des Konzils aussprachen, weil ja dort vielleicht die Gräuel des Papsttums gebessert werden könnten, wurde von den Ständen verworfen, da das Konzil den protestantischen Forderungen nicht entspräche, insofern dort Papst und Bischöfe Richter sein wollten, und es nach den Worten einer kürzlich erlassenen Bulle nur zur Ausrottung der lutherischen Ketzerei bestimmt wäre. Der Kurfürst von Sachsen dachte sogar daran, dem päpstlichen ein wahrhaft freies Konzil etwa in Augsburg ent=

gegenzusetzen. „Bisher hatte, wie Ranke zu dieser kühnen Idee bemerkt, die Minorität nur an dem ihr selber durch die früheren Reichstagsabschiede verliehenen Rechte festgehalten; hierdurch hätte sie sich als Vollstreckerin derselben in ihrem allgemeinen Inhalt aufgestellt und sich als die Repräsentantin einer zu ihren ursprünglichen Grundsätzen zurückkehrenden, universalen, christlichen Gemeinschaft konstituiert. Leider scheiterte der Plan an der Ängstlichkeit der meisten.“ [9])

Um aber für alle Fälle als geschlossene Gesamtheit auftreten zu können, wurden die Glaubensartikel noch einmal durchgesprochen. Ein Streit über das Abendmahl wurde durch Melanchthon verhindert. Man entschloß sich nicht nur zur vollen Aufrechterhaltung der Konkordie, sondern auch dazu, ihre Ausdehnung auf die Schweizer zu erleichtern. Melanchthon versicherte auf Befehl des Kurfürsten noch von Schmalkalden aus die Schweizer der freundlichen Gesinnung der Versammelten. Auch der Artikel über den päpstlichen Primat, der alle Rechte des Papstes verwarf, wurde von sämtlichen Theologen gutgeheißen. Geeint erwartete man die kaiserliche Botschaft.

Am 15. Februar teilte Held auf Wunsch des Kurfürsten von Sachsen sämtlichen Ständen die Antwort Karls auf die protestantische Gesandtschaft mit, indem er gleich bei Beginn äußerte, daß seine Erklärungen nur den im Nürnberger Frieden begriffenen Ständen gälten. Karl habe mit Befriedigung vernommen, daß die Protestanten die Bündnisse Franz' zurückgewiesen hätten. Was aber die Klagen über das Kammergericht betreffe, so sei sein Verfahren bisher als korrekt erfunden worden; es habe zu entscheiden, was Religionssache sei; die Protestanten sollten ihm also freien Lauf lassen. Über die nach dem Nürnberger Frieden Übergetretenen habe der Kaiser noch keinen genauen Bericht; diejenigen aber, die die früheren Reichstagsabschiede angenommen hätten, dürften keine Neuerungen vornehmen. Eine Ausdehnung auf andere verletze das Fundament des Nürnberger Friedens. Da das Konzil nahe sei, sollten keine Neuerungen mehr eingeführt werden. Karl ersuche dringend um Besuch des Konzils und zugleich um Leistung der Türkenhilfe. Seine Instruktion vorzuzeigen, lehnte Held ab. Was für einen Eindruck mußten diese Erklärungen auf die Protestanten

machen, die kurz vorher so selbstbewußte Beschlüsse gefaßt hatten! Zunächst sagten am 20. die Stände der Stadt Augsburg, die sich am meisten durch Helds Äußerungen bedroht fühlte, den Schutz des Bundes zu, teilten dies am 24. dem Kanzler mit und bedauerten zugleich, daß der Kaiser den Richtern die Entscheidung über die Prozesse gegeben habe. Die strittigen Sachen seien religiöse und könnten erst nach Beilegung der zwiespältigen Meinungen entschieden werden. Sie beriefen sich dabei auf die im Nürnberger Frieden als religiös namentlich bezeichneten Prozesse. Die Richter seien zudem oft ungerecht, da sie als Katholiken auch nach den päpstlichen Gesetzen richten müßten. Die Geistlichen hätten kein Recht auf den Genuß der Güter, denn Wohltaten würden nur wegen Verdienst erteilt. Die nach 1532 Übergetretenen hätten den Eid nicht gebrochen, da selbst nach päpstlichem Rechte gottlose Eide nicht verbänden. Das Konzil sei „in deutscher Nation" verlangt worden, müßte frei und unparteiischer Richter versichert sein. Held fand es in seiner Replik ungebührlich, daß die Protestanten allen anderen Maß und Form des Konzils vorschreiben wollten. Güterberaubung sei unter keinen Umständen erlaubt. Am 28. erfolgte darauf die endgültige Antwort der Protestanten, daß die strittigen Sachen Religionssachen seien; man beraube nicht Privatleute, die Kirchengüter würden ihrem wahren Zweck, zur Verwendung für Schulen und Krankenhäuser, wiedergegeben. Der Nürnberger Vertrag besage: alle Prozesse in Sachen, den Glauben und die Religion belangend, also nicht nur unmittelbare Religionssachen. Das Kammergericht sei nicht befugt einzugreifen. Inbetreff der Türkenhilfe sei zu einem Reichstag Zeit gewesen. Deshalb wurde sie abgelehnt; auch die Stände, die sie schon versprochen hatten, zogen ihre Zusage zurück. Dem päpstlichen Legaten wurde der Beschluß über das Konzil mitgeteilt, der Konvent am 6. März geschlossen.

Was war also das Ergebnis dieser Verhandlungen? Die Protestanten waren von dieser Weise, Einigkeit und Frieden im Reiche herzustellen, äußerst überrascht. Das Schreiben des Kaisers aus Savigliano hatte zwar auch Gehorsam gegen das Kammergericht gefordert und die Ausdehnung des Nürnberger Friedens auf die später Übergetretenen verweigert. Der Ton aber war

ein so friedlicher und gemäßigter gewesen, daß man von der Sendung Helds eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten erwartet hatte. Die Protestanten sprachen das auch in der Antwort auf Helds Replik aus:

> „so hett sich doch derselb vicekanceler zu seiner ankunft solicher erclerung und deutung uf kei. mt. friden und stillstand zu machen understanden, das er denselben friden und stillstand mer im grund genzlichen ufgehoben dan bestetigt hette.“ [10]

Ein großer Streit ist nun über das Verhalten Helds auf diesem Schmalkaldener Tage entbrannt. Betrachten wir die Instruktion, die für Held im Oktober aufgesetzt wurde [11]): da es Tatsache sei, daß schon oft vergeblich über den Frieden verhandelt worden sei und bei der Bosheit Franz' auch von den neuen Verhandlungen nichts Gutes erwartet werde, so solle Held desto mehr bemüht sein zu erfahren, wie man im Fall der Fortführung des Krieges dazu gelangen könne, „von Deutschland begünstigt und unterstützt zu werden.“ Wenn der Papst aus Furcht vor Frankreich oder Liebe zu ihm das Konzil wieder fallen lasse, werde Karl dennoch nichts gegen die apostolische Autorität und Würde tun noch auch etwas, was irgendwie gegen die Substanz des katholischen Glaubens und seine Einrichtungen verstieße. Falls aber der Papst bei dieser Zurückhaltung beharre und nicht freiwillig zum Konzil kommen wolle, so sei es von höchster Wichtigkeit, Vorsorge zu treffen, um Deutschland nicht in größere Verwirrung geraten zu lassen, aus der das Verderben des Glaubens und der kaiserlichen Autorität erfolgen würde. Deswegen solle Held mit Ferdinand im strengsten Geheimnis überlegen, ob man das Konzil ohne Papst und Frankreich halten könne. Portugal, Polen und die meisten italienischen Staaten würden sich beteiligen; England sei schismatisch und brauche nicht berücksichtigt zu werden. Und falls ein Konzil den deutschen Wünschen nicht entspräche, so müßte man nach anderen Mitteln sehen, um die Protestanten zu gewinnen, indem man sie auf Grund des Nürnberger Friedens für immer vor Gewalt sichere oder einen neuen Vertrag schließe, je nach Lage der Dinge, oder eine Nationalversammlung berufe

und einige Dinge preisgebe, die nicht gegen die Substanz des Glaubens verstießen oder irgend ein anderes Mittel, so, daß die kaiserlich römische Autorität nicht verloren gehe. Ferdinand solle beachten, daß alles auf dem Spiele stehe, und möge nach einer Auskunft suchen, da Karl ihm nicht helfen könne und selbst kaum wisse, wie er den Krieg weiterführen solle.

Diese französische Instruktion kann aber nicht die einzige gewesen sein, die der Kanzler mit nach Deutschland nahm; denn, wie Meinardus[12]) als erster bemerkt, sie gibt ja gar keine Antwort auf die protestantische Gesandtschaft, sondern formuliert nur in allgemeinen Umrissen die politischen Bedenken und Zugeständnisse Karls. Eine zweite deutsch geschriebene Instruktion, auf die ja die Eingangsworte der französischen verweisen, hat nun Heide[13]) in den oben erwähnten Forderungen Helds an Nürnberg, den gleichlautenden an die bairischen Herzöge und in seiner Werbung an den Kurfürsten von Sachsen in Schmalkalden gefunden: Besuch des Konzils, Türkenhilfe, wenn möglich gegen Frankreich und Unterhalt des Kammergerichts. Wie sich nun das Verhältnis der beiden Instruktionen zu einander gestalten sollte, werden wir später sehen.

Kehren wir noch einmal zu der äußeren Lage zurück! Stand es mit Karl seit November 1536 in der Zeit des Schmalkaldener Tages besser, und wie ging es denn Ferdinand? Franz I. eröffnete das neue Jahr (1537) mit einer persönlichen Kränkung des Kaisers. Am 15. Januar nahm er in einer feierlichen Sitzung des Pariser Parlaments seinen Verzicht auf die Oberherrlichkeit über Flandern und Artois, den er in den Verträgen von Madrid und Cambrai hatte aussprechen müssen, zurück, und sprach alle Untertanen dieser Länder von der Treue gegen Karl von Gent los. Bald darauf drang ein französisches Heer in die Niederlande ein, die meisten Grenzfestungen wurden genommen, Königin Maria hatte infolge ärgster Geldnot ihr Heer am Ende des Jahres entlassen müssen. Die Beziehungen des Kaisers zum Papste waren immer noch gespannt. Paul III. warf Karl vor, daß er wegen seines Haders mit Frankreich die ganze Christenheit in Gefahr bringe. Der Kaiser aber klagte über den Papst, weil er den allgemeinen Angelegenheiten kühl gegenüber stände, trotz seiner

Neutralität Frankreich begünstige und sein ganzes Sinnen auf die Vergrößerung seines Hauses richte.[14]) In Italien machte Florenz dem Kaiser Schwierigkeiten. Alexander Medici, der Gemahl von Karls natürlicher Tochter Margarete, war ermordet worden; die Stadt versuchte ihre alten Freiheiten wiederzugewinnen und verschloß den kaiserlichen Truppen die Tore.[15]) In Ungarn stand es auch nicht gut. Mitte Dezember traf die Nachricht ein, daß Kaschau, eine starke Festung, mitten im Waffenstillstand für den Woiwoden durch Verrat genommen sei. So war die Hoffnung auf einen Frieden mit Zapolya wiederum zerstört. Gleichzeitig wurde Clissa belagert, und zudem kam die Meldung, daß der Sultan in Adrianopel eintreffen werde, um selbst die Führung zu übernehmen.[16]) Da Ferdinand für den Frühling einen Angriff erwartete, schickte er bereits im Januar Boten nach Straßburg, Ulm und anderen Städten mit der Bitte, eilends Hilfe zu leisten.[17])

Die Lage des Kaisers hatte sich seit November 1536 also keineswegs gebessert. Held konnte daher zu seinem Vorgehen gegen die Protestanten nicht etwa durch neue gut lautende Nachrichten bestimmt sein. Der Kanzler war, wie wir gesehen haben, Ende Dezember in Wien eingetroffen und hatte gemäß seiner Instruktion mit dem König über die Sachlage gesprochen. Zwar liegen darüber im Wiener Archiv keine Dokumente vor; aber es gibt nach meiner Ansicht ein Brief Ferdinands an Karl vom 14. April 1537 [18]) einen Bericht über diese Beratung. Ferdinand habe allerdings nach dem Lesen der deutschen Instruktion des Dr. Held — sie war also schriftlich gegeben — wenig Hoffnung gehabt, die Lutheraner zur Vernunft zu bringen, vielmehr eine Verschlimmerung der Lage gefürchtet. Held habe darauf geantwortet, daß man so handeln müsse, um die kaiserliche Würde und Autorität zu erhalten; außerdem entspreche es der Gerechtigkeit. Beim Lesen der französischen Instruktion jedoch habe sich Ferdinand beruhigt, da diese durch Nachgiebigkeit in einigen Punkten auf Verhütung des Bruchs gerichtet wäre und geeignet, die Lutheraner zum Kaiser zu ziehen. Ferdinand hat infolgedessen gehofft, daß Held mit einer solchen Instruktion und angesichts der schwierigen Lage die Dinge nicht so weit werde

kommen lassen. Wenn die Protestanten einen gewissen Aufschub am Kammergericht hätten hoffen können, so würden sie in den anderen Punkten wohl nicht so schwierig gewesen sein. Nach dieser Äußerung sind die anschließenden Worte Ferdinands, daß Held den Protestanten auf alles genügend geantwortet habe, für sein Verhalten in Schmalkalden bedeutungslos; auch fügt er gleich hinzu, daß er um Überlegung bitte, wie geholfen werden könne. — Aus dem Inhalt dieses Briefes ergiebt sich, 1. daß Ferdinand mit der Lage sehr unzufrieden ist, durch einige Nachgiebigkeit auf eine Annäherung der Lutheraner an den Kaiser gehofft hat; 2. daß Held schon hier als schroffer Vertreter des Reichsrechts auftritt. — Betrachten wir ferner einen Brief Ferdinands an den Reichsvizekanzler vom 11. April als Antwort auf seinen Bericht über die Schmalkaldener Vorgänge, der bisher nicht herangezogen ist.[19]) Aus den Antworten der Protestanten ersehe Ferdinand, daß der Friedenszustand im Reiche mehr als aufgehoben, als für beständig erkannt werden müsse. Es wäre dienlich gewesen, daß es solchen Weg nicht erreicht hätte, sondern daß die Sache angestanden hätte, bis sie an kaiserliche Majestät gebracht worden wäre, weil zu der Lage des Kaisers Aufruhr im Reiche nicht dienstlich, sondern trefflich schädlich sei. Wenn Held auf die letzte Erforderung hin persönlich zum König gekommen wäre, so würde das fruchtbarer gewesen sein, und manches möchte haben verhütet werden können. Hieraus ergibt sich wiederum: 1. daß Ferdinand keineswegs mit Helds Verhalten zufrieden war, 2. eine nochmalige Verhandlung mit dem Kanzler vor dem Schmalkaldener Tage gewünscht hat, die aber wegen des Ausbleibens Helds nicht zustande gekommen ist.[20]) 3. hätte die Sache erst dem Kaiser gemeldet werden sollen, ehe sie einen solchen Fortgang nahm. Für den Wunsch Ferdinands, einen friedlichen Vergleich mit den Protestanten herbeizuführen, spricht ferner die Depesche Morones vom 28. Januar[21]): der König zeige größte Furcht vor dem Schmalkaldener Tage und sei der Überzeugung, daß, wenn nicht die Gegenwart des Dr. Held etwas diese leidenschaftlichen Praktiken, die von Franz und vielleicht vom Türken gefördert würden, mildere, die Sachen zu einem offenen Kriege führen würden, da ja die Lutheraner auch schon Rüstungen an-

stellten. — Dies zeigt, daß man den Protestanten alles zutraute, ja sogar den Beginn des Krieges, den sie dann wohl schwerlich ohne Bündnis mit Franz geführt hätten. Zudem berichtet Held selbst am 5. März an den König, er wisse zwar nicht genau, worauf die Lutheraner ihre Hoffnung setzten; er habe aber erfahren, daß Franz zu diesem Tage einen Brief an die lutherischen Fürsten gesandt und heimlich einen Gesandten bei Philipp gehabt habe. Der Landgraf aber habe auf Helds hierauf bezügliche Fragen keine genaue Auskunft gegeben.[22]) Dies beweist ein Fortbestehen von Beziehungen zwischen Franz I. und den Schmalkaldenern, die dem Kaiser keineswegs gleichgültig, vielmehr sehr gefährlich werden konnten.

Wir müssen noch einmal zu dem Schmalkaldener Tage zurückkehren. Außer der Antwort auf die protestantische Gesandtschaft hatte Held noch besondere Aufträge an den Kurfürsten von Sachsen inbetreff Anerkennung der Königswahl Ferdinands. Der Kanzler versuchte den Kurfürsten mit allerlei Überredung dazu zu bringen. Sachsen aber verschob weitere Verhandlungen darüber, bis die allgemeinen Angelegenheiten abgeschlossen wären. Held konnte nur allgemeine Versprechungen geben. Der Kurfürst aber, dem es vor allem auf die Jülicher Angelegenheit ankam, blieb daher auf seinem bisherigen Standpunkt stehen, daß die Wahl Ferdinands gegen die Bestimmungen der goldenen Bulle und das Versprechen des Kaisers in Frankfurt sei.[23]) Die Bundesstädte wollten zwar mit dieser Sache nichts zu thun haben, ihre Vertreter hatten auch keine Vollmacht hierin. Sie erklärten aber am 28. Februar, daß, falls der Kurfürst scheinbar wegen der Wahl Ferdinands, in Wirklichkeit aber wegen der Religion angegriffen würde, „ir herren ir churf. gnod nit verlossen würden.“ [24]) Da aber eine Scheidung dieser Sachen sehr schwierig war, so war gewissermaßen der Kurfürst auch in der Wahlangelegenheit des Schutzes des Bundes sicher. Held hatte also hierin nichts erreicht, da er seine Instruktion, die nur allgemeine Versprechungen zuließ, streng befolgte. Um so mehr aber müssen wir annehmen, daß er in den religiösen Angelegenheiten Zugeständnisse machen sollte, um dadurch Sachsen in der anderen Streitfrage versöhnlich zu stimmen oder es von dem Bunde zu trennen. Nachdem er

aber die Protestanten so vor den Kopf gestoßen hatte, konnte er nichts anderes erwarten als eine abschlägige Antwort. Von einer Politik der Einschüchterung, die Held im Auftrage des Kaisers und mit Zustimmung des Königs verfolgt habe, kann keine Rede sein. Denn was sollte eine solche für einen Erfolg haben?! Wenn wir von den geistlichen Fürsten absehen, war ganz Norddeutschland mit Ausnahme Heinrichs von Braunschweig und Georgs von Sachsen protestantisch, da ja Joachim II. von Brandenburg auch schon nicht mehr als fester Katholik galt.[25]) Die größten süddeutschen Reichsstädte, ferner Württemberg und Hessen gehörten der neuen Lehre an. Dänemark, England und der Herzog von Preußen suchten Anlehnung an den schmalkaldischen Bund. Und selbst wenn es wirklich gelang, durch Einschüchterung die Wahrung des Friedens in Deutschland zu erlangen, so war ja damit Karls Wunsch noch nicht erfüllt. Der Kaiser wollte die Reichshilfe gegen Franz. Denn es heißt im Anfange der französischen Instruktion: Held solle sich bemühen, zu erfahren, wie man zu einer Unterstützung des Reichs gegen Frankreich gelangen könne. Und dasselbe meinte auch Ferdinand in dem erwähnten Schreiben an Karl, daß er von den Verhandlungen des Kanzlers eine Annäherung derselben an den Kaiser erhofft habe.

Wenn wir uns nun erinnern, wie ungünstig die Lage der habsburgischen Brüder vom Oktober 1536 bis März 1537 war, wie schlecht es nach dem Berichte Helds auch mit der dänischen Angelegenheit stand, wie gut die Protestanten über die Lage unterrichtet waren, so können wir nur annehmen, daß Held nicht im Interesse der kaiserlichen Politik gehandelt, sondern *seine Instruktion* überschritten hat. Man könnte mir einwenden, daß es dann doch verwunderlich wäre, daß Karl trotzdem Held als seinen Gesandten in Deutschland ließ. Er that es, weil er hoffte, daß der katholische Eifer des Kanzlers, der eben die Beziehungen zu den Lutheranern gestört hatte, nun wenigstens die altgläubigen Stände für die Wahrung ihrer katholischen Interessen erwärmen würde.

Held hatte allerdings von Ferdinand keine bestimmten Aufträge nach Schmalkalden mitbekommen, die sich aus einer Kom-

bination der beiden Instruktionen ergeben konnten; die vorhin angeführten Briefe zeigen aber deutlich, daß dieser von den Verhandlungen eine Stärkung des Friedens und, wenn möglich, eine Unterstützung gegen Türken oder auch Franzosen erwartet hat, jedenfalls vor einem solchen Ausgang erst den Kaiser nochmals um Rat und Zustimmung gefragt wissen wollte. Jedoch können wir dem König eine gewisse Mitschuld an dem Vorgehen Helds nicht absprechen. Die beiden Instruktionen, die deutsche und die französiche, bildeten die Grenzen für des Kaisers Politik in Deutschland. Aus ihnen sollten der König, der die deutschen Verhältnisse genauer kannte, und der Reichsvizekanzler, der in die Lage Karls mehr eingeweiht war, eine dritte bilden, um Deutschland zur Einigkeit und Hilfsleistung gegen die Türken, eventuell auch gegen Frankreich, zu bringen. Karl wußte eben, daß Zugeständnisse nötig waren; deswegen gab er die zweite (französische) Instruktion.

Held ist zu seinem Vorgehen durch seinen glühenden Haß gegen die Protestanten als Katholik und Vertreter des Rechts bestimmt worden. Da er, wie Ranke zeigt, keineswegs ein vorwurfsfreier Mann war, so können vielleicht Wunsch und Hoffnung auf Belohnungen von seiten der katholischen Fürsten und der Kurie mit von Einfluß gewesen sein.[26]) Doch will ich auch nicht in Abrede stellen, daß der Kanzler sich vielleicht bewußt war, daß er ein mit Karl von Spanien verwachsenes Prinzip vertrete, der nie im Herzen ein Freund der Neugläubigen war oder werden konnte. Die Thatsache aber bleibt bestehen, daß Held damals nicht im kaiserlichen Interesse gehandelt hat; seine Politik war falsch und schädlich. Deutschland unterstützte den Kaiser nicht, der schließlich den Stillstand von Nizza schloß, den wir zwar nicht als eine völlige Niederlage, aber doch als ein Zurückweichen Karls bezeichnen müssen; und schließlich mußte die von Held verachtete Politik nochmals aufgenommen werden, wie wir später sehen werden.

Daß der Kanzler nicht freundlich gegen die Protestanten vorgehen würde, konnten wir schon aus dem oben erwähnten Gespräch mit Ferdinand entnehmen. Noch klarer zeigt es uns sein Brief aus München vom Januar 1537, wo er auf die Kunde

von den in Augsburg vollzogenen Änderungen an Ferdinand schreibt[27]):

> „Euer Majestät werden daraus befinden, daß sich niemand ob der kaiserlichen und königlichen Mt. gutlichen sanftmutigen handlungen bessert, sonder zu mehr ubermut kommt; man hette diesen und dgl. sachen leicht mogen zuvorkommen; es het an meinen getreuen fleiß und warnung nicht gefehlt.“

Es kommt hier auch ein Brief des Grafen Wilhelm von Neuenar vom 17. Februar 1537 aus Brüssel an den Kurfürsten Johann Friedrich in Betracht,[28]) in dem er sagt, daß Karl in allem geneigt wäre, was er dem Kurfürsten zu Gnaden tun könne. Neuenar wolle dies berichten, bevor Held käme, um sich demgemäß zu halten. Denn man argwöhne, daß

> „wo der Matthias Helt am kounischen hobe irst ankomen, die dingen daselbst ein anderung gewunen;“

der Kurfürst solle aber fest an seinen Forderungen halten und die Zeit benützen,

> „dan es ist de tzit nit bestendig, da in man v. f. g. nit entraden mag.“

Dieser Brief ist freilich frühestens erst in den letzten Tagen in Schmalkalden eingetroffen, vertritt aber die Ansicht, daß Karl entgegenkommend gesinnt sei, daß man aber von den Verhandlungen Helds, dessen protestantenfeindliche Gesinnung am niederländischen Hofe wohl bekannt war, mit Ferdinand, dessen Unentschlossenheit man nicht minder kannte, Böses fürchtete.

Auch der ganze Bericht Helds an Ferdinand vom 5. März zeigt, daß er doch Bedenken hat, wie sein Vorgehen wohl aufgenommen werden würde, und deshalb viel nach Entschuldigungen sucht. Gleich am Anfang beklagte er sich, daß er zu der Gesamtheit der Protestanten hätte reden müssen, während er von Karl nur Auftrag zur besonderen Verhandlung mit den Fürsten gehabt hätte. Weswegen er aber in der Sonderbesprechung mit Sachsen nichts von der geheimen Instruktion vorgebracht habe, besagt er nicht. Die Protestanten hätten sich bemüht, ihn beständig zu reizen; es wäre zu viel, um alles zu berichten. Und was führt er dafür an?! Obwohl die Lutheraner drei Pro-

tokollanten gehabt hätten, hätten sie dennoch seine Reden in beglaubigter Form gewünscht. Ebenso hätten sie nach seiner Replik Boten gesandt, statt auf die Übersendung zu warten. Inbetreff der Protokolle erklärte er, daß sie nur das ihm Ungünstige wiedergäben; was er den Protestanten dienliches gesagt, das sei ausgelassen worden! Hätte Held dann wohl diese Schriften beglaubigt? Schwerlich! Schließlich machte er Ferdinand den Vorwurf, daß die Protestanten durch Benachrichtigungen vom königlichen Hofe so genau orientiert gewesen wären. Es wäre nützlicher, wenn die Beratungen des Königs nicht mehr in die Öffentlichkeit kämen, als wo es notwendig sei. Überhaupt habe er die Lage in Schmalkalden derart gefunden, daß er wirklich wenig Hoffnung auf ein gutes Ende gehabt habe. Aber Held schrieb ja selbst, daß Philipp von Hessen gern die Streitigkeiten beseitigt gesehen hätte; auch seien einige Protestanten mit den scharfen Antworten nicht einverstanden gewesen. Weswegen versuchte er nicht, diese zu gewinnen und so die Gegner zu trennen? Der Bericht wollte aber auch bei Ferdinand den Anschein erwecken, als ob die Sachlage nicht etwa verschlimmert, sondern in der Schwebe gelassen worden sei. Er fügte sogar hinzu, daß er glaube, nicht vergeblich auf dieser Versammlung gewesen zu sein, sondern mit Mäßigung alles Nötige getan habe.[29])

In engem Zusammenhang mit den Schmalkaldener Verhandlungen vom Februar 1537, die das feindliche Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Protestanten bedeutend verschärften, steht die Gründung des katholischen Gegenbundes. Doch ist es eine irrtümliche Annahme, Absicht oder Vollmacht zu der Gründung desselben in der geheimen Instruktion finden zu wollen. Der Wortlaut wie der Sinn derselben machen diese Annahme unmöglich.[30]) Vielmehr weist Baumgarten durch einen Brief Ferdinands an Karl vom 14. April 1537 nach, daß die Gründung dieses Bundes nicht vom Kaiser ausgegangen sein kann. Denn in dem Schluß dieses Briefes heißt es,[31]) Karl möge Lund oder Held oder beiden Auftrag geben, sich mit den katholischen Fürsten zu besprechen, ihnen Hoffnung auf den Kaiser zu erwecken, sowie mit ihnen über eine Verteidigung gegen die Angriffe der Lutheraner zu verhandeln. Denn sonst würden diese das Kammergericht

ganz beseitigen und die katholischen Reichsstände sich vor Verwickelungen hüten und tatenlos zusehen. — Baumgarten glaubt nun, daß einige katholische Fürsten, wie der Herzog Georg von Sachsen, die Urheber dieses Bundes gewesen seien. In der Tat findet sich in diesem Briefe keine Andeutung, daß der Gedanke etwa von Held eingegeben sei. Vielleicht aber läßt sich doch aus zwei Briefen des Königs vom 4. und 8. Juli 1537 ein Schluß auf den geistigen Vater dieses Bundes ziehen. In dem ersteren der beiden heißt es: „Nur bitte ich Euch (den Kaiser), da die Dinge in diesem Zustand sind und es kein anderes Mittel gibt, um den Übeln zu begegnen, die aus den bösen Praktiken und Verschwörungen der Lutheraner erwachsen, — — als das von Dr. Matthias empfohlene, daß ihr dafür sofort und mit äußerster Eile sorgt." Baumgarten schließt aus den weiteren Sätzen, „daß es sich dabei um eine Geldleistung des Kaisers handeln wird, die ihm Ferdinand dringend ans Herz legt, weil man dadurch die Lutheraner hindern wird, etwas gegen Karl im Reiche zu unternehmen." 32)

In dem zweiten Briefe vom 8. Juli schrieb Ferdinand wiederum: nur das von Held entwickelte Mittel wird helfen; von Milde ist nichts zu erwarten, sie wird die Lutheraner nur immer böser machen, und die Katholiken werden gezwungen werden, sich mit ihnen abzufinden. „Nichts ist so sicher, als daß ohne den Abschluß der als wahres und einziges Rettungsmittel vorgeschlagenen Liga sie solche Dinge unternehmen werden, die man nachher nicht wieder gut machen kann." 33) Sollte nicht vielleicht das in beiden Briefen erwähnte von Held entwickelte Mittel, das nachher genannte Rettungsmittel, die Liga, sein? Es wäre doch sehr unwahrscheinlich, daß Ferdinand, der so große Hoffnungen auf diesen katholischen Bund setzte, dem Kaiser nicht einmal den Namen dessen, der ihn angeregt, hätte nennen wollen. Karl hatte in seinem Schreiben vom 31. Mai, das die Antwort auf den Brief des Königs vom 14. April brachte, sich sehr kühl über das vorgeschlagene Mittel geäußert; Lund und Held sollten mit Ferdinand nach Gutdünken handeln, vor allem aber dafür sorgen, daß die Lutheraner in dieser schwierigen Zeit nichts Gewalttätiges unternähmen. Auf die geplante Liga war er nicht näher ein-

gegangen. Daher erklären sich die drängenden Briefe vom 4. und 8. Juli, daß Karl sich doch mehr für dieses vom kaiserlichen Vizekanzler selbst empfohlene Mittel erwärmen möchte. Daß Held der Gründer des Gegenbundes gewesen ist und schon vor der Zusammenkunft mit Herzog Heinrich und Georg in Zeitz den Plan zum Bunde gehegt hat, zeigen klar zwei Briefe, die der Kanzler von seiner Reise nach Schmalkalden aus geschrieben hat. Der eine, vom 4. Februar, war an Herzog Wilhelm von Baiern gerichtet und fragte an, wie man sich wohl des stets größer werdenden Mutwillens der Protestanten durch ein Bündnis erwehren könne. Der andere, an Herzog Heinrich von Braunschweig, sprach Helds Freude darüber aus, daß der Herzog sich für den Fall der Not gefaßt mache und rüste. Gott werde seine Gnade wunderbar verleihen, sofern die Katholiken auch etwas dazu täten und nicht lässig blieben wie bisher.[35]) Wir müssen also folgende Entwickelung annehmen. Held hat dem König in Wien ein solches Mittel vorgeschlagen und seine Zustimmung dazu erhalten. Ferdinand wollte, ohne friedliche Verhandlungen mit den Protestanten abzulehnen, dennoch für den Fall eines Krieges einige sichere Verbündete haben. Daß die kaiserliche neunjährige Einung nicht imstande sein werde, den Frieden und den Katholizismus in Deutschland aufrecht zu erhalten, hatte der König längst erkannt. Alle Bemühungen, sie auf die mächtige Höhe des früheren schwäbischen Bundes zu erheben, waren gescheitert; sie fristete nur ein kümmerliches Dasein.[36]) Der erste Versuch zur Verwirklichung des Heldschen Gedankens, den Ferdinand selbst unternahm, mißglückte. Er hatte auf den 12. Februar den Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Eichstätt, Passau, Regensburg und Freising, die Herzöge Wilhelm und Ludwig von Baiern und den Pfalzgrafen Friedrich zu einer Beratung über die Zeitereignisse nach Passau geladen. Die Türkenhilfe erklärten sie leisten zu wollen, wenn es die andern Stände auch täten; als aber Ferdinand die Umtriebe Franz' und die Rüstungen im Reiche vorbrachte, da wichen sie einer Verhandlung aus, indem sie dem Kaiser und dem König die nötigen Maßregeln überlassen wollten.[37])

Held hatte also mit Zustimmung Ferdinands bei der Gründung

der Liga gehandelt, sein Vergehen aber bleibt darin bestehen, daß er ihretwegen gegen die Absichten des Königs auf eine friedliche Verhandlung mit den Neugläubigen verzichtet hat, wobei sein eigener Zorn und Haß die Triebfedern seines Handelns bildeten. Wahrscheinlich sind die ersten Pläne zu dieser Gründung schon 1536 gefaßt worden, als der Reichsvizekanzler in nahem Verkehr mit dem gegen die Protestanten äußerst erbitterten Herzog Heinrich von Braunschweig stand, der im Frühling und Sommer im kaiserlichen Lager weilte. Den Aufschluß zu dem eigenartigen Verhalten des Herzogs, der bis dahin einer der treuesten Freunde Philipps von Hessen war und nun sein heftigster Feind wurde, gibt Meinardus.[38]) Heinrich fühlte sich wegen Erbschaftsangelegenheiten inbetreff Braunschweig-Calenberg-Göttingens durch Philipp zurückgedrängt, in seinem dynastischen Gefühl schwer gekränkt und suchte Rache. Daher unternahm er 1536 die beiden Reisen zum Kaiser, wo er Beziehungen zu Held anknüpfte. Dieser gab ihm auch ermutigende Schriften an die katholischen Fürsten mit und machte ihm Hoffnung, die kaiserliche Bestätigung zu einem Vorgehen gegen die Protestanten zu erlangen.[39])

Von Schmalkalden aus reiste der Vizekanzler nach Zeitz. Daselbst waren die Mitglieder der Häuser Brandenburg, Sachsen und Hessen in Angelegenheiten der alten Erbeinung dieser drei Familien versammelt. Auch Herzog Heinrich von Braunschweig hatte sich eingefunden. Auf dem Schmalkaldener Tage ist meines Erachtens dieser nicht anwesend gewesen, da ich es durch keine Quelle belegt gefunden habe, auch der Bericht Helds über diesen Tag nicht das geringste über den Herzog meldet.[40]) Hier begann nun der Plan des Bundes durch eifrige Beratungen der drei grimmigsten Gegner des Protestantismus, Helds, Herzog Georgs von Sachsen und Herzog Heinrichs eine festere Gestalt zu gewinnen. Am 4. Juni traf Held gemäß dem Wunsche des Königs, den dieser in seinem Schreiben vom 11. April ausgesprochen hatte,[41]) in Wien wieder ein, um Ferdinand die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen mit den katholischen Fürsten mitzuteilen.[42]) Seine Hoffnungen waren sehr groß, wie sein Brief vom 7. Juni an den Kardinal von Trient zeigt: er hoffe, daß innerhalb weniger Monate aus einigen Beratungen, die zwischen dem König und

ihm eben stattfänden, sehr viel Gutes entsprießen würde.[43]) Vorläufig aber gerieten die weiteren Verhandlungen etwas ins Stocken, da Karl, wie wir gesehen haben, den Brief seine Bruders erst am 31. Mai beantwortete. Dieses Schreiben, das erst Ende Juni oder in den ersten Tagen des Juli in Prag eingetroffen sein kann, war zwar inbetreff des Bundes sehr zurückhaltend, gab aber doch Lunden und Held die Ermächtigung, nach Gutdünken mit den katholischen Ständen Verhandlungen einzuleiten.[44]) Der Reichsvizekanzler begab sich daher sofort nach Bayern, wo er die Herzöge für sein Werk zu gewinnen wußte. Besprechungen mit Herzog Georg in Dresden folgten. Im September traf dann ein Brief des Kaisers vom 19. August ein, der in Antwort auf Ferdinands Bitten vom 4. und 8. Juli sich mit der Gründung einer Defensivliga einverstanden erklärte. Held gab sich große Mühe, die katholischen Fürsten in diesem Bunde zu einigen. Aber auf der im März stattfindenden Versammlung zu Speyer erschienen doch nur die Vertreter des Königs, Bayerns, Salzburgs, Georgs von Sachsen und Heinrichs von Braunschweig, die des Kurfürsten von Mainz aber nur für die Erzstifter Magdeburg und Halberstadt. Bayern konnte zur Beschickung dieses Tages nur durch die Versicherung vermocht werden, daß von der Königswahl Ferdinands nicht die Rede sein und der neue Bund allein für Religionssachen gelten solle.[45]) Von den deutschen Bischöfen schloß sich keiner dem Bunde an; sie fürchteten, wie der Administrator von Passau später Aleander mitteilte, die Feindschaft der Protestanten und wußten nicht, ob Kaiser und König so schnell zur Hilfe bereit sein würden.[46]) Herzog Georg und Heinrich waren für eine Ausdehnung auf geistliche und weltliche Sachen; letzterer hoffte, dadurch freie Hand gegen die ihm benachbarten Reichsstädte zu erhalten. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da Bayern infolge seiner zwiefachen Politik: Haß gegen die Lutheraner und Feindschaft gegen die Habsburger, sich nur für die geistlichen Sachen verpflichten wollte. Nur schwer gelang es, ein völliges Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden. Am 10. Juni 1538 wurde in Nürnberg die Defensivliga geschlossen mit dem Zweck[47]):

> „Erhaltung unsers christlichen glaubens vnd tzu handthabung frieds und einigkeit, auch guter sitten im hl. Reiche.“

Ein so schwacher Bund konnte dem Kaiser kaum etwas nützen; zudem hatte die kaiserliche Politik eben einen neuen Weg zur Rückführung der Protestanten eingeschlagen; und so unterblieb die Bestätigung für längere Zeit. Erst am 20. März 1539 erfolgte die Ratifizierung, wohl unter dem Eindruck der aus Deutschland gekommenen schlechten Nachrichten über das Frankfurter Einigungswerk[48]) und des Briefes Ferdinands vom 28. Februar, daß die Katholiken in Sorge wären, Karl werde sich in Frankfurt zu einer der Liga nachteiligen Sache herbeilassen, da er sie bisher noch nicht bestätigt habe. Die in der Bestätigungsurkunde enthaltenen Worte Karls, daß er seinem Kanzler schon 1536 den Auftrag zu dieser Gründung gegeben habe, können nach den oben erwähnten Thatsachen und Gründen wohl nur als eine im Interesse der Sache liegende nachträgliche volle Genehmigung aufgefaßt werden.

Kurfürst Johann Friedrich und Philipp von Hessen reisten nach Beendigung des Schmalkaldener Tages nach Zeitz, um dort die Söhne des verstorbenen Joachim I. in die Erbeinung der Häuser Sachsen, Hessen, Brandenburg aufzunehmen.[49]) Auch hier machten sich die religiösen Streitigkeiten hindernd geltend. Die alten Bestimmungen setzten gegenseitige Hilfe fest, außer gegen den Kaiser und Papst. Der Kurfürst von Sachsen weigerte sich, letzteren auszunehmen, ebenso wie er gegen die Formel „der hl. römischen Kirche zu Ehren" Einspruch erhob. Herzog Georg aber bestand auf der alten Form; und obwohl man ihm nach Ausstellung einer Neben-Erklärung schließlich nachgeben wollte, war er nicht zum Abschluß zu bewegen, sondern verließ die Stadt mit der Erklärung, erst Besprechungen mit seinen Ständen abhalten zu müssen. Sämtliche übrige Fürsten aber beschworen darauf den Bund „der hl. christlichen Kirche zu Ehren", ohne Anrufung von Heiligen und mit der Bestimmung, daß keiner den anderen der Religion halber befehden sollte, weder für sich noch um eines dritten willen, wer der auch sei.

Die Protestanten, die sich durch Helds Auftreten in ihrer Existenz bedroht fühlten, mußten versuchen, ihren Bund durch Aufnahme neuer Mitglieder zu stärken. Schon in Zeitz zeigte sich die Aussicht auf weiteren Zuwachs, da Markgraf Hans von Küstrin offen seine Zuneigung zu den Protestanten bezeugte und bereits mit dem Land-

grafen von Hessen in Verhandlungen stand. Zur selben Zeit wurde Herzog Heinrich von Sachsen in den Bund aufgenommen, nachdem er erwiesen hatte, daß er selbständiger Fürst in Sachsen-Freiberg wäre. Auch verpflichtete er sich, seinen Sohn Moritz vom Hofe Georgs abzuberufen, um ihn evangelisch erziehen zu lassen. Noch unter dem Eindruck von Helds Vorgehen berief der Kurfürst die Kriegsräte des Bundes auf den 12. August nach Koburg, um für den Fall eines feindlichen Angriffes zu beraten. Alle für den Krieg notwendigen Maßregeln wurden festgesetzt; die Geldverhältnisse begünstigten die Rüstungen sehr, da der Bund durch die Aufnahme der neuen Mitglieder beträchtlich größere Einkünfte erhalten hatte. Der Landgraf empfahl, Bündnisse mit auswärtigen Mächten einzugehen, um so besser geschützt zu sein.

Einen großen Erfolg aber konnten die Protestanten noch am Ende des Jahres verzeichnen. Luther schrieb auf die ihm von Bucer übergebene Erläuterung hin am 1. Dezember an Zürich, Bern und einige andere Städte, daß er es inbetreff des Sakraments des Altars göttlicher Allmacht befohlen sein lasse, wie Christi Leib und Blut uns dabei gegeben werde, wenn nur seine Einsetzung gehalten werde. Im Übrigen aber solle man sich freundlich gegen einander halten, bis sich das trübe Wasser setze.[50])

Mit Kriegsplänen und Waffengeklirr war das Jahr 1537 zu Ende gegangen; das neue begann mit neuen Rüstungen, zumal da die Pläne und Anträge des Reichsvizekanzlers bei den einzelnen Fürsten nicht verborgen blieben. Zum 24. März war ein Bundestag der Protestanten in Braunschweig angesetzt. Die Sorgen wegen der drohenden Aussicht eines Krieges wurden noch vermehrt, als Herzog Heinrich mehreren protestantischen Fürsten den Durchzug durch sein Gebiet wider alle Sitte verweigerte und sogar von Wolfenbüttel aus auf Philipp von Hessen und sein Gefolge schießen ließ. — Den Hauptpunkt der Beratungen bildete die Verhandlung mit Christian von Dänemark. Schon in Schmalkalden hatte er sich um Aufnahme in den Bund bemüht, war aber von den Städten trotz des Fürspruchs der Fürsten zurückgewiesen worden. Jetzt kam ein Bündnis auf 9 Jahre für Religionssachen zu stande. Gleichzeitig aber schlossen Sachsen, Hessen, Lüneburg, Anhalt und Mansfeld mit Dänemark auch

einen Bund für weltliche Sachen. Durch diesen Vertrag griff der Bund zum ersten Male in die allgemeinen europäischen Verhältnisse ein. Christian gelang es auch, wieder neue Verhandlungen mit Frankreich einzuleiten; und wenn auch die Vorschläge, die die Gesandten Franz überbringen sollten, sehr zurückhaltend und vorsichtig gefaßt waren, so bestand doch für den Fall der Not die Möglichkeit weitergehender Vereinbarungen.[51]) Auch ein englischer Gesandter, Christoph Mount, traf in Braunschweig mit einem Schreiben König Heinrichs ein, um über eine Vereinigung gegen des Papstes Tyrannei zu verhandeln und auf Sendung einer lutherischen Gesandtschaft nach England hinzuwirken. Die Protestanten beschlossen, auch hier Beziehungen anzuknüpfen, und entsandten eine Botschaft. Inbetreff des feindlichen Benehmens des Herzogs von Braunschweig wollte man es für diesmal mit einer Beschwerde beim Vizekanzler bewenden lassen, in Zukunft aber gegen derartige Friedensbrecher mit aller Kraft vorgehen.

Diese beständigen Rüstungen der Parteien mußten natürlich immer neuen Argwohn erregen.[52]) Königin Maria, die Regentin der Niederlande, gab sich viele Mühe, um die Ruhe im Reiche aufrecht zu erhalten. Aber es lag am Tage, daß ein kleiner Anstoß die Kriegsfackel in Deutschland entzünden konnte. Wenn aber die Vermeidung des Bürgerkrieges und der Friede im Interesse des Kaisers lag, so mußte er auf irgend eine Weise den bestehenden Gegensätzen Abhilfe schaffen. Wie lagen aber die Verhältnisse in Europa und wie weit war es Karl V. möglich, im Reiche einzugreifen?

Wir hatten die ungarischen Verhältnisse im April 1537 in ungünstiger Lage verlassen. Suleiman beabsichtigte gegen Wien heranzurücken; Zapolya hatte wieder mit Ferdinand gebrochen. Der Gesandte des Königs, Franz von Sprinzenstein, der für die längere Dauer des Friedens wirken sollte, mußte Konstantinopel unverrichteter Dinge verlassen.[53]) Zudem brach noch ein Krieg zwischen dem Herrn der Moldau, Peter Raresch, und dem König von Polen aus, der natürlich dem Türken das Eindringen bedeutend erleichtern mußte. Mit Zapolya begann man, obwohl seine Treulosigkeit am königlichen Hofe genügend bekannt war und die beiderseitigen Heere gegen einander kämpften, wieder neue Verhandlungen, die aber durch die hohen Forderungen des

Woiwoden, der die Ohnmacht Ferdinands kannte und den Kaiser durch den französischen Krieg beschäftigt wußte, fast aussichtslos wurden.[54]) In Rom schwebte man wegen der Flotte Barbarossas, die die Küsten Italiens unsicher machte, in beständiger Angst. Man sah die Notwendigkeit eines festen Zusammenschließens der Christenheit gegen diesen Erbfeind immer mehr ein und schloß deshalb schon im September 1537 mit Venedig ein Bündnis, das zugleich auch anderen Fürsten den Beitritt offen hielt. In Slavonien stand eine Schlacht bevor; das Heer Ferdinands war infolge reicher Bewilligungen seiner Landstände verstärkt. Die Stimmung am Hofe war hoffnungsvoll; meinte man doch, mit diesem Siege zugleich auch Zapolya unterwerfen zu können.[55]) Da traf am 16. Oktober in Wien die Botschaft ein, daß am 9. das Heer geschlagen worden und der Rest gefangen sei. Die Niederlage war sehr groß, nach Ansicht des Nuntius war selbst die von Mohaczs nicht größer gewesen.[56]) Die eine Folge aber davon war, daß die Verhandlungen über den Abschluß einer Türkenliga zwischen Karl, Ferdinand, dem Papst und Venedig beschleunigt wurden und am 8. Februar 1538 ein Bündnis abgeschlossen werden konnte.[57]) Mit großer Macht sollte der Angriff unternommen werden. Um spätere Streitigkeiten zu vermeiden, teilte man schon jetzt die zu erobernden Gebiete. Die zweite Folge der Niederlage bei Esseg war ein Friede mit Zapolya, der sich jetzt durch die allzugroße Macht des Türken bedroht sah. Der Vertrag von Großwardein vom 24. Februar 1538 erkannte den Woiwoden als König von Ungarn an und versprach ihm Schutz gegen die Rache des Türken; nach seinem Tode aber sollte ganz Ungarn an Ferdinand fallen.

Auf dem französischen Kriegsschauplatz war König Franz in den Niederlanden siegreich gewesen; bald aber brachten die Provinzen neue Gelder auf, so daß Graf Büren die Franzosen wieder zurücktreiben und das Gleichgewicht herstellen konnte. In Italien hatte der kaiserliche Feldherr Guasto große Teile Piemonts zurückerobert und bedrängte Turin, wurde aber von einem starken Heere unter Montmorency und dem Dauphin wieder zurückgedrängt. Inzwischen war es der Königin Maria gelungen, einen zehnmonatlichen Stillstand für die Niederlande und Nordfrankreich zu stande zu bringen. Weitere Verhandlungen mit Eleonore beabsichtigten

die Ausdehnung desselben auf alle Gebiete Karls und Franzs. Im November 1537 kam ein dreimonatlicher Waffenstillstand zum Abschluß, der den Anfang eines Friedens bilden sollte. Die Schwierigkeiten aber, die sich ihm entgegenstellten, waren sehr groß; beständig drohte die Gefahr eines Abbruchs der friedlichen Beziehungen. So lange aber der Friede nicht hergestellt war, mußte Karl auf die Türkenunternehmung und die Ordnung der Religionssache natürlich verzichten. Die Kurie hatte schon lange versucht, durch Sendung von Nuntien und Bearbeitung der Umgebungen beider Herrscher auf einen Frieden hinzuwirken. Ja man hatte sogar daran gedacht, durch die Gesamtheit der Kurfürsten beim Kaiser in diesem Sinne vorstellig zu werden, wovon Ferdinand allerdings abriet.[58]) Als es endlich gelungen war, den Kaiser zur Ablegung seines Mißtrauens gegen die Kurie zu bringen, entstand eine neue Schwierigkeit durch die oben erwähnte Gründung der Türkenliga. Franz machte dem Papste heftige Vorwürfe, daß er zur kaiserlichen Partei übergegangen sei, um so mehr als er hörte, daß der Sohn des Papstes von Karl mit Novara belehnt, der Enkel Ottavio mit der unehelichen Tochter Karls Margarete verlobt worden sei. In seinem Zorn versuchte Franz den Papst noch nachträglich aus den Verhandlungen wieder auszuschließen.[59])

Der im November 1537 geschlossene Waffenstillstand war trotz der argen Meinungsverschiedenheiten immer wieder verlängert worden. Und obwohl die Aussichten auf einen Frieden so gering waren, machte sich der Papst doch von Rom aus auf den Weg, um die Versöhnung der beiden Herrscher durchzusetzen und Franz von seinem Bündnis mit den Türken abzubringen. Der Gang der Nizzaer Verhandlungen ist bekannt.[60]) Ein Friede ließ sich nicht erreichen, da eine Einigung über den Besitz Mailands nicht erzielt wurde. Schließlich wurde ein Waffenstillstand auf 10 Jahre geschlossen, der beide Teile in ihrem augenblicklichen Besitzstande ließ. So behielt Franz zwei Drittel von Piemont und Savoyen und erlangte noch den Besitz von Hesdin und die Schutzherrschaft über Mirandola gegen das Versprechen, den Kaiser bei der Besitzergreifung von Geldern nicht zu hindern. Schon bei meinem Urteil über das Verhalten Helds auf dem Schmalkaldener Tage habe ich geäußert, daß ich den Nizzaer Stillstand für sehr nachteilig

für Karl V. erachten muß. Er hatte allerdings Mailand behalten, aber sonst nur ein Versprechen über Geldern erlangt. Franz besaß durch die Gebiete von Piemont und Savoyen eine vortreffliche Einfallspforte nach Italien; ihn drängten nicht die europäischen Aufgaben Karls, die Lösung der Türken- und Religionsfrage. Er konnte ruhig einen günstigen Augenblick für die Erhebung neuer Ansprüche auf Mailand abwarten. Papst und Venedig lehnten es beide ab, Karl irgendwelche Versprechungen oder Bürgschaften dafür zu geben, daß von seiten Frankreichs der Stillstand gehalten werden würde.[61]) Schon hörte auch Karl davon, daß die Signorie nicht weiter am Türkenkriege teilnehmen wolle.[62]) Im Bunde mit den Protestanten wären die Erfolge der kaiserlichen Politik sicher andere gewesen.

Zu diesem Friedenskonvent war der Kaiser bereits am 9. Mai in Villafranka eingetroffen, der Papst landete am 17. vor Nizza. Da König Franz und seine Minister erst in den letzten Tagen des Mai eintrafen, so hatten die beiden Häupter der Christenheit genügend Gelegenheit, die kirchlichen und religiösen Verhältnisse zu erörtern. Der Hauptpunkt war natürlich die Angelegenheit des seit Jahren geforderten Konzils. Papst Paul III war ja in dieser Sache dem Kaiser willfähriger gewesen als sein Vorgänger und hatte das Konzil nach Mantua berufen. Doch scheint es fast, als ob der Eifer dafür nicht allzugroß und ihm die Ablehnung desselben durch die Protestanten nicht unangenehm gewesen sei. Der Bischof von Acqui nämlich bereiste Deutschland mit seinen Einladungsbreven so langsam, daß es allseitig auffiel und der Nuntius Morone nach Rom berichtete, Vorst werde seine Aufgabe zur Zeit des Konzils noch nicht beendigt haben und errege dadurch bei Protestanten und Katholiken großen Argwohn, gleich als ob der Papst es so befohlen hätte, um das Konzil auf diese Weise zu verzögern.[63])

Dies könnte man wohl auch aus den Verhandlungen der Kurie mit dem Herzog Friedrich von Mantua herauslesen, dessen Stadt ja als Konzilsort ausersehen war. Der Herzog war bereit, für die Beschaffung von Unterkunft und Lebensmitteln zu sorgen, lehnte aber seiner geringen Mittel wegen die Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Konzilsbesucher ab und bat den Papst um Abhilfe in diesem Punkte. Der päpstliche Hof aber war keines-

wegs bereit, Gelder zu bewilligen, und als trotzdem der Herzog auf seiner Bitte bestand, wurde das Konzil suspendiert, weil die Forderung für den Papst unerfüllbar sei.[64]) Diese Geldangelegenheit konnte schwerlich einen triftigen Grund für die Suspendierung des überall geforderten Konzils bilden. Hatte doch grade zur selben Zeit die Kurie genügende Mittel, um mit einem Heere dem Herzog von Urbino Camerino abzujagen.[65]) Morone schrieb auf die Kunde von der Prorogation, er hoffe, daß diese nur aus den zwingendsten Gründen erfolgt sei, um den Feinden der Kirche nicht neuen Stoff zur Lästerung zu geben.[66]) Der Kardinal von Trient und Fabri hielten ein Konzil für unumgänglich notwendig.[67]) Auch Aleander warnte in einem Gutachten vom 16. April, den Anschein zu erwecken, als ob das Konzil aufgegeben sei.[68]) Der Papst aber entschloß sich trotz alledem, die Kirchenversammlung bis zum 1. November zu verschieben und sandte in der Sorge, daß schon viele Deutsche zum Konzil unterwegs seien, den Bischof von Segni ihnen entgegen, der sie mit Hilfe des Kardinals von Trient aufhalten und zur Umkehr veranlassen sollte. Was für einen Eindruck aber mußte ihr Bericht an den päpstlichen Geheimsekretär Ricalcati machen? Konzilsbesucher seien weder angekommen noch zu erwarten. Nur der Bischof von Würzburg habe sich wegen der Verlegung erkundigt.[69]) Dasselbe meldete die königliche Regierung aus Innsbruck. Man sieht hieraus zur Genüge, welches Vertrauen man der Ankündigung des Konzils allseitig entgegenbrachte; man glaubte eben nicht, daß der Papst Ernst damit machen werde.[70]) Die Verhandlungen mit den Fürsten über eine neue Malstatt brachten kein Ergebnis. Ferdinand hielt ein Konzil ohne die Neugläubigen für widersinnig, war deshalb gegen eine Stadt des Kirchenstaats, wenn möglich für eine deutsche.[71]) König Franz dagegen wollte ein Konzil auf neutralem Gebiete. Da aber der Krieg zwischen Karl und Franz eine allgemeine Kirchenversammlung so gut wie unmöglich machte, wurde sie wiederum verschoben bis zum 28. April 1538 und nach Vicenza, einer venetianischen Stadt, verlegt.

Es war höchste Zeit, daß sich die Kurie mit dem Gedanken eines Konzils ernstlicher vertraut machte, wenn sie anderweitigen Maßnahmen Deutschlands zuvorkommen wollte. Schon dachte

man daran, sich in Ermangelung eines Universalkonzils ohne ein solches zu helfen.[72]) Die Zustände der Kirche waren allerdings derartige, daß sie eine baldige Abhilfe dringend erheischten. So berichtete der steirische Vizedom am 3. September 1537, schon vierzig Jahre sei kein Weihbischof mehr im Lande gewesen, alte und junge Christen seien ohne Firmung, wüßten nichts davon oder spotteten darüber. Der alte Gottesdienst sei völlig in Verfall geraten.[73]) Schon Morone hatte bei seiner Reise an den königlichen Hof gesehen, daß in Bayern, Tirol und Oesterreich viele Kirchen ohne Pfarrer wären.[74]) Diese traurigen Verhältnisse waren zwei Jahre darauf in nichts gebessert, eher schlimmer geworden. In Innsbruck konnte der Kardinal Aleander nicht in der üblichen Weise feierlich eingeholt werden, weil in der Stadt kaum noch zwölf Priester zu finden waren.[74a]) Die Sittenlosigkeit der Priester und Pfarrer war die alte geblieben. Klagte doch Ferdinand einmal, daß er keinen Kaplan finden könne, da alle entweder im Konkubinate lebten oder unwissend oder Trunkenbolde seien. An alledem wäre nur der Papst schuld, der die notwendigen Reformen der Kurie, wo Habsucht und Laster aller Art herrschten, unterließe.[75]) Farnese antwortete dem Nuntius darauf nur, daß der König sicherlich recht habe.[76]) Aleander konnte sich dem Vorwurf gegen die Geistlichen nur anschließen, sie hätten ihr entartetes Leben nicht gebessert, seien unwissend und selbst den Katholiken verhaßt. Mehr als 1500 Pfarrerstellen seien aus Mangel an Geistlichen unbesetzt.[77]) Morone schrieb an den Papst, daß die Ausschreitungen der Prälaten so ungeheuerlich wären, daß es kein Wunder sei, wenn das Luthertum täglich zunehme.[78]) Der Nuntius machte sich dabei keiner Übertreibung schuldig. In Böhmen war die Zahl der katholischen Bevölkerung so gering geworden, daß, wie Aleander schreibt, man es nicht glauben würde, wenn man es nicht sähe.[79]) Breslau war durchaus lutherisch.[80]) Der venetianische Gesandte am Wiener Hof, Giustiniani, schrieb der Signorie: „alle Bewohner Böhmens bekennen offen, Lutheraner zu sein, die Erblande Ferdinands sind auch nicht besser, wenn sie es auch heimlich tun.[81]) Auch in Ungarn machte der Protestantismus große Fortschritte.[82]) Auf die geistlichen Fürsten Deutschlands war kein Verlaß teils wegen

ihrer Gleichgiltigkeit, teils wegen ihrer Furcht vor den Gegnern.[83]) Selbst am Wiener Hof waren mehrere der neuen Religion verdächtig, so der Rat Hoffmann und der General Leonhard von Fels.[84]) Und Mignanelli meinte, wenn nicht Karl und Ferdinand und einige andere Fürsten wären, würden diese Lande der katholischen Kirche ganz verloren sein.[85]) Der König gab sich in der Tat große Mühe, seine Erblande vor der Ketzerei zu bewahren. Einige lutherische Prediger wurden ergriffen; St. Veit in Kärnten, wo einige verdächtige Prediger ohne Hinderung durch die Behörden gewirkt hatten, wurde durch Beraubung aller Privilegien streng bestraft.[86]) Den Böhmen wurde verboten, in Wittenberg zu studieren.[87]) Alle Hofbeamten wurden bei Todesstrafe gewarnt, zu den Kindern des Königs vom Gift des Luthertums zu reden.[88]) Der königliche Truchseß Andreas Ungnad, der am Hofe allgemein beliebt war, wurde wegen Teilnahme an einer utraquistischen Versammlung sofort verwiesen und aus den Erblanden verbannt. Aber was sollten diese Maßregeln nützen, wenn man nicht zunächst eine Reformation vornehmen wollte. Neben der Sittenlosigkeit blühte das System der Pfründenjägerei weiter. Selbst Fabri und Nausea, die Stützen der Kirche, waren nach Morones Bericht unersättlich und unerschöpflich in der Betonung ihrer Verdienste. Für jeden Dienst, den sie leisteten, verlangten sie neue Gratien.[89]) Das einzige Hilfsmittel konnte nur eine wahre und universale Reformation in der ganzen Christenheit sein.[90]) Die ständige Antwort der Nuntien aber war, daß die ungünstige Lage der Zeit eine Reformation für jetzt unmöglich mache.[91]) Zu demselben Resultat kam auch die vom Papste eingesetzte Kommission einiger Kardinäle und Prälaten zur Besserung der Kirche, die zuerst einen sehr erfreulichen Anfang genommen hatte.[92]) Man fürchtete sich, durch Reformationen die schlechten Zustände einzugestehen. Statt dessen suchte man andere Wege; ein gewisser Michael Braccietto drängte sich in Wittenberg an Melanchthon heran und wollte ihn durch Bestechungen auf die katholische Seite herüberziehen. Natürlich scheiterte die Sache.[93])

Gleichzeitig machte man den unklugen Versuch, die Utraquisten mit Hilfe des Königs wieder zum vollen Anschluß an die Kirche zu bringen und die ihnen vom Baseler Konzil be=

willigten Punkte zu nehmen. Wir haben eben die strenge Bestrafung des Andreas Ungnad gesehen. Was konnte dies Vorgehen für andere Folgen haben, als daß sich die bedrohten Utraquisten um so enger an die Protestanten anschlossen?

Wir können nur immer wieder sagen, daß die Kurie den Ernst der Lage noch nicht erfaßt hatte. Der Papst verlor in der Betreibung seiner Privat- und Hausinteressen das Wohl der Christenheit völlig aus den Augen, was auch Ferdinand selbst dem Nuntius ins Gesicht sagte.[94])

Schon 1536 hatte Hermann von Wied, Kurfürst von Köln, eine Synode zur Abstellung der Mißbräuche berufen, da die Abhaltung eines allgemeinen Konzils nicht zu erwarten war. Es waren auch einige Beschlüsse gefaßt worden, durch die sich der Kurfürst den Unwillen der Kurie in hohem Grade zugezogen hatte, obwohl sie gar nicht einmal zur energischen Durchführung gelangten.[95])

Unter denen, die dem Nuntius öfters eine Reform der Kirche als dringend notwendig empfohlen hatten, war besonders König Ferdinand. Für diese Stellung des Königs wie für die Anschauungen seiner Umgebung ist eine Salzburger Provinzialsynode des Jahres 1537 äußerst bemerkenswert. Am 10. Januar versammelten sich die Gesandten der Bischöfe der salzburgischen Kirchenprovinz auf Einladung des Kardinals in Mühldorf, einer Stadt des Erzbistums, um inbetreff der Ankündigung und des Besuches des Konzils zu beraten.

> „Und wo aber solch gemain christlich concili aus allerhandt besorgnüs der Khrieg oder anderer verhinderung vielleicht so bald seinen fürgang nit haben solte, das dannoch die höchst notturft ervordert, damit von wegen Abfalls der Religion, auch des ergerlichen lebens, so bei der Briesterschaft gefunden und dann der merklichen Eingriff und beschwerden, die von den Weltlichen denen Geistlichen je laenger je mer zuegefugt werden, notwendiges einsehen und solches durch den Metropol, Mitbischöf und Suffraganien eintraechtiglich beraten und gehandelt werden möge.“[96])

Diese Vorversammlung beschloß, ein Provinzialkonzil nach Mühldorf oder Salzburg zu berufen,

> „das auch der Römischen kgl. Majestät, Herzog Friedrichen Pfalzgrafen, Herzog Wilhelmen und Herzog Ludwigen, auch Herzog Ott Heinrichen und Philippsen Gebruedern, fürsten in Bairn, auch den landgrafen zu Leuchtenberg, in deren allen fürstlichen gnaden Landen und Gebieten sich diese provinz erstrekht, zugeschrieben und verkhündt werde."

Auch an die Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier sollten Gesandte geschickt werden, um über ihre Absichten inbetreff des Konzils Nachfrage zu halten. Einige Artikel, die die Vertreter des Kardinals,

> „als nit allein von wegen der zuberaittung des gemainen Concili, sonder auch der religion und der vilfeltigen geistlichen obligen, bevorab auch der weltlichen eingriff und merklichen beschwerden halben"

vorgebracht hatten, wurden mangelnder Vollmacht halber bis zum Provinzialkonzil verschoben. Laut des Beschlusses dieser Versammlung schrieb der Kardinal Matthäus Lang am 14. März an König Ferdinand, teilte ihm die festgesetzte Synode mit und bat ihn seine Räte zu derselben zu entsenden und ihnen

> „von wegen der religion, auch vergleichung geistlicher iurisdiction und obrigkait zu handlen und zu beschliessen"

genügende Vollmacht zu geben,

> „damit dieselben sachen ainmal zu guetem christlichen verstand gepracht werden."[97])

Wegen der Verhinderung einiger Prälaten und der bayrischen Gesandten wurde das Konzil vom 23. April auf den 14. Mai verschoben. Außer den zahlreichen Vertretern des Klerus erschienen auch zwei Gesandte König Ferdinands, Dr. Gallus Milleranus, Prediger in Innsbruck, und Rainprecht von Bairsperg, die auf Vorschlag der Innsbrucker Regierung dazu ernannt waren.[98]) Diese übergaben am 17. ihren Kredenzbrief und erboten sich, mit der Synode einige Artikel zu erörtern oder sie auf Wunsch schriftlich vorzulegen, was verlangt wurde und am 18. geschah. Diese Artikel geben nicht nur ein klares Bild der Mißstände, sondern zeigen auch, wie man auf katholisch-weltlicher Seite eine Reformation der Kirche durchführen wollte: Da viel

Irrtum und Zwiespalt in der Christenheit vorgefallen sei, so besonders wider die heilige Dreifaltigkeit, die sieben Sakramente und in andern Artikeln,

„nemblich wie die menschlichen Satzungen geben, ob den Briestern der eelich Stand zuegelassen und dem gemainen volkh die Communion in baiderlaj gestalt frei gelassen werden soll“

und anderes, so sollten die königlichen Gesandten ermahnen, daß die Synode diese Dinge erwäge und sich bereit mache, damit Synode und Konzil den Abgefallenen entgegentrete und die gegnerischen Argumente mit guten Gründen und der Wahrheit ablehne. Die Gesandten sollten neben den Vertretern anderer Fürsten in allem, was auf der Synode vorkomme,

„auf erbar, sittlich und christliche weg und mittl reden und handln und in solchen das peste ratschlagen“,

jedoch vor einem endlichen Beschluß erst bei Ferdinand anfragen. Da aber die herrschenden Ketzereien vornehmlich „aus den eingedrungenen abusibus und misbräuchen“ entstanden seien, so habe der König für dringend notwendig erachtet, folgende Artikel zu stellen,

„damit in denselben eingefallnen müsbräuchen auf einen gemainen concilio desto statlicher gehandelt und in dem wenigern bis auf concil jetzt der notturft nach einsehung gethan werden möge“:

1. müßten die Provinzial- und Episkopalsynoden hinfort „geschwaifter“ gehalten werden; 2. bei den Frauenklöstern der böse Mißbrauch abgeschafft werden, keine ohne eine namhafte „Haimbsteuer“ aufzunehmen, was gegen die Satzungen des Laterankonzils sei; 3. sollten die Klosterleute auf Erbschaften verzichten,

„da doch die Gotshäuser des merern teil wol und rätlich fundiert und solches vortailigen Genues nit bedürftig sein,“

auch die Laien auf keinen Rückfall hoffen könnten; 4. dürften die Güter der Kirchen nicht

„ad luxum noch zu unnotturftigen pracht oder sonst unzimlicher weis wie ettwan bishere geschehen sein möcht,“

mißbraucht werden, sondern nur zur Ehre Gottes, Erhaltung der Kirchen und Notdurft der Armen; 5. wäre es angemessen, daß die Geistlichen, die ihr Amt „an vil orten mit großer unzucht und leichtfertigkait“ geführt haben, mit strengen Strafen und Verlust ihrer Pfründen angehalten würden, ihrer Pflicht ordentlich nachzukommen und besonders einen ehrsamen Wandel zu führen. Und da das Predigtamt „in der Bibel höchlich bevolhen und gebreist“ werde, so dürften die Prädikanten nicht ohne vorhergehende Prüfung ihrer Tauglichkeit und Ehrbarkeit zugelassen werden. 7. Ferner sollten viele neue Predigerstellen eingerichtet werden, wie es auch das Konzil von Basel befehle. 8. Dem Volke müßten Ceremonieen und Ritus in ihrer Bedeutung ausgelegt werden. 9. Die Priester sollten statt Müßiggang die Bibel lesen und 10. sich mit

> „der erkantnus der Excommunication guter beschaidenheit befleißen und die nit aus ringen ursachen, als von schulden oder andrer dergleichen zeitlicher Sachen wegen erkhönnen, sonder so vil möglich verhueten.“

11. Bei Verleihungen von Pfarren, Reservationen und Pensionen dürfte nicht nach Gunst oder Nutzen gegangen werden; auch sollten Kinder keine Pfarren erhalten, noch auf einen viele übertragen werden. Denn daraus erfolge wenig Gutes ebenso wie aus den unnötigen Dispensationen. Die Kinder aber, die im Besitze geistlicher Einkünfte wären, sollten von ihren Eltern ehrbar erzogen und zum Studium der heiligen Schrift angehalten werden.[99]) Diese Artikel, die in vielen Punkten klare Erkenntnis der Mißstände zeigten und durchgreifende Reformen forderten, waren auf Befehl des Königs von der königlichen Regierung zu Innsbruck mit Teilnahme des Dr. Gallus Milleranus verfaßt und von Ferdinand gebilligt worden.[100]) Inzwischen begann die Synode ihre Verhandlungen. Dalham behauptet, daß die weltlichen Gesandten daran, wenn auch ohne Stimme, teilgenommen hätten und nur bei Beratungen und Abstimmungen, deren Geheimhaltung von Wichtigkeit war, ausgeschlossen worden wären.[101]) Die Gesandten aber berichteten, daß sie von den Verhandlungen der Synode nichts wüßten.[102]) Erst am 23. Mai erhielten sie eine schriftliche Antwort. Die

Synode wolle nach ihren Kräften für Beseitigung der genannten Übelstände sorgen. Inbetreff der Lehre von der Dreifaltigkeit, der Priesterehe und des Laienkelchs würden sich die zum allgemeinen Konzil gehenden vorbereiten; eine Entscheidung über die Sakramente und Menschensatzungen gebühre ihnen nicht. Der Tadel wegen des langen Aufschubs der Provinzialsynoden sei ungerechtfertigt, da die andauernden Kriegsgefahren daran Schuld wären. Inbezug auf die Klagen über Aufnahme von Frauen mit reicher Heimsteuer, Verwaltung der Kirchengüter, Wandel der Priester und Anzahl der Predigtämter wolle der Kardinal Abhilfe schaffen. Doch könne man den Ausschluß der Mönche von Erbschaften nicht zugeben, da die Klöster durch päpstliche und kaiserliche Erlasse dazu berechtigt seien. Und die Synode hoffe, daß der König die Geistlichen bei ihren Freiheiten und Privilegien schützen werde.[103]) Die königlichen Gesandten waren aber mit dieser Antwort keineswegs zufrieden, da sie viele Widersprüche enthielte und auch unklar abgefaßt sei, und schickten sie zurück. Darauf kamen am 25. Mai der Bischof von Chiemsee, mehrere Juristen und Theologen zu den Gesandten, um ihre Beschwerden anzuhören. Die Königlichen verlangten eine klare Deutung der Bezeichnung Menschensatzung, ob die Absicht der Kirche gewesen sei, durch ihre Gebote die Gewissen ihrer Kinder zu binden; ob sie denn die Berechtigung dazu hätte, und ob man Kirchengebote dem Volke bei Androhung des Bannes vortragen dürfte. Auch sollte die Synode in Erwägung ziehen, ob der eheliche Stand der Priester wider die heilige Schrift verstieße oder nicht; ob es nützlicher sei, daß die Priester Ehefrauen oder „Kepser" hätten; ob sich überhaupt das Gebot der Keuschheit bei einer solchen Menge von Priestern durchführen lasse; ob schließlich die Kirche, als die Priester noch Weiber gehabt, besser regiert worden wäre oder nicht. Ferner solle die Synode eine klare Resolution in bezug auf den Laienkelch geben. Konzilien seien zur Abstellung von Mißbräuchen und Aufrichtung einer Reformation am geeignetsten, wie das auch die Apostelgeschichte und die Beispiele der heiligen Väter bewiesen. Jeder Bischof sollte mehreren Konzilsbeschlüssen nach zweimal im Jahre eine Synode halten; bei den gegenwärtigen Zeitläufen hätten sie eher

vermehrt als unterlassen werden dürfen. Auch hätten es die Konzilien für eine furchtbare balaamitische Sünde erklärt, einem Untauglichen eine Pfarre zu verleihen. Ferner sollte keiner mehrere Pfründen innehaben, und daran sollte auch die päpstliche Dispensation nichts ändern. Jeder im Konkubinate lebende Priester, sei es offen oder heimlich, begehe „in omnis misse celebracione ad minus sex malen tödtlichen sünde" wie überhaupt bei jeder geistlichen Funktion. Es wäre tausendmal besser, gar keine Priester zu haben, als öffentlich sündige. Durch die ungerechte Verleihung der Pfründen und die Duldung schlechter Priester kranke die Kirche. Von solchen untauglichen Meinungen müßte man abstehen. — Am selben Tage erschien die Deputation nochmals bei den königlichen Gesandten und erklärte auf die Frage, was die Synode auf die geäußerten Mängel geantwortet habe, daß die Synode an ihrer schriftlichen Antwort festhalte und jetzt aufgelöst worden sei. Die Königlichen fühlten sich dadurch schwer verletzt und beriefen sich auf das Schreiben des Kardinals an den König, einige Räte zu der Synode zu senden und ihnen Vollmacht zu Verhandlungen zu geben. Auch ihre Instruktion befehle ihnen, mit den andern Gesandten zu reden und zu verhandeln, was zum Wohle der Christenheit nötig wäre. Es befremde sie nicht wenig, daß die Synode, ohne sie zu Rate zu ziehen und ohne ihr Vorwissen aufgelöst worden sei.[104]) Der Bischof aber erklärte, daß es nie ihre Meinung gewesen sei, Laien oder Gesandte bei der Synode zu Rate zu ziehen.[105]) Der Abschied der Synode, dessen Kopie den Gesandten mitgegeben wurde, blieb auf demselben Standpunkt stehen wie die Antwort an König Ferdinand, daß man sich in Sachen der Religion auf das allgemeine Konzil gefaßt machen müsse. Inbetreff des Wandels und Lebens der Geistlichen wurden zwar einige Vorschriften ausgearbeitet, aber nicht veröffentlicht, da die Laster gar zu groß und durch die lange Dauer so eingenistet wären, daß eine Heilung für verderblicher als die Krankheit selbst gehalten wurde, wenn man mit einem Male zu bessern suchte.[106]) Doch sollte jeder Bischof an seine Geistlichen ein Mandat erlassen, das im allgemeinen die Priester an ihre Pflicht ermahnte und sie aufforderte, wenn sie eben als Menschen sündigten, wenigstens für Geheimhaltung zu sorgen.

So hielt sich die Synode vollkommen kirchlich korrekt. Die einzige Unregelmäßigkeit, die Einladung der weltlichen Fürsten, war dadurch hervorgerufen worden, daß man vor allen Dingen die Beschwerden der Geistlichen über Eingriffe der Weltlichen abstellen wollte.[107]) Die Vorgänge auf dieser Synode konnten nicht lange unbekannt bleiben. Auch der päpstliche Nuntius Morone erfuhr davon und war sehr entrüstet, daß wider alle Gewohnheit weltliche Fürsten durch ihre Gesandten an der Synode teilgenommen hätten. Auch schienen ihm die Verhandlungen über die bindende Kraft der menschlichen Satzungen, Priesterehe und Laienkelch sehr verfänglich und gefährlich. Der König versuchte sich mit der Erklärung zu rechtfertigen, daß er nur beabsichtigt habe, einige Artikel für das Konzil zu erörtern und anzuregen. Seine Gesandten hätten seine Befehle überschritten.[108]) Man war dennoch am päpstlichen Hofe sehr mißgestimmt. Die Ketzer würden froh sein, wenn sie auf einem Konzil überhaupt nur eine dieser ungeheuerlichen Forderungen bewilligt erhalten würden. Und mit Schrecken sah man in Rom die Gefahr eines Nationalkonzils heraufsteigen.[109]) Auch dem Kardinal Matthäus Lang drückte der Papst sein Mißfallen über die Vorgänge aus.[110]) Mit dieser Synode hängt auch die im Anfang des 17. Jahrhunderts viel umstrittene Frage zusammen, ob Ferdinand am 1. Februar 1537 an Luther geschrieben und ihm zugestanden habe, daß er sich nach dem Lesen einiger lutherischer Schriften von der Wahrheit derselben überzeugt habe und nun auf einem Reichstag mit Luthers und anderer Theologen Rat in der Religionssache Ordnung schaffen wolle.[111]) Dieser Brief ist sicherlich eine Fälschung und fast allgemein als solche anerkannt. So klar der König die Mängel der Kirche erkannte und so streng er eine Reformation durchführen wollte, ein Freund der Protestanten ist er nie gewesen, sondern stets ein guter Katholik geblieben. Das bezeugen nicht nur die päpstlichen Nuntien und der venetianische Gesandte am Hofe,[112]) sondern auch sein ganzes Verhalten gegen die Lutheraner, wie wir noch sehen werden. Wenn aber Ehse meint, daß die Salzburger Synode überhaupt mehr den Eindruck eines Mißgriffes als einer beabsichtigten Aufrollung schwieriger Fragen mache,[113]) so möchte ich dem doch widersprechen. Ferdinands Gesandte brachten zwar ihre Anträge zunächst in Hinsicht auf das

bevorstehende Konzil vor, zugleich aber wünschten sie die sofortige Durchführung der auf die Reform der Kirche gerichteten Beschlüsse der Synode in den königlichen Ländern; denn der König wußte wohl, daß ein allgemeines Konzil so schnell nicht zu stande kommen werde, da ja Karl und Franz noch im heftigen Kampf gegen einander lagen. Die Artikel der königlichen Gesandten machen keineswegs den Eindruck eines Mißgriffes. Der König hat an ihnen festgehalten, besonders an der Gewährung des Laienkelchs und der Priesterehe, wie uns die Frankfurter Konkordienverhandlung zeigen wird. Dieselben Forderungen hat er auch noch in Trient gestellt.

Nach den verschiedenen Prorogationen sollte jetzt das allgemeine Konzil am 1. Mai 1538 in Vicenza stattfinden. Die Kardinäle Aleander, Simoneta und Campeggi wurden zu Konzilslegaten ernannt und reisten im Frühjahr 1538 nach ihrem Bestimmungsort. Schon unterwegs erreichte sie ein Befehl des Papstes vom 25. April aus Placentia, das Konzil vorläufig nicht zu eröffnen, da der Papst wegen seiner Vermittelung zwischen Karl V. und Franz I. am 1. Mai noch nicht am Konzilsorte sein könne.[114]) Am 28. Juni erfolgte die Prorogation des Konzils und die Abberufung der Legaten.[115]) Was hatte diesen Beschluß hervorgerufen? Der Kaiser und der Papst waren, wie wir gesehen haben, schon vor Ankunft Franzs in Nizza zusammen und berieten über die allgemeinen Angelegenheiten der Christenheit. Wenn ein Vergleich mit König Franz zustande kam — und das hoffte man doch —, so war die Lage für den Türkenkrieg äußerst günstig. Die im Februar geschlossene Liga hatte alles Notwendige für die Offensive bestimmt, und mit Zapolya war ein Vertrag geschlossen worden. Es blieb nur noch übrig, die Lage in Deutschland zu ordnen und Ruhe und Einigkeit herzustellen. Karl mußte sich sagen, daß ein Universalkonzil nicht nur sehr viel Zeit kosten, sondern auch mit der Verurteilung der Ketzer enden würde. Auf diese Weise war eine Einigung nicht herzustellen. Eine gewaltsame Niederwerfung der Protestanten durch den Kaiser aber konnte, abgesehen von Geld- und Zeitverlust, sehr leicht den etwaigen freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich sehr schädlich sein. Die folgenden Verhandlungen mit Franz zeigten die Richtigkeit

der Annahme Karls. Franz I. erklärte dem Papste am 16. Juni ganz bestimmt, daß er sich nur dann gegen die Lutheraner erklären würde, wenn er Mailand sofort erhielte.[116] Am 17. Juni fand eine nochmalige Unterredung beider über die Religionssache statt, die aber, wie wir später sehen werden, zu keinem Beschluß geführt zu haben scheint.[117] Also mußte ein friedlicher Weg zur Gewinnung der Abgefallenen eingeschlagen werden. Vielleicht liegt die Absicht zu diesem Plan schon in der Bitte des Reichskanzlers Held, die er gemäß seiner deutschen Instruktion an den Rat zu Nürnberg richtete, ein Gutachten einzusenden über das, was geschehen könne, wenn ein Konzil nicht zustande käme.[118] — Der Papst war sicherlich zu einer Verhandlung mit den Protestanten auch gern bereit. Konnte er doch hoffen, dadurch vorläufig ein Konzil und besonders ein Nationalkonzil der Deutschen unmöglich zu machen. Von ersterem war, wenn der Papst die allgemeine Sehnsucht nach einer Reformation erwog und die darauf bezüglichen Anträge Ferdinands auf der Salzburger Provinzialsynode in Betracht zog, eine große Schwächung des Papsttums an Macht und Geldeinkünften zu erwarten. Von einem deutschen Nationalkonzil aber mußte man eine völlige Loslösung Deutschlands vom Papsttum fürchten. Besser war es schon, den Abgefallenen kleine besondere Zugeständnisse zu machen, als die Gewalt der Kirche im Papsttum zu schwächen. Über den Inhalt dessen nun, was zwischen Kaiser und Papst inbetreff der lutherischen Angelegenheit beschlossen worden ist, liegen uns leider nur drei, eigentlich nur zwei kleine Berichte vor: Die Nachschrift zu dem Briefe Karls an Ferdinand vom 22. Sept. 1538 läßt sich übersetzen: „Wie Sie durch meinen vorigen Brief, den ich abfertigte, ehe ich den Ihrigen vom 3. Juni erhielt, gehört haben, war ich in Villafranka in Unterhandlungen mit dem Papste wegen der vom Glauben Abgefallenen und bewirkte, daß der heilige Vater sich entschloß, den Kardinal Aleander zu entsenden.“[119]

Der zweite Bericht findet sich in dem Hauptteil des Briefes vom 22. September 1538: „Ich erinnere Sie an das, was ich Ihnen aus Aiguesmortes geschrieben habe, sowohl über den Beschluß, den ich mit dem Papste wie auch mit dem König von Frankreich in Aiguesmortes gefaßt habe; und demgemäß muß man

diese Annäherung mit Teilnahme des Kardinals Aleanders oder eines andern, den der Papst nach Deutschland schicken wird, in die Wege leiten."[120])

Und die Ergänzung zu diesen Verabredungen mit Franz und dem Papste giebt eine Stelle in dem Schreiben Karls an Ferdinand vom 18. Juli aus Aiguesmortes: „Zwischen dem Kardinal von Lothringen und dem Connetable einerseits und Covos und Granvella andrerseits ist in betreff der allgemeinen Angelegenheiten unterhandelt und beschlossen worden, an erster Stelle die vom alten Glauben Abgefallenen zur Rückkehr und friedlichen Vereinigung mit den Altgläubigen zu überreden, worüber beide, Karl und Franz, wachen wollen, und zwar soll es durch Vermittlung des Papstes geschehen."[121])

Diese drei Berichte ergeben also folgendes: Der Kaiser und der Papst haben in Villafranka über die Religionssache beraten. Karl hat den Papst veranlaßt, den Kardinal Aleander in dieser Sache nach Deutschland zu senden. Dagegen gelang es erst in Aiguesmortes, auch Franz I. zu einer bestimmten Stellungnahme zu der Verhandlung mit den Lutheranern zu bewegen. Wenn Frankreich auch weiterhin den Stützpunkt derselben bildete, war auf Nachgiebigkeit von ihrer Seite nicht zu rechnen, eine Verhandlung mit ihnen höchst beschwerlich, fast unmöglich gemacht. Daher lag dem Kaiser viel an dem Versprechen des Königs, auch seinerseits auf die Protestanten einwirken zu wollen, um sie zu einer Rückkehr in die Kirche durch friedliche Verhandlungen geneigt zu machen. Durch weitere Schlüsse ergiebt sich folgendes: Die Sendung des Kardinals Aleander war spätestens am 26. Juni beschlossene Sache.[122]) Denn der französische Nuntius Filiberto von Ivrea, der vom 30. Juni aus Fréjus an die Kurie schrieb und am 3. Juli Franz meldete, daß der Papst auf die Kunde vom Abschluß des Friedens zwischen Ferdinand und Zapolya den Kardinal Aleander entsende, um diesen Frieden zu bestätigen und die Angelegenheiten des Glaubens und der Kirche wieder in ihren alten Stand zurückzuführen, muß spätestens am 27. Juni in Genua abgefertigt worden sein. Ferner: Von diesem Vermittelungsversuch, der zwischen Papst und Kaiser in Villafranka und dann in Aiguesmortes von Karl und Franz beschlossen worden ist,

kann Ferdinand erst am 29. Juli Nachricht erhalten haben, als der Brief Karls vom 18. Juli aus Aiguesmortes in Linz eintraf.[123]) Denn außer diesem Brief liegt für die Monate Juni und Juli 1538 nur ein Brief des Kaisers an Ferdinand vor, der nach Meldung des päpstlichen Nuntius am 30. Juni am Hofe in Linz anlangte und die Mitteilung über den in Nizza geschlossenen Waffenstillstand enthielt.[124]) Dieses Schreiben ist zwar im Wiener Archiv nicht vorhanden, kann aber nichts weiter als den Stillstand gemeldet haben, da sonst der Nuntius sicherlich von Ferdinand darüber Mitteilungen erhalten hätte. Dies wird sich auch aus den späteren Verhandlungen zeigen. Da nun zwischen den Briefen Karls vom 18. Juli und 22. September nur ein Brief vom 28. Juli[125]) aus Barcelona vorliegt, dieser aber in betreff der Glaubensangelegenheit auf den vorhergehenden, also den vom 18. Juli verweist, so müssen wir annehmen, daß dem Kaiser in der Nachschrift zu seinem Schreiben vom 22. September ein kleiner Irrtum untergelaufen ist. Karl glaubt nämlich, seinem Bruder schon aus Aiguesmortes mitgeteilt zu haben, daß er den Papst zur Sendung Aleanders in Villafranka bestimmt habe, während tatsächlich Ferdinand durch dies Schreiben vom 18. Juli nur im allgemeinen über die Teilnahme des Papstes unterrichtet worden ist. Diese Auffassung wird auch durch den Anfang des Hauptschreibens vom 22. September bestätigt, wo Karl auf seinen Brief aus Aiguesmortes verweist, der die Beschlüsse, die mit Franz und dem Papste gefaßt seien, gemeldet habe. Tatsächlich meldet aber der Brief vom 18. Juli aus Aiguesmortes nur die mit Franz gefaßten Beschlüsse. Nach diesem ganzen Zusammenhange darf der Anfang der Nachschrift des Briefes vom 22. September nicht, wie oben, übersetzt werden; denn da, wie wir später sehen werden, dieser erwähnte Brief Ferdinands vom 3. Juni zwischen dem 20. und 25. Juni bei Karl eintraf und der Brief Karls vom 15. Juni nur den Stillstand meldete,[126]) so müßten wir noch einen Brief des Kaisers aus der ersten Hälfte des Juni annehmen, der aber weder im Wiener Archiv vorliegt, noch in den Nuntiaturberichten erwähnt wird; und außerdem ist der Inhalt eines solchen Schreibens den folgenden Verhandlungen völlig unbekannt. Die erwähnte Stelle[127]) muß daher übersetzt werden: „Wie Sie durch

meinen vorigen Brief erfahren haben, war ich, bevor Sie mir und zwar am 3. Juni schrieben, in Villafranka in Unterhandlungen mit dem Papste."[128]) König Ferdinand hat also von den mit dem Papste gepflogenen Verhandlungen des Kaisers eigentlich erst durch den Brief vom 22. September Kunde erhalten.

Wie sich aber der Kaiser und der Papst die Durchführung dieser Annäherung an die Protestanten im besonderen gedacht haben, ist uns nicht bekannt. Wahrscheinlich aber ist es, daß sie zu bestimmten Beschlüssen in dieser Hinsicht überhaupt nicht gekommen sind, da die Verhältnisse durch einen Brief König Ferdinands ein anderes Aussehen gewannen.

Zu derselben Zeit, als sich Karl V. und Papst Paul III. in Nizza einfanden, machte Ferdinand eine Reise durch seine Lande, um auf den einzelnen Provinziallandtagen die Leistung der Türkenhilfe durchzusetzen. Am 21. Mai traf er in Bautzen ein, wo auch Kurfürst Joachim II. von Brandenburg und sein Bruder Markgraf Hans von Küstrin angekommen waren, um von Ferdinand als dem Stellvertreter des Kaisers ihre Lande nach dem Tode des Vaters als Lehen zu empfangen. Als bei dieser Gelegenheit der König den Kurfürsten um seine Unterstützung zur Abwehr der Türken bat, war Joachim gern bereit, dieselbe zu leisten, umsomehr als er selbst ernste Nachrichten über das Vordringen der Türken von Zapolya erhalten hatte, und versprach eine beträchtliche Hilfe. Ferdinand teilte diese Bereitwilligkeit sehr erfreut dem Kaiser am 22. Mai mit.[129]) Der König blieb dann noch bis zum 24. in Bautzen. In diesen zwei Tagen fand nochmals eine längere Besprechung zwischen den beiden Fürsten statt. Joachim nämlich war nicht damit zufrieden, selbst Hilfe zu leisten, sondern erbot sich, den Versuch zu machen, ob es nicht möglich wäre, auch alle anderen Reichsfürsten dazu zu bestimmen. Dies wäre allerdings unmöglich, wenn sie miteinander verfeindet wären; er wolle es aber versuchen, sie zu einigen. Dazu aber sei notwendig, daß die Protestanten, die sich nicht genügend gesichert fühlten, ihre Angst vor dem Kaiser aufgäben. Ferdinand lehnte zwar eine Berechtigung dieser Furcht ab, da er und Karl sich stets an den Nürnberger Frieden gehalten hätten. Wenn die Lutheraner aber einige „gerechte Beschwerden" hätten, so möchte Joachim ihm diese zur

weiteren Mitteilung an den Kaiser melden, der kein Unrecht dulden würde. Der Kurfürst stellte nun weiter dem König vor, daß ein Konzil in der gegenwärtigen Lage unmöglich dazu dienen könne, die Abgefallenen wieder zu gewinnen, weil sie nicht erscheinen würden und infolgedessen verurteilt werden würden. Dann aber müßten sie bestraft werden, ein innerer Krieg aber würde die notwendigen Vorkehrungen gegen die Türken hindern. Deshalb sei es das beste, daß der Kaiser den Papst um eine Einigungsverhandlung [130]) mit den lutherischen Fürsten noch vor dem Konzil ersuche und daß er zu diesem Zwecke einige Kommissare nach Deutschland entsende. [131]) Vielleicht haben beide auch über die etwaigen Zugeständnisse gesprochen, die die Kurie machen müsse. Denn als Ferdinand dem Nuntius von seiner Besprechung mit dem Kurfürsten berichtete, erklärte er es für notwendig, daß man den Neugläubigen in den Punkten, die sie als „evangelisch" erklärten, nachgeben müsse, wie im Abendmahl unter beiderlei Gestalt, inbezug auf die Priesterehe und ähnliche Dinge, die ja menschliche Einrichtungen wären und im Belieben des Papstes ständen. Schon jetzt aber zeigte es sich, daß die Durchführung dieses Einigungsversuches nicht so leicht von statten gehen würde, wie es sich wohl der König und der Kurfürst gedacht hatten. Morone nämlich bestritt die Möglichkeit dieser Konzessionen durch den Papst, da er auch für andere Länder zu sorgen habe und zu solchen Änderungen ein Universalkonzil nötig wäre. [132]) Es könnte wohl auffallen, daß der Nuntius erst am 2. Juni von Ferdinand diese Mitteilungen erhielt und auch der Kaiser erst am 3. Juni benachrichtigt wurde. Doch müssen wir annehmen, daß der König durch die Verhandlungen mit den einzelnen Landtagen und die Hindernisse der Reise nicht eher zu einer Besprechung mit dem Nuntius gekommen war. Vielleicht war auch in betreff der Meldung an den Kaiser kein Kurier verfügbar, da eben erst ein solcher am 22. abgegangen war. Der Bericht [133]) nun, der am 3. Juni abging und die erwähnten Vorschläge des Kurfürsten meldete, betonte zunächst die Unmöglichkeit, bei der augenblicklichen Lage einen Reichstag abzuhalten, ohne vorher irgend ein Mittel in der Religionssache gefunden zu haben, und zugleich die Aussichtslosigkeit, vom Reich eine Türkenhilfe zu erlangen, so lange

sich Protestanten und Katholiken argwöhnisch gegenüber ständen. Auch stellte Ferdinand dem Kaiser vor, daß bei dem beständigen Rückgange des Katholizismus nicht nur eine völlige Verwirrung Deutschlands zu erwarten sei, sondern auch die Gefahr bestehe, daß die Habsburger den weltlichen Gehorsam im Reiche verlieren würden, nach dessen Verlust die Sache des Katholizismus in Deutschland nicht mehr gerettet werden könne. Und da Karl nun gerade mit dem Papste zusammen wäre, so solle er ihn veranlassen, eine friedliche Verhandlung mit den Protestanten über die Glaubenssache zu beginnen, aber ohne irgendwie an die Substanz der katholischen Religion zu rühren, sondern nur über Kleinigkeiten. Der Kaiser aber solle seinen Gesandten absolute Vollmacht erteilen mit genauen Instruktionen, wie weit sie in Bewilligungen gehen dürften. Auch der Papst möge einen Legaten mit Vollmacht senden oder dem augenblicklichen Nuntius, der zu dieser Sache vorzüglich geeignet sei, Auftrag geben. Nach Beilegung der Religionsangelegenheit könnte dann der Reichstag abgehalten und mit geringer Mühe über Türkenhilfe und Unterhalt des Kammergerichts verhandelt werden; ebenso könnte dann das Konzil berufen werden. Und wenn dieses auch schon nahe bevorstände, so möchte Karl nichtsdestoweniger die Instruktionen und Vollmachten senden, um die Sache zu beginnen und die Protestanten in guter Hoffnung zu erhalten. Auch der Abschluß der Liga würde gleichfalls günstig sein, um einen Vergleich zu stande zu bringen. Ferdinand aber, der die Verhältnisse am kaiserlichen Hofe genügend kannte, bat Karl dringend, keine Zeit zu verlieren und die Sache nicht aufzuschieben, wie man es bei allen neuen Anträgen versuche, zumal die Liga noch nicht so mächtig sei, daß man ganz auf sie vertrauen könne. Der Nuntius berichtete über sein Gespräch mit dem König noch am selben Tage an die Kurie. Er hatte wohl gemerkt, daß Ferdinand eine solche Vergleichshandlung sehr gut gefiel, riet aber dem Papste, die erbetenen Kommissare nicht zu senden, sondern über die etwaigen Zugeständnisse während des Konzils und am Orte desselben durch einige dazu Beauftragte beraten zu lassen, mit Rücksicht auf die Ehre des heiligen Stuhls und auf die anderen Länder.[134]) Das Ankunftsdatum dieser beiden Berichte an ihren Bestimmungsorten ist nicht bekannt, läßt sich

aber durch einige andere Briefe bestimmen. Der Kurier,[135]) der die Meldung des Nizzaer Stillstands am 30. Juni nach Linz brachte, kann frühestens am 15., wahrscheinlich aber erst am 17. vom kaiserlichen Hoflager aufgebrochen sein, da die genaueren Friedensbestimmungen erst am 17. festgesetzt wurden; er hat also höchstens zwei Wochen zu der Reise gebraucht. Der Bericht des Nuntius vom 3. Juni[136]) traf laut Ankunftsvermerk am 24. in Genua ein. Wir werden also berechtigt sein anzunehmen, daß Ferdinands Bericht vom 3. Juni und der des Nuntius vom 2. in den Tagen vom 20. bis 24. Juni in Genua angelangt sind. Vorher ist keine Nachricht von dem Anerbieten des Kurfürsten von Brandenburg nach Genua gekommen, da der Nuntius ja erst am 2. Juni davon Kunde erhielt und der König seit dem 22. Mai keinen Boten an den Kaiser gesandt hatte, wie er selbst im Anfang seines Briefes vom 3. Juni bemerkt.[137]) Es zeigt sich also aus dem bisherigen völlig klar, daß es sich bei den Verabredungen zwischen dem Kaiser und dem Papst einerseits und dem König und dem Kurfürsten andrerseits um zwei getrennte von einander ganz unabhängige Versuche handelt, die Protestanten zu gewinnen. Beide zeigen eine große Ähnlichkeit, sogar teilweise Übereinstimmung. An Stelle eines Konzils oder wenigstens vor diesem soll eine friedliche Verhandlung mit den Abgefallenen und zwar unter Teilnahme päpstlicher Legaten stattfinden. Als nun die Berichte über die Verhandlungen mit Joachim in Genua eintrafen, hat man diesen Punkt, die Anteilnahme des Papstes, der Kombination beider Versuche zu Grunde gelegt, die schon beschlossene Sendung des Kardinals Aleander beibehalten und die Vermittelung des Kurfürsten Joachim angenommen. Von den in Villafranka-Nizza getroffenen Verabredungen des Kaisers und des Papstes hat man infolgedessen in Deutschland im allgemeinen nichts vernommen, nur Ferdinand erhielt durch den Brief vom 22. September eine kurze Nachricht darüber.[138])

Bevor wir den weiteren Verlauf dieses Vermittelungsversuches verfolgen, müssen wir zunächst die Beweggründe untersuchen, die den Kurfürsten von Brandenburg zu seinem Anerbieten bestimmt haben könnten. Joachim II. besaß einen ruhigen, friedliebenden Charakter, der vor gewaltsamen und plötzlichen Veränderungen

zurückscheute. Diesem Grundzug seines Wesens blieb er auch in der die Welt erschütternden religiösen Frage treu. Seine edle Mutter Elisabeth, die ihres Glaubens wegen die Mark verlassen mußte, hatte ihm wohl die ersten Keime der neuen Lehre ins Herz gepflanzt, der er sich immer mehr anschloß. Dennoch aber trat er 1535, als er die Regierung übernahm, keineswegs in die Reihen der Protestanten, sondern suchte vielmehr die freundschaftlichen Beziehungen seines Vaters zu König Ferdinand auch für seine Person aufrecht zu erhalten.[139]) So ganz allmählich aber ging er zur Reformation seines Landes über, indem er zugleich äußerlich die katholischen Formen möglichst beizubehalten suchte. Sein Land war mehr und mehr protestantisch geworden, überall traten Prediger auf. So lange dieselben in nicht zu lauter Weise von sich hören ließen, störte er die freie Predigt nicht. Wie er auf der einen Seite den offenen Übertritt verschob und den Eintritt in den schmalkaldischen Bund verweigerte, ebenso wollte er auf der anderen Seite nichts mit der katholischen Liga zu tun haben, obwohl er von den Mitgliedern derselben sehr gedrängt wurde. Als Heinrich von Braunschweig ihm den Abschluß des Nürnberger Bundes und die großen Hoffnungen der Altgläubigen mitteilte, äußerte Joachim sehr kühl, er hoffe, daß das Bündnis zu Ruhe, Friede und Einigkeit im Reiche vorgenommen sei.[140]) Seine innerlich zu den Protestanten hinneigende Gesinnung bewies er, wie wir gesehen haben, bei der Erneuerung der Erbverbrüderung in Zeitz. Auch ließ das seine Antwort an Bischof Vorst, der ihm die Einladung zum Konzil überbrachte, ersehen. Er versprach bestimmt, das Konzil persönlich oder durch seine Räte zu besuchen, aber nur unter der Bedingung, daß es auf dem Konzil erlaubt sei, völlig frei über alles zu reden, was sich auf das Wohl der Christenheit beziehe. Außerdem aber müsse mit größtem Eifer dafür gesorgt werden, daß auch die Protestanten das Konzil besuchten, um vieles für die Zukunft zu bessern und die Christenheit vor schlimmen Schäden zu bewahren.[141]) Die Kurie traute ihm auch nicht mehr ganz. In dem Verzeichnis über die Stellung der deutschen Fürsten zur Reformation, das Morone nach Deutschland mitbekam, hieß es, daß Joachim seinem Vater sehr unähnlich wäre, bisher aber durch den Kurfürsten von Mainz im alten Glauben erhalten worden sei.[142]) Und wenn

auch Ferdinand dem Nuntius sagte, der Kurfürst sei in der Tat gut katholisch, so tat er dies wohl, um den Papst dadurch mehr für die Vorschläge Joachims einzunehmen;[143]) denn er selbst schrieb in seinem Briefe an Karl bei der Schilderung des um sich greifenden Luthertums: „Der Markgraf Johann, der Bruder des Kurfürsten von Brandenburg, ist ganz dem Luthertum verfallen, und der Kurfürst selbst steht ihm sehr nahe.“[144]) Was für Unannehmlichkeiten und schwierige Verhältnisse aber mußte ein Religionskrieg, der jeden Augenblick loszubrechen drohte, für Joachim im Gefolge haben?! Entweder war er gezwungen, gegen seine Überzeugung gegen seine Glaubensgenossen Krieg zu führen und im Fall eines Sieges der katholischen Partei das Licht der Wahrheit für immer verlöschen zu sehen; oder er mußte durch einen offenen Übertritt die alten Beziehungen, besonders die zu den Habsburgern, plötzlich und schroff abbrechen, ja sogar den Unfrieden in sein eigenes Haus bringen, da seine Gemahlin die Tochter des katholischen Königs Sigismund von Polen war. Aus dieser Lage und seiner friedlichen Natur heraus entstand bei ihm der Gedanke, den Versuch zur Herstellung des Reichsfriedens und der Ausgleichung der religiösen Gegensätze zu wagen. Die Türkengefahr und die infolgedessen von Ferdinand gewünschte Hilfe konnten die Brücke zu einer solchen Verhandlung bilden.

Mit dieser Absicht hat sich Joachim sicherlich schon längere Zeit getragen. Vom 13. Februar 1538 liegt ein Schreiben des Kurfürsten Johann von Trier vor, das in Antwort auf ein Schreiben Joachims versprach, gern zur Ruhe und Einigkeit im Reiche mithelfen zu wollen.[145]) Jetzt in Bautzen fand sich die günstige Gelegenheit; Ferdinand ging darauf ein, war sogar zu einigen Zugeständnissen bereit; und rasch ging der Kurfürst ans Werk. Eustachius von Schlieben wurde an Johann Friedrich von Sachsen, Jakob Schillingk an den Landgrafen von Hessen gesandt und teilten ihnen die bedrohlichen Nachrichten, die inbetreff des Türken eingelaufen waren, mit. Ganz Deutschland sei in Gefahr und deshalb eine Reichshilfe dringend notwendig. Da diese aber ohne den Beschluß einer Reichsversammlung und ehe die Protestanten mit einem beständigen Frieden versehen seien, schwerlich zu erhalten sei, ein Reichstag aber

wegen der Kürze der Zeit jetzt nicht möglich sei, so habe er in Bautzen

> „die kon. Mt dahin gehalten, das ire Mt auff die wege vordacht seyn wölth, do mit seynen liebden und derselben vorwanthen eyn bestendiger fridd mocht behandelt werden."

Ferdinand sei zu Verhandlungen bereit, wenn ihm berichtet würde, „was der mangel sei und worauf der friede solte gestellt werden." Joachim hoffe, daß die Protestanten sich zu Frieden und Einigkeit willfährig zeigen würden.[146])

Der Kurfürst ließ wohl mit Absicht bei dieser Sendung an die beiden Häupter des schmalkaldischen Bundes die Sache der späteren Religionsvergleichung unerörtert. Denn hierbei wäre sofort die Frage über die Teilnahme des Papstes in den Vordergrund getreten; und da Joachim den Willen Ferdinands in dieser Beziehung kannte, die Ansicht der Protestanten hierüber auch wußte, so sah er voraus, daß an diesem Punkte jegliche Einigung scheitern würde. Deswegen wollte er zunächst für Herstellung eines dauernden Friedens sorgen, auf dessen Grund dann ohne Gefahr weiter verhandelt werden konnte. Nachdem seine Räte eine vorläufige mündliche Antwort der Lutheraner gebracht hatten,[147]) berichtete er sofort am 18. Juni an den König, daß dieselben mit einem beständigen Frieden und mit Leistung der Türkenhilfe einverstanden wären. Sobald er ihre genaueren Artikel erhalten hätte, würde er sie an Ferdinand weitersenden; inzwischen aber wäre es sehr dienlich, daß die Vollmacht vom Kaiser besorgt würde.[148]) Auch der König schien zunächst für die Sache eifrig tätig zu sein; mehrmals bat er den Nuntius dringend, den Papst zur eifrigen Betreibung der Konkordiensache anzuhalten, Kommissare zu ernennen, Konzessionen über Laienkelch und Priesterehe zu machen und Mißbräuche abzuschaffen. Die Konkordie sei nicht nur leicht, sondern wegen der Türkenunternehmung und der beständigen Zunahme der Ketzer sehr notwendig. Selbst Morone, der sich doch diesen Konzessionen zunächst feindlich gezeigt hatte, wurde ängstlich, daß die deutschen Fürsten sich ohne den Papst einigen könnten, und riet deshalb, mit dem Konzil oder Konzessionen zuvorzukommen, denn die Autorität und Obödienz des Papstes stehe in Deutschland auf dem Spiel.[149]) Ferdinand war

gern auf diesen Plan einer Vergleichshandlung eingegangen, da er ja selbst einige Bewilligungen wünschte. Als er nun aber zunächst die Forderung eines beständigen Friedens vernahm, als ferner durch einen Brief Farneses Hoffnungen auf das Gelingen des Nizzaer Friedenswerkes entstanden,[150]) da wurde sein Eifer bereits abgeschwächt. Am 28. Juni teilte er dem Kurfürsten mit, daß er von seiten der Protestanten „leidliche“ Mittel erwarte, für die man vom Kaiser Vollmacht erlangen könne. So lange er aber die protestantischen Wünsche nicht genau kenne, könne er Karl nicht um eine solche bitten. Wenn die von den Protestanten gestellten Artikel aber zu weitgehend wären, so solle Joachim vor der Übersendung nochmals mit den Protestanten „auf erbere annemliche zimliche und leidliche wege“ handeln.[151]) Über diesen Anfang teilte Ferdinand dem Nuntius nichts mit; mußte er doch fürchten, daß die Kurie sich vielleicht wegen der schlechten Aussichten von dem Werke zurückhalten und so die ganze Sache scheitern möchte. Deswegen sagte er auch am 21. Juli zu Morone, obwohl er Joachims Brief vom 2. mit den Forderungen der Protestanten schon erhalten hatte, daß er die Forderungen der Protestanten nicht kenne, sie auch nicht wissen wolle, da sie wahrscheinlich so hoch sein würden, daß er dann nicht mehr um Kommissare bitten könne; und wenn diese nicht geschickt würden, würde man die ganze Konkordienhandlung zerstören.[152]) Inzwischen hatten die beiden Leiter des schmalkaldischen Bundes am 21. Juni ihre ausführliche Antwort an Joachim gesandt, obwohl sie wegen der Wichtigkeit der Sache eigentlich erst eine Beratung mit den übrigen für notwendig erachteten. Mit Rücksicht auf die Gefahr eines Verzugs wegen der Türken sahen sie davon ab. Sie waren geneigt Hülfe zu leisten; doch erfordere es ihre Sicherheit, daß sie

> „mit einem christlichen wharhaftigen bestendigen undisputirlichen und saten frieden“

versehen wären, um nicht von den Nachbarn Böses befürchten zu müssen. Ein Reichstag sei bisher „fast ungut“ unterlassen worden; und wenn man sich auch jetzt auf Partikularverhandlungen einlasse, so müßte doch die „beharrliche“ Hilfe auf einer Reichsversammlung beschlossen werden. Neben dem Frieden aber sollte noch

die Abstellung aller streitigen Prozesse am Kammer- und anderen Gerichten gewährt werden. Diese Forderungen sollte der Kurfürst durch den König oder einen andern beim Kaiser durchsetzen, der Joachim und den Pfalzgrafen Ludwig, den der Kurfürst von Sachsen mit als Vermittler vorschlug, zu der Verhandlung senden möchte. Zu dieser würden sich Johann Friedrich und Philipp nach dem Eisenacher Tage an eine von Joachim festgesetzte Malstatt verfügen. Sollten aber ihre Forderungen nicht bewilligt werden, so müßten sie jede Verantwortung für einen unglücklichen Ausgang des Türkenkrieges ablehnen.[153]) Die genauen Artikel, die die Protestanten mit diesem Schreiben übersandten, liegen im Geheimen Staats-Archiv zu Berlin nicht vor, sind uns aber in einem Auszug erhalten, den Joachim aus ihnen angefertigt und, wie er den Schmalkaldenern am 1. Juli[154]) mitteilte, an den König eingesandt hatte. Dieser Brief ging am 2. Juli ab, meldete die Bereitwilligkeit der Protestanten „zur eilenden und beharrlichen Hilfe" gegen Zusicherung eines beständigen Friedens und Abstellung der Beschwerden wider das Kammergericht; und zwar fand der Kurfürst nun diese Sache auf 2 Artikeln beruhend: 1. Der Nürnberger Friede solle bestehen bleiben; aber wegen des Mißverständnisses über das, was Religionssachen seien, sollten die Prozesse, die in solchen Sachen vorgenommen worden seien, abgeschafft werden. 2. die nach 1532 Übergetretenen sollten in den Nürnberger Frieden miteinbegriffen sein. Joachim wußte wohl, daß diese Artikel dem Kaiser als schwer oder gar nicht zugeständlich erscheinen würden, erinnerte aber daran, daß sie in Kadan „fast dergestalt" verhandelt und von Ferdinand angenommen worden seien. Er hoffe, daß,

> „zimliche billige, allen teilen leidliche und angenemme maß gefunden werden."

Seine Räte würde er nach Eisenach schicken und bäte, auch den Pfalzgrafen dazu zu veranlassen, an den er gleichfalls geschrieben habe. Der König aber solle schleunigst für die kaiserliche Vollmacht sorgen und dann im Namen des Kaisers an dieser Sache teilnehmen.[155])

Da sich dieser Brief mit dem Ferdinands vom 28. Juni kreuzte, antwortete der König am 14. Juli aus Linz nochmals und versprach, die Angelegenheit wegen ihrer großen Wichtigkeit ohne

allen Verzug dem Kaiser zu melden, Bescheid zu erwarten und Joachim dann sofort zu benachrichtigen.[156])

Immer noch war man am königlichen Hofe ohne Nachricht, was denn Kaiser und Papst inbezug auf die Verhandlungen zwischen dem König und dem Kurfürsten beschlossen hätten. Am 22. Juli trafen endlich drei Briefe Farneses vom 17., 19. aus Nizza und 27. Juni aus Genua ein,[157]) die trotz ihrer großen Wichtigkeit nur langsam befördert worden waren. Da die Bedingungen des Nizzaer Stillstands schon am Hofe bekannt waren, so teilte Morone dem Könige nur den Teil, der sich auf die Angelegenheit der Lutheraner bezog, mit. Der Papst habe die Vorschläge gütig angehört, mit dem Kaiser darüber gesprochen und würde in kurzem seinen Entschluß mitteilen. Ferdinand hoffte, daß dies möglichst bald geschehen werde, da er von Karl selbst noch keine Nachricht über diese Angelegenheit erhalten habe. Zur selben Zeit aber traf von dem Grafen Nogarola, der wegen der Türkenhilfe vom König an den Kaiser und den Papst gesandt worden war, die Meldung ein, daß der Papst beschlossen habe, den Kardinal Aleander zu dieser Verhandlung nach Deutschland zu senden. Der König war aber damit gar nicht zufrieden, da die Lutheraner Aleander als den Urheber des Wormser Ediktes verabscheuten, zudem derselbe in solchen Verhandlungen zu hartnäckig wäre, und versuchte Morone in einem längeren Gespräch von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß noch ein zweiter Kommissar gesandt würde. Die Lutheraner seien zu der Konkordie nicht etwa aus gutem Willen bereit, sondern aus Furcht, wegen des Friedens zwischen dem Kaiser und Franz, wegen des ungarischen Abkommens, der Nürnberger Liga und des drohenden Konzils. Die Lutheraner würden sicherlich unverschämte Forderungen stellen; aber er denke, daß die Zeitverhältnisse sie zu größerer Bescheidenheit bringen und sie schließlich zufrieden sein würden, überhaupt etwas zu erlangen. Ferdinand entwickelte hierbei sein ganzes Programm für die Betreibung dieser Angelegenheit: man müsse äußerst vorsichtig vorgehen und die Protestanten zwischen Hoffnung und Furcht halten, um sie einerseits nicht verzweifeln und andrerseits nicht zu anmaßend werden zu lassen. Deswegen müsse neben Aleander ein anderer, gleich an Würde und Erfahrung, gesandt werden, der den Protestanten weniger verhaßt

wäre, Sadoleto, Contarini oder Morone selbst. Man müsse aber bei der Vergleichsverhandlung wegen des Seelenheils vieler und des Reichstages über die Türkenhilfe schnell vorgehen.[158])

Am 29. Juli[159]) kam nun endlich auch ein Brief vom Kaiser vom 18. Juli aus Aiguesmortes,[160]) der über seine Zusammenkunft mit König Franz berichtete. Von jetzt an wollten sie Freunde ihrer Freunde sein; und beide wollten sich bemühen, die Abgefallenen zur Rückkehr in die Kirche gütlich zu überreden; und zwar solle die Angelegenheit unter Teilnahme des Papstes behandelt werden. Franz versprach auch, die Lutheraner von seiner Freundschaft mit Karl benachrichtigen zu wollen. Diese Begegnung beider Fürsten hatte zwar unter innigen Beteuerungen von Freundschaft und Brüderlichkeit stattgefunden, war aber in Wirklichkeit von nur geringer politischer Bedeutung. Man beschloß zwar, durch Gesandte über eine Erweiterung des Stillstands zum Frieden verhandeln zu lassen. Daß man sich jedoch über den Besitz Mailands einigen würde, war kaum anzunehmen. Karl aber mußte aus politischen Gründen versuchen, die Eintracht mit Franz als vorzüglich hinzustelleu. Ferdinand wußte nun den Bericht des Kaisers noch zu übertreiben. In Gegenwart des venetianischen Botschafters betonte er, daß ein Friede zu stande gekommen sei und beide Fürsten sich versprochen hätten, nicht bloß die Freunde ihrer Freunde, sondern auch die Feinde ihrer Feinde sein zu wollen. Wahrscheinlich hoffte man dadurch, wie der Nuntius meinte, die Signorie an der Türkenliga festzuhalten.[161]) Am ersten August trafen endlich Briefe Farneses vom 5. und 15. Juli ein, die die Prorogation des Konzils und die Sendung Aleanders offiziell mitteilten, jedoch mit dem Ersuchen, im Interesse der Ehre des heiligen Stuhls die Sache öffentlich so hinstellen zu wollen, als ob der Kardinallegat der ungarischen Angelegenheiten wegen komme. Der König erklärte sich damit einverstanden, beharrte aber auf seiner Forderung, daß noch ein zweiter beauftragt würde und zwar der Nuntius selbst. Im übrigen müsse man das Konzilsprojekt aufrecht erhalten, um die Lutheraner die Furcht vor diesem nicht verlieren zu lassen und sie zu Zugeständnissen zu veranlassen.[162]) Ferdinand war aber noch immer im unklaren über die Meinung Karls und schrieb infolgedessen am 1. August an den Kaiser. Er habe mit größter Freude von der Zusammen-

kunft in Aiguesmortes und der Absicht, die Protestanten gütlich zurückführen zu wollen, gehört; er bäte aber dringend, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen und seine Vorschläge zu beantworten. Denn so lange die Lutheraner noch in Furcht wegen der Verhandlungen in Aiguesmortes wären und bevor sie sich irgend welche neue Sicherheit verschaffen könnten, würde die Sache leichter vorwärts gehen und zum gewünschten Erfolge kommen.[163]) Erst kurz vor dem zwanzigsten August ging ein neuer Brief des Kaisers ein, der inbetreff der Glaubenssache nichts anderes als der vorige Brief zu melden wußte, außer daß Karl versprach, auf den Papst und den König aufzupassen, damit eine Vergleichung zustande käme.[164]) Ferner teilte der Kaiser seinem Bruder Verhandlungen der Königin Maria mit dem Landgrafen von Hessen mit, eine Art dritten Friedensversuches, ausgehend von Maria. Der Vizekanzler der Regentin, Naves, hatte am 8. Juni mit Philipp eine längere Unterredung gehabt, der die ihm gemachten Vorwürfe, als ob er zu Frankreich in Beziehungen stände, als unwahr zurückgewiesen hatte, auch seine und seiner Bundesgenossen Bereitwilligkeit zur Türkenhilfe erklärt hatte. Sie hätten aber sichere Kundschaft erhalten, daß Karl und andere Fürsten sie angreifen wollten, weswegen auch Dr. Held im Reiche umherreise, und könnten deshalb ihre Truppen nicht fortschicken. Wenn sie aber vor einem Überfall gesichert würden,

> „und darüber eyn bestendiger stillstand von irer kay mt inen zugeschrebn und versorgt,“

wollten sie sich in der Türkensache wie in jeder andern Beziehung dem Kaiser gehorsam erzeigen. Dieser Friede müßte aber besser gehalten werden als der jetzige, zu Nürnberg aufgerichtete, der durch die Prozesse des Kammergerichts gestört werde. Zu der Bewilligung der Türkenhilfe müßte ein Reichstag berufen werden, die Religionssache aber solle bis zum Konzil oder einer „billich erorterung der stend“ eingestellt werden und einem jeden freistehen, sich einer Religion zuzuwenden. Philipp erbot sich sogar, im Fall eines Friedens in kaiserliche Dienste zu treten.[165]) Maria teilte dem Kaiser diese Verhandlungen mit, stellte ihm die Vorteile der Einigung Deutschlands durch friedliche Gewinnung der Protestanten vor[166]) und bat um weitere Befehle. Karl ge-

stattete diese Verhandlungen, wie der Brief an den König zeigt, mit dem Befehle nichts zu versprechen, sondern nur in Erfahrung zu bringen, worauf der Landgraf im Grunde beharren werde.[167])

Ferdinand hatte also wieder keine Instruktionen für die Glaubensangelegenheit erhalten und schrieb deshalb am 25. August wiederum an den Kaiser mit der dringenden Bitte um schleunige Anordnungen, da der päpstliche Legat schon nahe sei.[168])

Wir haben gesehen, daß die Sendung des Kardinals Aleander spätestens am 27. Juni beschlossene Sache war. Am 29. berichtete ihm der Kardinal Girolamo Ghinucci, der an der Spitze der päpstlichen Kanzlei stand, daß das Konzil vertagt sei, Aleander so seines Amtes als Konzilslegat enthoben sei, jedoch erwarte ihn ein größeres.[169]) Am 4. Juli wurden in Lukka die bezüglichen Breven für ihn ausgefertigt, die gleichfalls den doppelten Ursprung der Vergleichsverhandlung zeigen. In der Erkenntnis, daß es die Aufgabe des Papstes sei, die gespaltene Kirche wieder zu einigen, zumal da fromme christliche Fürsten ihn dabei unterstützten; und da außerdem die Briefe des Nuntius Morone meldeten, daß König Ferdinand auf Joachims Bericht hin die Rückführung der Abgefallenen durch einen geeigneten Mann für nicht schwierig erachte, so habe der Papst den Kardinal Aleander mit Mitteln, die nicht gegen die katholische Lehre verstießen, nach Deutschland zu senden beschlossen.[170])

Gleichzeitig wurde Aleander beauftragt, die Autorität des Papstes in dem zwischen Ferdinand und Zapolya geschlossenen Frieden zur Geltung zu bringen und die Wiedergewinnung der Böhmen, falls Ferdinand zustimme, in die Hand zu nehmen. Am 6. Juli teilte ihm der päpstliche Vizekanzler Alessandro Farnese nochmals mit, daß der Papst auf Bitten des Kaisers und unter dem Eindruck von Berichten aus Deutschland das Konzil prorogiert und Aleander wegen seiner Klugheit, Erfahrung und Treue gegen den apostolischen Stuhl zum Legaten ernannt habe, worüber ihm Fabio Mignanelli Näheres mündlich berichten werde; doch solle er sich ohne Zeitverlust auf den Weg machen. Der Nuntius Morone solle ihm beistehen und an der Sache teilnehmen.[171]) Aleander erhielt diese Mitteilungen am 12. Juli noch

in Vicenza; er war bereit den Auftrag anzunehmen, obwohl er sehr schwierig, gefährlich und fast hoffnungslos sei; denn Deutschland sei wie ein kranker Körper, der eher die heilige Ölung als Heilmittel nötig habe. Falls aber die Sache nicht glücke, bäte er dies den Verhältnissen, nicht ihm zuzuschreiben.[172]) Zugleich riet er auch, als Zweck seiner Reise die böhmischen, ungarischen und Konzilssachen anzugeben, um so die Ehre des apostolischen Stuhls zu wahren; auch fürchtete er besonders von England, daß es die Verhandlungen stören würde.[173]) Am 19. Juli erhielt Aleander wieder einen Brief Farneses in Vicenza, der dringend zur Eile mahnte, da man nach einem neuen von Morone eingetroffenen Schreiben gute Aussichten auf Erfolg zu haben glaubte.[174]) Erst am 13. August aber konnte er aufbrechen, da ihn die Reisevorbereitungen so lange aufgehalten hatten. Am 17. langte er in Trient an, wo seine Weiterreise durch durchziehende spanische Truppen verzögert wurde. Was er hier von dem Kardinal von Trient hörte, war nicht grade geeignet, frohe Hoffnungen auf das Gelingen seines Werkes zu erwecken. Der Tridentiner wußte nichts davon, daß König Ferdinand päpstliche Kommissare zur Verhandlung mit den Lutheranern erbeten habe, sondern daß der Papst ihn dazu sende, was durch Briefe aus Rom allgemein verbreitet sei. Auch sei jegliche Mühe verloren, der Legat werde nichts erreichen; der Kaiser solle den Protestanten ein wenig die Zähne zeigen, das wäre das richtige Mittel. Hierin gab ihm Aleander im Prinzip recht 'glanbte aber wegen der Zeitlage den Weg der Konkordie festhalten zu müssen und hoffte durch Bewilligung von Priesterehe und Laienkelch Erfolge zu erzielen, war aber andrerseits zweifelhaft, ob man denn dies gegen den Jahrhunderte alten Ritus gewähren dürfe, und wie es mit den vielen andern Irrtümern der Abgefallenen werden sollte.[175]) Von Trient reiste der Legat über Innsbruck, Hall weiter und traf am 7. September in Linz beim königlichen Hofe ein, wo er ehrenvoll aufgenommen wurde. Morone selbst verließ den Hof und reiste zum Papste.

Wir haben oben öfters Gelegenheit gehabt zu sehen, daß der König mit der alleinigen Sendung Aleanders gar nicht einverstanden war. Die Kurie aber hatte von vornherein gar nicht die Absicht gehabt, dies Geschäft diesem allein zu übertragen, denn

schon in dem Schreiben Farneses vom 6. Juli war der Legat beauftragt worden, gemeinsam mit Morone zu handeln. Als nun die Berichte des Nuntius eintrafen, die seine Bitten um Beurlaubung und Ferdinands Mißbehagen über Aleanders alleinige Sendung meldeten und die Sendung eines zweiten Legaten wünschten, wurde von letzterem Abstand genommen, um Aleander nicht zu beleidigen; aber man beglaubigte Fabio Mignanelli, der ursprünglich nur als juristischer Beistand mitgehen sollte, als Nuntius beim Könige, um die Geschäfte Morones zu übernehmen und mit dem Legaten zusammen die Konkordie zu behandeln.[176]) Ferdinand weihte Aleander bereits am 9. September in den Ursprung und Beginn der Friedensverhandlung ein, indem er ihm das bereits bekannte mitteilte. Allerdings blieb er nicht ganz bei der Wahrheit, sondern behauptete, daß Joachim noch keine Antwort gesandt habe, sondern nur einer der kurfürstlichen Räte an seinen Rat Hoffmann, der so unverschämte Forderungen der Protestanten vorbrächte, daß Hoffmann habe antworten müssen, er wage diese Artikel Ferdinand nicht zu übergeben. Die Protestanten möchten sich mäßigen, damit man Gutes hoffen könne. Eine Konkordie auf immer oder auf Zeit müsse einem Reichstag vorangehen, sonst würde der Nürnberger Friede aufgehoben werden und ein Krieg entstehen. Aleander ersah aus diesen Mitteilungen, daß nicht viel Gutes zu erwarten sei; die Lutheraner würden vielleicht noch frecher werden; er baue aber auf die katholische Gesinnung Ferdinands.[177]) Es war nicht zu vermeiden, daß Aleander davon Kunde erhielt, daß man am Hofe mit seiner Sendung nicht zufrieden gewesen war. Dem Zorn darüber und über die daraus entstehende unangenehme Lage machte er in seinem Berichte gebührend Luft; er sei nicht hartnäckig und habe nie ein heftiges Wort gegen die Protestanten in Schrift oder Rede gebraucht; er ließ sich sogar zu verdächtigenden Bemerkungen über Morone hinreißen, als ob dieser vom König bestochen worden sei. Deswegen habe man von Anfang an nicht Legaten oder Personen von irgend welcher Würde haben wollen, sondern Kommissare, weil man hoffte, diese mit Hilfe Morones den Wünschen Ferdinands leichter geneigt zu machen.[178]) Friedensburg[179]) nimmt aus diesem Berichte für wahr an, daß dem König der umständliche Apparat der Sendung

eines Kardinallegaten zuwider war. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen, denn Ferdinand hat derartiges nie geäußert; außerdem aber mußte er sich sagen, daß die Kurie als Leiter dieser Sache mit unbeschränkter Vollmacht, wie er sie ja verlangte, nicht geringe Beamte entsenden konnte und würde. Diese Äußerung Aleanders stammt nur aus der Absicht her, dem früheren Nuntius am päpstlichen Hofe grade durch diese behauptete Untreue möglichst zu schaden. Allmählich beruhigte sich Aleander wieder, besonders da Ferdinand ihm mehrere Male beteuerte, daß ihm die Sendung Aleanders wirklich sehr erwünscht sei.[180]) — Längere Zeit hatte man in Linz von Joachim und seinen Verhandlungen nichts gehört. Erst Mitte September traf ein Brief vom 14. August ein, in dem dieser dem König meldete, daß er zwei seiner Räte zum Eisenacher Tag gesandt, aber bisher noch keine Nachricht von ihnen erhalten habe.[181])

Inzwischen hatte nun dieser Bundestag der Schmalkaldener stattgefunden. Die beiden Hauptleute des Bundes hatten bei der Berufung darauf hingewiesen, daß wirklich ein Angriff von Seiten der Türken bevorzustehen scheine und darüber eine eingehende Beratung nötig sei. Da möglicherweise auch von einem Frieden für die Protestanten gehandelt werden würde, so möge man die Gesandten auch darüber mit Vollmacht versehen; jedoch sollten sich inbetreff einer Hilfesendung für das bedrohte Goslar, „dweil auch itzt die leuft etwas geschwinde stehen" und sich allerlei zutragen könne, auch die Kriegsräte einfinden.[182]) Am 24. Juli begann der Bundestag, den der sächsische Kanzler Brück mit einem Bericht über die mit Brandenburg gepflogenen Unterhandlungen eröffnete. Joachim hatte zwei seiner Räte, Eustachius von Schlieben und Adam Trott, entsandt und auch den Pfalzgrafen zur Beschickung aufgefordert. Dieser aber erhielt die Nachricht zu spät;[183]) zudem war er etwas verstimmt, weil er weder von den Protestanten noch vom König um seine Vermittelung ersucht worden war. So sahen sich also die brandenburgischen Räte genötigt, allein zu verhandeln. Ihre Instruktion[184]) befahl ihnen, je nach dem Wunsche der Häupter des Bundes nur mit diesen oder mit der Gesamtheit die Angelegenheit zu behandeln, die Notwendigkeit einer allgemeinen Reichshilfe zu schildern und die Zustimmung der Protestanten zu

erbitten. Und wenn sie die Stände zu dieser friedlichen Unterhandlung geneigt fänden, sollten sie versuchen, die beiden von dem Kurfürsten und Landgrafen gestellten Artikel „etwas und sovil des moglich zu lindern und mildern“, besonders aber den zweiten Artikel, da es leicht dahin kommen könne, daß alle Sachen als Religionssachen gedeutet würden. Vielleicht ließe er sich dahin ändern,

> „das den sachen ein ausgedingte und specification, welche die religion belangend, solten gegeben werden, oder aber, das unverdechtig von kai. mt. verordent zu iderer zeit dieselben sachen von einander zu scheiden; weß zur religion nicht gehorig, vor das kaiserliche Chamergericht zu weisen.“

Joachim empfahl sogar seinen Räten, heimlich die Fürsten auf die Unzuverlässigkeit der Städte aufmerksam zu machen, um sie desto mehr zu einer friedlichen Verhandlung und Nachgiebigkeit zu bestimmen. Der Kurfürst war in größter Sorge um das Gelingen seines Werkes, schickte deshalb eiligst seinen Gesandten den Brief Ferdinands vom 14. Juli nach, um die Protestanten dadurch von der Bereitwilligkeit des Königs zu überzeugen,[155]) schrieb auch selbst am 2. an den Landgrafen mit der dringenden Bitte, die Angelegenheit nicht irgendwie zu beschweren; bis zu dem neu anzusetzenden Tage hoffe er bestimmt die königliche Vollmacht zu erlangen und würde dann auch persönlich erscheinen.[156]) Die brandenburgischen Räte, die sich nach des Kurfürsten Befehl „schleunigst“ nach Eisenach begeben hatten, trafen daselbst aber nur die Räte der Bundesgenossen und ritten deshalb nach dem in der Nähe liegenden Saltzungen, wo sich der Kurfürst von Sachsen aufhielt. Dieser wollte aber keine Antwort auf ihre Werbung geben, sondern wies sie an den Landgrafen, der in Friedenwalde weilte, von dem sie an die Versammlung der Stände in Eisenach zurückgeschickt wurden.[157]) Nachdem sie hier nochmals ihren Auftrag ausgerichtet hatten, erklärten die versammelten Stände, daß sie Joachims Bestrebungen gern zuließen und an dem, „das mit got und christlichem gewissen geschen moge“, nichts fehlen lassen würden. Doch müßte zuvor von dem Kaiser eine Vollmacht „in genugsamer form“ erlangt und die Protestanten davon verständigt werden. Sie möchten durch diese Bedingung

eine vergebliche Bemühung des Kurfürsten vermeiden. Wenn aber die Vollmacht erlangt wäre, würden sie gern auf weitere Verhandlungen mit Joachim und dem Pfälzer eingehen und diesen dazu ersuchen, falls der Kaiser auch diesem Vollmacht erteile. Dann würden sie eine neue Zusammenkunft bewilligen,

> „werden auch wol leiden, das in deme fal solhe handlung mit hulf, radt und furderung kon. mt. moge geschen.“ [188])

Die Gesandten waren aber mit der Antwort nicht zufrieden, sie fanden die beiden hauptsächlichsten Punkte, daß der König an der Verhandlung teilnehme und die Türkenhilfe geleistet werde, „fast dunkel“ gestellt und reichten deshalb eine Replik ein. [189]) Sie verständen die Meinung der Protestanten dahin, daß König Ferdinand das Mandat und die Vollmacht bei dem Kaiser auf sich selbst ausstellen lasse, wie es bereits im Werke sei, und dann kraft solcher die Verhandlung beiden Kurfürsten auftrage. Es würde nicht wenig beschwerlich sein, wenn Ferdinand aus diesem Handel ausgeschlossen würde. Karl, der bereits in Spanien sei, müßte um Kommissare gebeten werden, und der rasche Verlauf der Verhandlungen würde beeinträchtigt werden. Ferner müßten sie auch dafür sorgen, daß der Artikel über die Türkenhilfe nicht so unklar gestellt bleibe; denn dies sei die hauptsächlichste Forderung der Gegenpartei und ihretwegen auch die ganze Friedensverhandlung ins Werk gesetzt. Zum mindesten bäten sie, den Artikel so zu stellen, wie es der Kurfürst und der Landgraf in dem Schreiben an Joachim gethan. Auch wäre es gut, schon hier die künftige Malstatt anzusetzen, damit darüber kein weiterer Briefwechsel notwendig würde.

Die Protestanten erwiderten darauf am 6. August, daß es keineswegs ihre Absicht gewesen sei, den König aus den Verhandlungen auszuschließen; doch begehrten sie von der kaiserlichen Vollmacht bei Zeiten verständigt zu werden. Pfalz und Brandenburg sollten „subdelegiert“ und ihnen zu größerer Förderung der Sache das kaiserliche Mandat zugeschickt werden. Die Türkenhilfe aber würde nur bewilligt, wenn ein vollkommener Friede erlangt und alles Widerwärtige abgeschafft würde. Und falls etwa die Hilfe wegen des nahenden Winters oder aus anderen Gründen

nicht notwendig würde, so sollte doch der Friede bestehen bleiben. Als nächste Malstatt sei Frankfurt am Main am besten gelegen.[190])

In dem Bericht, den die Räte am 9. August an den Kurfürsten sandten, konnten sie zwar von der Geneigtheit der Protestanten zum Frieden Mitteilung machen; gleichzeitig aber hatten sie auch bemerkt, daß man in Sorge vor den Praktiken der Kardinäle wäre. Was die bestimmten Forderungen der Lutheraner anbeträfe, so hätten sie dieselben bei einigen erkundet und würden dem Kurfürsten darüber mündlich Bericht erstatten.[191]) Nach weiteren Verhandlungen mit dem Landgrafen, den sie im Auftrage Joachims baten, bei Sachsen auf die Beseitigung einer Schmähschrift Luthers gegen den Kurfürsten von Mainz hinzuwirken, kehrten die Räte heim.

In Linz war noch immer keine Nachricht vom Kaiser eingetroffen, so daß Ferdinand am 23. September abermals an Karl schrieb.[192]) Die Lutheraner nähmen täglich zu; das Schlimmste sei zu befürchten; das Nötigste sei die Beschleunigung der Antwort. Ende September langte am königlichen Hofe des Kurfürsten Rat Jakob Schillingk an, der am 11. September in Berlin abgefertigt worden war, um über die Eisenacher Verhandlungen zu berichten. Die Protestanten seien zur Friedensverhandlung geneigt, ja sogar „hochbegierig“. Die nächste Zusammenkunft sei für Frankfurt angesetzt, wohin Ferdinand den Pfalzgrafen und Joachim mit Vollmacht von kaiserlicher und königlicher Majestät entsenden solle. Die Protestanten würden zur eilenden und beharrlichen Hilfe bereit sein, wenn „ein satter frid gegeben und was widerwertig were, wirklich abgeschafft“ würde. Ferdinand solle sich also bei Karl um Vollmacht bemühen und eine Abschrift derselben sowie die eigene den beiden Kurfürsten zusenden. Die Protestanten würden auch den Pfalzgrafen um Teilnahme ersuchen.[193]) Der kurfürstliche Rat hatte noch einen zweiten Auftrag und zwar an den königlichen Rat Hoffmann. Joachim nämlich ließ ihm als dem, „der dieses handels wissen tregt,“ und den der Kurfürst zu der Friedenshandlung „vornemlich geneigt“ gefunden, mitteilen, daß die Protestanten über den Prozeß, der im Namen eines Erzherzogs von Östreich gegen die Stadt Lindau wegen Aufhebung

der Messe geführt würde, laute Klage erhoben hätten. Er wisse es durch niemand als durch Hoffmann an den König gelangen zu lassen.[194] Schon am 28. August hatte der Kurfürst deswegen an den Rat geschrieben[195] Zwischen beiden Männern scheint ein eigenartiges Verhältnis und ein lebhafter Briefwechsel bestanden zu haben. Vom 15. Juli 1538 liegt ein Antwortschreiben des Rates an den Kurfürsten vor, daß er es an seinem Teile nicht fehlen lassen wolle und hoffe, daß der Kaiser bald seine Zustimmung geben werde.[196] Vom selben Tage ist noch ein Schreiben desselben an den kurfürstlichen Rat Eustachius von Schlieben erhalten, das für einen Brief und „verschriebene pfennig" dankt, die er aber gar nicht verdient habe.[197] Hoffmann scheint großen Einfluß auf den König ausgeübt zu haben, wie es auch die Charakteristik Morones bestätigt. Er sei zwar aus mittlerem Stande, habe es aber bis zum Präsidenten der königlichen Kammer gebracht, sei sehr begabt, verschlagen und äußerst beredt in der deutschen Sprache. Er sei ganz offen Lutheraner und Begünstiger derselben, dennoch aber an Einfluß auf den König der mächtigste neben dem Kardinal von Trient und werde von Ferdinand als Vermittler mit den Protestanten gebraucht.[198] In dieser Stellung ist er nach Friedensburg schon 1535 zwischen dem König und Johann Friedrich von Sachsen in Wien tätig gewesen.[199] Etwas Genaueres über seine Beziehungen zu Joachim habe ich aus den Akten des geheimen Staatsarchivs zu Berlin nicht ermitteln können.

Ferdinand äußerte sich über den Bericht Schillingks dem Legaten gegenüber sehr wenig erfreut, besonders wegen der Zumutung, die er daraus las, den beiden Kurfürsten Vollmachten zuzuschicken. Er könne ihnen nicht trauen, da sie lutherische Räte hätten und protestantische Prediger frei in ihren Landen auftreten ließen. Die gemeldeten Forderungen der Protestanten seien trotz seines früheren Schreibens an Joachim nicht annehmbar; der Papst und seine Vertreter würden überhaupt nicht erwähnt und die Tätigkeit des Kammergerichts sollte lahm gelegt werden, um die Protestanten in dem Besitz der Kirchengüter zu sichern. Er werde dem Kaiser den Vorschlag machen, zwei anderen die Vollmacht zu übergeben, denen man vertrauen könne und die

mit Teilnahme Ferdinands oder seiner Gesandten die Konkordie verhandeln könnten. Die Kurfürsten von Pfalz und Brandenburg könne man dabei als Unterhändler und Vermittler verwenden, um sie nicht zu kränken. Und wenn man sich eben nicht mit der Gesamtheit der Protestanten einige, so ließen sich vielleicht einer von den Fürsten oder eine von den Reichsstädten gewinnen; die anderen würde man dann eben entweder gütlich oder mit Strenge zurückführen. Das würde auch nicht zu schwer fallen, denn die lutherischen Fürsten seien arm und des Schutzes Frankreichs beraubt; die Reichsstädte würden Angst um ihren Handel haben.[200])

Ferdinand ließ jedoch den Kurfürsten von seinem Zorn nichts merken, sondern teilte ihm am 2. Oktober mit, daß er aufs schnellste einen Kurier an den Kaiser wegen des Konsenses senden werde.[201]) In der Tat ging noch am selben Tage ein Eilkurier nach Spanien ab, der über die letzten Mitteilungen Joachims berichten sollte. Leider habe dieser keine bestimmten Artikel eingesandt, die eine Grundlage für Karls Beschlüsse bilden könnten, sondern nur allgemeine Forderungen. Da aber die beiden Kurfürsten nicht zuverlässig seien, kaiserliche Kommissare jedoch bei der Verhandlung zugegen sein müßten, so machte Ferdinand dem Kaiser den oben erwähnten Vorschlag, an zwei andere die kaiserliche Vollmacht zu senden, die einesteils treu und verständig wären, anderenteils auch bei den Abgefallenen Vertrauen genössen, wozu er außer Lund wunderbarerweise auch Held, der die Protestanten doch so erbittert hatte, vorschlug, oder an ihrer Stelle die Bischöfe von Straßburg und Speyer, oder schließlich den Pfalzgrafen Friedrich und Heinrich von Braunschweig, die die Protestanten nicht übelnehmen könnten. Jedoch warnte er vor Beauftragung der Herzöge von Baiern, des Kurfürsten von Mainz und Georgs von Sachsen, die leicht einen Bruch herbeiführen könnten. Doch möge der Kaiser die Vollmachten und genaue Instruktionen nicht bloß über die Verhandlungen inbetreff des Stillstands, sondern auch wegen der Religionsvergleichung bald senden, was sich ja leicht würde machen lassen, zumal da der Legat des Papstes zugegen sei, ohne dessen Zustimmung sich ja nichts beschließen lasse.[202])

Am 5. Oktober traf nun der Nachfolger Morones in Linz ein, Fabio Mignanelli, der auf die Wünsche des Königs hin vom

Papst ausdrücklich zum Mitbevollmächtigten für die Konkordienhandlung neben Aleander ernannt worden war. Er brachte auch die Instruktion des Papstes dafür mit. Der eigentliche Zweck der Sendung des Kardinals solle geheim gehalten werden, damit nicht etwa die Kirche an ihrer Ehre gekränkt werde, wenn sich die Protestanten trotzig gegen den Frieden verhielten. Die beiden Vollmachten dürften sie König Ferdinand zeigen; die weitergehende aber dürfe nur dann zu den Verhandlungen benutzt werden, wenn große Hoffnung auf eine Wiedervereinigung sei und die Lutheraner „nicht sehr von den Katholiken abwichen." Auf Verlangen würde man dann sogar noch eine weitere senden. Vorläufig aber genüge die engste, die sie auch allein den anderen zeigen dürften. Am Schluß wurde dem Legaten und dem Nuntius noch aufgetragen, — wenn es auch nicht gut schien, es in die Instruktion aufzunehmen — auf die Zehnten und die Türkenhilfe zu achten; auch sollten sie sich, wenn ihnen auch eine weite Vollmacht gegeben sei, doch des Abschlusses wegen der großen Wichtigkeit der Sache enthalten und erst in Rom anfragen, indem sie die Verhandlungen etwas aufzuhalten suchten. Doch müßten sie den Schein vermeiden, als ob die Kurie etwa den Abschluß verhindert habe, sondern als ob sie aus Bescheidenheit bei einer so bedeutenden Angelegenheit erst das Kollegium befragen wollten.[203]) Daß diese Instruktion nicht allzu viel für eine Konkordie erhoffen ließ, zeigt besonders der Schluß in seiner Angst vor Zugeständnissen. Die Notwendigkeit derselben aber betonte Ferdinand gleich bei der Antrittsaudienz für den Nuntius, da es besser sei, den Finger zu opfern als den Arm zu verlieren, und den Arm lieber als den ganzen Körper.[204])

Kurz vor dem 12. Oktober kam nun endlich ein ausführlicheres Schreiben Karls über die Glaubensangelegenheit vom 22. September aus Valladolid, das sich mit dem Briefe Ferdinands vom 2. Oktober kreuzte. Auf die Anfragen des Königs verwies Karl auf seinen Brief aus Aiguesmortes, der über die Nizzaer und Aiguesmorter Beschlüsse berichtet habe, gemäß deren man unter Teilnahme Aleanders oder eines anderen, den der Papst schicke, vorgehen müsse. Auch habe er durch seine Gesandten Boussu und Peloux bei Franz und den Marquis d'Aguillar beim Papste darauf hinwirken lassen, daß sie ihren in betreff der Rück-

führung der Abgefallenen übernommenen Verpflichtungen nachkämen. Wenn übrigens Ferdinand die Sendung eines kaiserlichen Gesandten für nötig erachte oder der Kaiser selbst sich von der Notwendigkeit eines solchen überzeuge, werde er dies tun. Eine Vollmacht und Instruktion aber habe er bisher nicht senden können, da ja die Vorverhandlungen mit den Lutheranern noch im Gange seien, er auch nicht wisse, wozu man sie würde bringen können und was der Papst bewilligen wolle. Ferdinand solle sich also nach dem Briefe aus Aiguesmortes richten, daß man gemeinsam mit dem päpstlichen Legaten vorgehe und je nach den Erfolgen auch mit Beteiligung Franz's, um ihn immer mehr gegen die Protestanten zu gewinnen, und nach dem, was auf den Reichstagen bisher behandelt worden sei; das heiße, daß man alles, was möglich sei, tue, um die Abgefallenen zu gewinnen, und ihnen schließlich in einigen Dingen nachgebe, die der Substanz des katholischen Glaubens nicht entgegen seien, entweder durch einen Frieden für immer oder auf bestimmte Zeit oder schließlich durch eine Suspension. Dies aber müsse im strengsten Geheimnis gehalten werden, um so die Sache besser von Stufe zu Stufe führen zu können. Und wenn es zu Verhandlungen mit den Protestanten käme, so würde sich die Sache nicht so schnell beendigen lassen, daß Karl nicht vor dem Abschluß Vollmacht senden könne.[205]) Ferdinand teilte das Wesentliche des Briefes den Päpstlichen mit und erfreute sie durch die gut katholische Haltung des Kaisers. Mit Rücksicht auf die Lage faßte man den Beschluß, vorläufig in der Verhandlung mit den Lutheranern nicht weiter zu gehen, sondern Karls Antwort auf die letzten beiden Briefe abzuwarten.[206]) Legat und Nuntius aber hielten es für notwendig, sich zuerst im Hintergrunde zu halten und den kaiserlichen und königlichen Kommissaren die ersten Schritte zu überlassen, damit die Protestanten nicht noch übermütiger würden zur Schmach für den heiligen Stuhl und Gefahr für die Sache selbst.[207]) Am 19. Oktober benachrichtigte der König den Kurfürsten, daß der Kaiser die bestimmten Artikel der Lutheraner wünsche; und falls etwa Joachim sie irgendwie beschwerlich fände, so daß man nicht erwarten dürfe sie bei Karl durchzusetzen, so möge er sie „moderiren und miltern." Ferdinand bäte aber um sofortige Einsendung.[208]) Auf Karls Schreiben

antwortete er am 22. Oktober, daß er die Ankunft der kaiserlichen Kommissare abwarten wolle, die dann mit den Päpstlichen alle Mittel ins Auge fassen könnten, die der Substanz des katholischen Glaubens nicht entgegen wären. Er werde gemäß des kaiserlichen Befehls strengstes Geheimnis über diese Sache bewahren; aber er fürchte sehr, daß die Protestanten sich auf eine Verhandlung mit den Gesandten des Papstes nicht einlassen würden, sondern nur mit denen des Kaisers. Für diesen Fall möge Karl ihnen befehlen, bei den Verhandlungen immer mit Wissen und Rat der Päpstlichen vorzugehen; vielleicht würde man schließlich die Lutheraner zur Einwilligung in die Teilnahme des Legaten und Nuntius bringen. Der Kaiser aber solle seinen Gesandten ausdrücklich Auftrag geben, von den Abgefallenen zu erkunden, was der Kaiser von ihnen erwarten könne und was sie in bezug auf Türkenhilfe und Reichsfrieden tun wollten.[209])

Inzwischen hatte der Kurfürst von Brandenburg versucht, auch in andrer Weise auf die Erhaltung des Friedens im Reiche hinzuwirken und die Stimmung einer Vereinigung günstig zu gestalten. Am 8. September erließ er Schreiben an die bedeutenderen Fürsten Deutschlands, so an den Kurfürsten von Mainz, Herzog Georg, Johann Friedrich und Heinrich von Braunschweig, indem er ihnen von den neuesten Nachrichten, dem Einfall Suleimans in die Walachei, Mitteilung machte und ihnen die Größe der Gefahr vor Augen führte.[210])

Außerdem war er mit Verhandlungen mit den rheinischen Kurfürsten beschäftigt. Der Pfälzer nämlich hatte ihm in seinem Briefe vom 13. August mitgeteilt, daß er mit den drei geistlichen Kurfürsten in Oberwesel einen Tag gehalten und sie dort zu einer Teilnahme an der Friedenshandlung bewogen habe, falls es Kaiser und Protestanten wünschten.[211]) Im selben Sinne hatten auch die drei an Joachim geschrieben.[212]) Johann Friedrich hatte zwar nichts gegen die Teilnahme von Trier und Köln einzuwenden, erklärte sich aber auf das bestimmteste gegen den Mainzer als Unterhändler, der in das den Protestanten feindliche Nürnberger Bündnis getreten sei. Der Kardinal Albrecht aber war über diese Kränkung sehr ergrimmt. Er hätte dies schon in Oberwesel vorausgesehen, habe aber dem Drängen und Bitten seiner Mitkurfürsten nachgegeben.

Er sei in keinem den Protestanten feindlichen Bündnis, sondern nur in einer Einigung zum Schutze seiner Stifter vor unbilliger Gewalt.[213])

Schon vor Empfang des Briefes Ferdinands vom 19. Oktober hatte Joachim am 18. Oktober einen Gesandten an den König abgefertigt, der einige Tage vor dem 20. November in Wien eintraf. Dieser meldete, daß der Kurfürst aus der Antwort Ferdinands an Jakob Schillingk ersehen habe, daß in betreff der Vollmacht ein Mißverständnis vorgefallen sei. Denn es sei nicht seine oder des Pfalzgrafen Ansicht, daß die kaiserliche Vollmacht auf sie ausgestellt würde und sie zum Abschluß der Sache ermächtigt würden; denn dazu wäre ihnen die Angelegenheit viel zu wichtig. Vielmehr wünsche er wie auch die Protestanten, daß Ferdinand auf sich selbst die kaiserliche Vollmacht ausstellen ließe, da Karl zu weit sei, die Türkengefahr aber keinen Aufschub zulasse,

> „auch vornemlich und domit die handelunge nicht vorgeblich und one wurgliche frucht vorgenomen."

Der König aber solle die beiden Kurfürsten, da sie von den Protestanten vorgeschlagen seien,

> „subdelegirn und zu dissem handel vorordenen, das derselb als vorgenomen und do dan iere kon. Mt. zu iederer zeit im hl. Reiche zu erreichen, derselb auf iere kon. Mt. von kai. mt. entphangenen pefelich geschlossen."

Was die Stellung der Artikel anbeträfe, so habe er die Protestanten darum gebeten und zwar um solche, die man vom Kaiser zu erhalten hoffen könnte; und er habe ja selbst einige der hauptsächlichsten dem König eingesandt. Doch habe er diese nicht „entlichen vormelden" können, da die Lutheraner von ihm allein eine Verhandlung nicht zulassen wollten und der Pfalzgraf zu Eisenach nicht erschienen wäre. Auch wünschten die Stände zunächst von dem kaiserlichen Konsens und der Subdelegation der beiden Kurfürsten verständigt zu werden. Dann würden sie auch geneigt sein, die Mittel vorzuschlagen, die man beim Kaiser für erheblich erachten möge. Doch schienen sie auch der Ansicht zu sein, daß eine Übersendung von Artikeln gar nicht notwendig wäre, da ja Ferdinand aus der Verhandlung zu Kadan und anderen die Wünsche der Protestanten kenne. Joachim aber sei überzeugt, daß der König bei dieser Verhandlung nichts nachgeben müsse,

„das der kai. Mt., ierer hoheit und reputacion zukegen adder sunsts ieren kei. Mten. nich thuenlich sein möcht."

Die vom Türken drohenden Gefahren seien groß, sodaß ihnen das Reich geeint entgegentreten müsse; den Friedensversuch rückgängig zu machen aber würde schlimme Folgen haben.[214]) Ferdinand wußte auch ohne die Übersendung der Artikel, daß die Lutheraner eine dauernde Sicherstellung verlangten, und war damit sehr unzufrieden. In einer Beratung mit den Päpstlichen und dem Kardinal von Trient sprach er sogar davon, wie man wohl am besten die beiden Kurfürsten überhaupt aus den Verhandlungen ausschließen könne, sah aber doch ein, daß dies nicht ohne größte Gefahr und Schaden für die Sache selbst geschehen könne, indem man sie und ihre Freunde sich zu Feinden machen würde. Er versicherte aber, daß man den beiden keine Vollmacht geben und sie überhaupt möglichst wenig an der Verhandlung teilnehmen lassen würde. In der Beratung wurde auch betont, daß eine neue Sicherstellung, die über das Regensburger Edikt hinausginge, nicht ohne einen Reichstag bewilligt werden könne, da dies auf einem solchen beschlossen worden sei. Ferdinand aber erklärte, daß er diesen Punkt unter keinen Umständen in der Antwort an den Kurfürsten von Brandenburg berühren dürfe, sonst wären damit alle weiteren Verhandlungen abgebrochen.[215]) Die Sachlage aber wurde bedeutend geklärt, als am 19. November ein kaiserlicher Kurier eintraf, der am 28. Oktober aus Spanien abgegangen war und die Antwort auf die Schreiben Ferdinands vom 23. September und 2. Oktober brachte. Die Artikel des Kurfürsten seien allerdings so allgemein gehalten, daß man daraus die Forderungen der Lutheraner nicht verstehen könne; man müsse aber mit Teilnahme der Päpstlichen und der Mitglieder des Nürnberger Bundes vorgehen. Damit aber Karl für seine Person nichts für die gute Führung der Angelegenheit unterlasse, so werde er in den nächsten Tagen den Erzbischof von Lund mit „großer Vollmacht" entsenden, der Ferdinand über alles, was in dieser Sache beraten worden sei, Bericht erstatten werde. Karl bäte jedoch dringend, in betreff der Glaubenssache Stillschweigen zu bewahren.[216]) Ferdinand teilte alsbald am 21. November Joachim mit, daß Karl den Erzbischof von Lund zur Vergleichung mit den Protestanten ent-

sandt habe; das Anerbieten der beiden Kurfürsten, sich mit der Verhandlung beladen zu wollen, nehme Ferdinand dankbar an. In betreff der Artikel aber hoffe er, daß Joachim gemäß dem königlichen Briefe vom 19. Oktober schon mit den Abgefallenen in Verhandlungen stehe.[217]) Dieser Mahnung hätte es nicht erst bedurft. Joachim hatte sich gleich nach Empfang des Briefes vom 19. Oktober die Sache angelegen sein lassen, seine Räte Jakob Schillingk und Hans von Schlieben zum Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen geschickt und ihnen einige von ihm im Sinne der Protestanten aufgestellte Artikel zur Begutachtung übersandt, die er „aus den Chadenischen und anderen vortregen" gezogen habe. 1. Der Nürnberger Friede solle von allen gehalten und auf die bezogen werden,

> „die in gehorsam der Romischen kirchen weren und auch sein worten an einem unde denen, so vor sich selbstest obrikeiten hetten und der Augsborgischen confession anhengig weren und auch sein worten am andern theil."

Ausgeschlossen aber seien die Sakramentierer, Widertäufer und andere unchristliche Sekten; es solle keiner den andern wegen der Religion bekriegen oder des Seinen entsetzen, bei schwerster Strafe. 2. In betreff des Mißverständnisses über das, was Religionssachen seien, solle der Kaiser dafür sorgen, daß das Kammergericht in solchen strittigen Sachen gegen die in diesem Frieden begriffenen stille halte, die bisher vorgenommenen Prozesse abschaffe und in solchen Sachen wider sie nicht prozediert werde. Es könnten wohl Mittel gefunden werden, um festzustellen, ob eine Sache Religionssache sei oder nicht. Und damit die Protestanten auch in Nichtreligionssachen ihr Recht erhielten, solle das Gericht auch mit Protestanten besetzt werden, so daß also im Reich „in gerichten und rechten" kein Unterschied mehr zwischen Protestanten und Katholiken gemacht werde.

Wenn auch vielleicht nicht alle Beschwerden und Wünsche der Protestanten hierin klar ausgedrückt seien, so würden sie doch im allgemeinen alle berührt. Joachim wolle diese Artikel in seinem Namen an König Ferdinand senden und hoffe, daß man dann auch die Wege finden werde, damit man zu einer Vergleichung der Religion komme.[218])

Der Landgraf trug zwar Bedenken, sich ohne Rücksprache mit seinen Verbündeten über die protestantischen Forderungen zu äußern, und verwies auf die von Sachsen in beider Namen zu gebende Antwort; doch wollte er Joachim wenigstens seine Ansicht mitteilen. Am besten wäre es, auf solche Mittel zu denken, durch die der ganze Zwiespalt der Religion möchte beseitigt werden, „der rechte verstand" solle behalten, „der mißverstand sambt dem daraus gefolgten mißbrauch" abgetan werden. Wenn aber Joachim meine, daß es sobald nicht dazu kommen möchte, so wäre es Philipp recht, daß man auf einen Frieden handle „bis zu einem entlichen christenlichen vertrage." Wenn man auf die Artikel Joachims verglichen wäre, solle der Kaiser zur Vergleichung der Hauptsachen der Religion eine Nationalversammlung und ein freundliches Gespräch berufen.[219])

Kurfürst Johann Friedrich antwortete am 14. Dezember, aber gleichfalls nur „unvorgreiflich", da er schon wegen der Anfangsverhandlungen im Juni Unannehmlichkeiten gehabt habe. Er wäre ebenso wie der Landgraf dafür, daß man die Religionsirrungen beseitige. Da aber dazu zunächst ein völliger Friede notwendig wäre, damit man ohne Gefahr beraten könne, so wolle er seine Meinung in betreff der Artikel äußern. Zunächst wollte er in dem ersten Punkt bei Aufführung der aus dem Frieden ausgeschlossenen die Sakramentierer nicht genannt wissen, da man dadurch die Schweizer verletzt hätte. Dann aber machte er einen wichtigen Zusatz, der allerdings eine Hauptstreitfrage in den Vordergrund schob, aber zu der Herstellung eines klaren Friedens erörtert werden mußte. Es solle bis zur Aufrichtung eines endlichen Vertrages jede Obrigkeit sich in ihrem Gebiet

> „mit dem dienst und ceremonien der kirchen und den guetern, zu solchem dienst, ceremonien und kirchen gehorig, zu halten, auch zu bestellen und zu verordenen macht haben,"

wie sie das vor Gott und einem freien christlichen Konzil zu verantworten hoffe; doch daß einer dem andern

> „an den guetern so unter seinem gebiet gelegen und zu des andern teils kirchen gehorig weren, keine vorhinderung oder irrung thette."

Ferner gab Johann Friedrich auch eine Erklärung über das, was unter Religionssachen zu verstehen sei:

> „alle sachen den dienst ceremonien und gueter der unter eins teils gebieten gelegen kirchen oder derselbigen ordenung bestellung setzung und entsetzung oder wer dieselbigen zu versehen, zu bestellen oder zu verordnen haben solle, belangende"

zwischen den jetzigen und künftigen Katholiken und Protestanten sollten als Religionssachen erachtet werden, wie es die jetzt am Kammergerichte schwebenden Sachen auch seien, die er aufzählte. Auch müßten alle anderen Sachen, die gegen die Protestanten vorgenommen seien, um genauerer Erklärung willen benannt werden. Denn diese könnten nicht gerecht beurteilt werden, ehe nicht die Religionssache entschieden sei, wie auch die Katholiken solche Prozesse stets vor die geistlichen Gerichte gezogen hätten; und Karl habe dieselben im Nürnberger Frieden als Religionssachen anerkannt. Falls man später einmal zweifelhaft wäre, so sollten beide Teile eine gleiche Anzahl Richter und einen unparteiischen Obmann ernennen und so den Streit schlichten. Das Kammergericht aber dürfe erst einschreiten, wenn die Sache als Nichtreligionssache entschieden sei.[220])

Die ganze friedliche Verhandlung aber wurde in Frage gestellt, als das Kammergericht in diesen Tagen über Minden, das zum schmalkaldischen Bunde gehörte, die Acht verhängte. Die Protestanten waren äußerst erstaunt, daß man so feindlich gegen sie vorgehe, während man doch immer die friedliche Gesinnung des Kaisers und des Königs betont habe. Joachim versuchte sie zu beschwichtigen, indem er ihnen am 25. Dezember mitteilte, er habe an Ferdinand wegen Mindens geschrieben und glaube nicht, daß dies auf Anstiften oder mit Vorwissen des Königs erfolgt sei. Der kaiserliche Gesandte Lunden werde bald in Wien eintreffen, und er hoffe auf einen guten Fortgang der Sache.[221])

Joachim schrieb in diesem Sinne an Ferdinand am 26. Dezember, er bäte dringend um Aufhebung der Acht und um Beschleunigung der Verhandlung. Was die von dem Kaiser verlangten Artikel anbeträfe, so habe er sich nach Maßgabe des königlichen Briefes an die Fürsten von Sachsen und Hessen gewandt, die sich

aber wegen der Wichtigkeit der Sache ohne die anderen nicht haben „endlich bescheiden mogen." Eine Zusammenberufung der Protestanten zur Aufstellung von Artikeln würde viel Zeit beanspruchen, auch wollten sie keine Verhandlung zulassen, ehe nicht die kaiserliche Vollmacht erlangt und der Pfalzgraf auch um seine Teilnahme ersucht worden sei. Um aber dennoch dem Wunsche des Königs nachzukommen, habe er selber die bisherigen Verhandlungen geprüft und heimlich Erkundigungen eingezogen und daraus einige Artikel aufgestellt, die er mitsende. [Diese sind die von Johann Friedrich zugleich im Namen Philipps geäußerten.] Es wäre dringend not, daß endlich einmal ein beständiger Friede aufgerichtet würde, woraus kein Streit und Mißverstand erfolgen könne. Und wenn dieser Friede hergestellt sei, dann solle der Kaiser unparteiische Personen zu weiterer Vergleichung der Religion ernennen. Da ohne einen Frieden den Türken kein ordentlicher Widerstand geleistet werden könne, so möge Ferdinand erwägen, was an dem Frieden gelegen sei. Joachim bäte dringend zu beachten, daß ein beständiger Friede „die einiche erznei" für Deutschland und die Christenheit sei.[222])

Während sich der Kurfürst von Brandenburg redlich bemühte, die Friedens- und Vergleichshandlung nach Kräften zu fördern, drohte derselben eine Gefahr von einer Seite, von der man es eigentlich nicht erwarten sollte. Wir haben schon gesehen, daß die päpstliche Instruktion für den Legaten und Nuntius eigentlich recht wenig für eine Konkordie erhoffen ließ. Jetzt aber kam man in Rom fast gänzlich davon ab. Kardinal Pole, der zu Karl gesandt wurde, sollte ihm anheimgeben, ob es nicht das beste sei, daß die Liga gemeinsam einen Frieden mit den Türken für einige Zeit schlösse, damit man Muße fände, um England und die Lutheraner zu demütigen.[223]) Wenn auch der päpstliche Vicekanzler oft Aleanders Vorgehen lobte und viel Anteil der Sache entgegen zu bringen schien, so hatte die Kurie in Wirklichkeit ganz andere Dinge vor. Der Herzog Francesko von Urbino war gestorben; jetzt war die Gelegenheit günstig, der Erbin Giulia das Fürstentum Camerino abzujagen, auf das der Papst schon lange Ansprüche zu haben glaubte; das Konsistorium beschloß daher den Krieg.[224])

In Wien wartete man vergeblich auf den Erzbischof von Lund, der die bestimmten Befehle des Kaisers melden sollte. Inzwischen traf ein Brief Karls vom 22. November ein, der nur meldete, daß an Held und Lund Vollmacht erteilt und die beiden Kurfürsten zur Vermittelung aufgefordert worden seien. Ferdinand möge im Namen des Kaisers eine Zusammenkunft ansetzen und seine Räte dorthin verordnen.[225]) Kurz vor Jahresschluß, am 28. Dezember, traf der Erzbischof von Lund glücklich am Hofe ein. Seine Abreise vom kaiserlichen Hoflager hatte sich bis zum 1. Dezember verschoben. Er brachte gleichzeitig einen Brief Karls vom 30. November mit, der die Antwort auf das Schreiben Ferdinands vom 22. Oktober gab. Der König werde durch Lund die kaiserliche Meinung in betreff der Türkenhilfe und Glaubenssache hören; weiteres brauche Karl nicht zu schreiben, da der Erzbischof klug und den Habsburgern treu ergeben sei. Ferdinand solle ja auf alles acht haben, was er mitteilen werde, denn das sei das, was man am kaiserlichen Hofe zum Zwecke der richtigen Durchführung über die genannten zwei Punkte beschlossen habe, zugleich aber auch im Punkte des Glaubens das erbetene Schweigen bewahren. Ferdinands Wunsch aber, ihm die Briefe und Vollmachten für die Berufung eines Reichstags zu senden, könne Karl nicht erfüllen; denn es sei so gut wie unmöglich, einen Reichstag zu halten, da man ja, bevor man die Ergebnisse der Verhandlungen sehe, nicht wüßte, worauf man ihn gründen sollte. Für den nächsten Reichstag sei es von großer Wichtigkeit, daß man zunächst sicher stelle, daß der Abschied des letzten zu Nürnberg im Punkte des Glaubens gewahrt werde. Karl fand auch die Zweifel des Königs berechtigt, ob die Lutheraner mit den Päpstlichen würden verhandeln wollen. Doch sei hierbei zu beachten, daß man nicht auf einmal zur Mißachtung des Legaten und Nuntius komme; nur wenn die Protestanten beständig darauf beharrten, würde man ohne sie verhandeln müssen, jedoch mit ihrer Zustimmung, wodurch die Pflicht gegen den Papst gewahrt werde.[226])

Infolge der durch das Eintreffen des kaiserlichen Gesandten veränderten Lage fanden am 1. und 5. Januar Beratungen zwischen Ferdinand, dem Erzbischof von Lund, dem Kardinal von Trient

und den Päpstlichen statt. Die Hauptfrage war, ob der Gesandte persönlich zu dem Kurfürsten von Brandenburg hinreisen sollte, um dort durch die Wirkung seiner Persöntichkeit die Sache zu beginnen, oder ob man schriftlich über die Einleitung dieser Angelegenheit und die Bestimmung eines Platzes verhandeln solle, wo Lund bei den protestantischen Gesandten die Teilnahme der Vertreter des Hauptes der katholischen Christenheit durchsetzen müßte. Der Legat, der eigens zu einer Verhandlung mit den Abgefallenen von Rom aus geschickt worden war, wünschte natürlich, eine möglichst baldige Aufklärung zu erhalten, wie sich denn die Gegner zu einer Verhandlung mit den Gesandten des Papstes stellen würden. Er riet daher, nicht länger Zeit mit Briefen zu verlieren. Der kaiserliche Kommissar müßte selbst zu Joachim reisen.[227]) Aleander aber vermochte seinem Rat nicht Anerkennung zu verschaffen. Der König gebrauchte den erfahrenen Unterhändler, der das letzte Einvernehmen mit Zapolya zustande gebracht hatte, in seinen ungarischen Angelegenheiten nötiger und sandte ihn zum Woiwoden. An seiner Statt wurde daher Lienhardt Strauß, ein königlicher Rat, am 10. Januar an den Kurfürsten abgefertigt, um mit ihm gemäß dem kaiserlichen Befehl wegen Zeit und Ort der Zusammenkunft zu beraten. Lunden könne wegen anderer Aufträge erst in ungefähr fünf Wochen sich zu den Verhandlungen einfinden. Was den Ort anlange, sa wünsche Ferdinand Nürnberg, damit er den Parteien nahe sei, jederzeit benachrichtigt werden und fördernd eingreifen könne. Falls aber die Lutheraner mit dieser Stadt nicht einverstanden wären, schlüge er Mainz vor, würde schließlich auch in Frankfurt willigen. Wenn jedoch der Kurfürst deswegen an die Protestanten schreiben wolle, so solle Lienhardt unablässig bei ihm anhalten, daß damit viel Zeit verloren ginge und das ganze Werk in Gefahr käme. Außerdem aber sah sich Ferdinand zu der dringenden Bitte an Joachim genötigt, bei den Lutheranern die Abstellung der Rüstungen durchzusetzen, die ihm durch mehrere Briefe gemeldet worden und der Sache des Friedens hinderlich seien.[228]) Am selben Tage schrieb der König auch an seinen kaiserlichen Bruder und teilte ihm die Sendung Lienhardts mit der oben erwähnten Instruktion mit, da der Kurfürst auf das letzte Schreiben noch nicht ge-

antwortet habe (der Brief Joachims vom 26. Dezember war also noch nicht angelangt!) und er und Lund kein besseres Mittel wüßten. Dieser habe ihm auch die Meinung des Kaisers über die beiden Punkte, die Türkenhilfe und die Glaubenssache angezeigt, und Ferdinand werde sich in beiden demgemäß halten, auch in der letzteren das notwendige Stillschweigen wahren. In betreff der Bewilligung der Hilfe vermute er, daß sich die Verhandlungen lange ausdehnen würden. Was ferner die Teilnahme der päpstlichen Vertreter anlange, so werde er sich nach dem letzten Briefe Karls richten.[229]) Bald darauf traf der Brief des Kurfürsten vom 26. Dezember mit den protestantischen Forderungen ein. Am Hofe aber war man über diese wenig erfreut. Aleander schalt und fand sie unverschämt und äußerst schädlich für die Kirche.[230]) Und Ferdinand selbst schrieb an Joachim am 18. Januar, es sei gut, daß die kaiserliche Vollmacht schon geschickt worden sei, bevor die Artikel angekommen seien; denn nach seiner Ansicht würden sie vom Kaiser für „beswerlich" erachtet worden und der Sendung der Vollmacht hinderlich gewesen sein. Jedoch hoffe er, daß sich die beiden Kurfürsten bei den Verhandlungen um solche „schidliche und leidliche mittel" bemühen würden, die zu einer Vergleichung der Parteien dienstlich wären. Was die Klagen der Protestanten über die letzten Kammergerichtsprozesse anginge, so müsse er jegliche Schuld ablehnen, würde aber versuchen abzuhelfen.[231])

Lienhardt Strauß war es nicht möglich gewesen, den Kurfürsten von Brandenburg auf seiner Reise nach Frankfurt einzuholen. Er mußte sich daher damit begnügen, seine Instruktion ihm durch einen Boten überreichen zu lassen. (Kulmbach am 23. Januar). Dieser Versuch des Königs aber, durch Mißachtung des in Eisenach für Frankfurt festgesetzten Tages einen ihm gelegeneren Ort durchzusetzen und den gefälligen Joachim dazu zu verleiten, sich ohne Rücksprache mit den Protestanten in einem Ferdinand günstigen Sinne zu entscheiden, scheiterte vollkommen. Der Kurfürst schrieb sofort zurück, daß die Zusammenkunft für den 20. Februar in Frankfurt angesetzt sei und Lund daselbst ihm und dem Pfälzer die kaiserliche Vollmacht vorzeigen möchte.[232]) Vor diesem war schon ein anderes Schreiben Joachims aus Zwickau

von Mitte Januar eingegangen, das gleichfalls die Frankfurter Tagung meldete, die Einsendung der kaiserlichen Vollmacht erbat, damit die Unterhändler sie den Lutheranern zeigen könnten, die sonst wahrscheinlich auseinander gehen würden, und daran erinnerte, an die Kurfürsten von Pfalz, Trier und Köln wegen der Übernahme der Vermittelung zu schreiben.[233]) Der König sah sich infolge der Bestimmtheit dieses Briefes veranlaßt, von dem Inhalt seiner letzten Instruktion sofort Abstand zu nehmen, und erwiderte am 30. Januar, daß er dem kaiserlichen Kommissar, den er stündlich aus Ungarn zurückerwarte, die Zusammenkunft zu Frankfurt eiligst mitgeteilt habe und auch den Pfalzgrafen Ludwig zur Vermittelung aufgefordert habe. Er habe die Zuversicht, daß Joachim mit diesem zusammen die Angelegenheit zu einem nützlichen Ende führen würde.[234]) Auf den zweiten Brief vom 23. Januar, der die Antwort auf Lienhardts Anbringen erteilt hatte, erwiderte Ferdinand umgehend unter dem 6. Februar, daß Lund und die königlichen Kommissare am nächsten Tage nach Frankfurt abgehen würden. Sie hätten auch Auftrag, die Kurfürsten um ihre Vermittelung zwischen dem Landgrafen von Hessen und Herzog Heinrich von Braunschweig zu bitten.[235])

Joochim hatte den Protestanten sofort über Lienhardts Botschaft Bericht erstattet; der Erzbischof von Lund bringe genügende Vollmacht, die er den beiden Kurfürsten in Frankfurt eröffnen werde. Wie er mündlich von Strauß gehört habe, ständen die Sachen so, daß er auf Frieden hoffen könne.[236])

Hatte Lienhardt aber Recht mit dieser Aussage? Die kaiserliche Vollmacht schien allerdings eine friedliche Gesinnung auszudrücken. Sie erteilte die Ermächtigung,

> mit unsern lieben oheimen curfursten und fursten und irer liebden mitverwandten der protestierenden stenden im Nurnbergischen stilstand begriffen, auch der andern, so darin nicht begriffen, semptlich und sonderlich von unserntwegen und an unser stadt in oberurten und andern sachen, die die streitigen religion belangend oder davon herrurende, handeln und mit denselben protestirenden stenden samptlich oder sonderlich einen bestendigen friden, fernern stilstand oder vergleichung uf christlich billich, allen teilen leidlich und annehmlich weg und mittel

abzuschließen.[237]) Diese Vollmacht gestattete also im Gegensatz zu dem Verhalten Helds auf dem Schmalkaldener Tage, der nur mit den im Nürnberger Frieden genannten Protestanten verhandeln zu dürfen erklärte, eine Abkunft irgend welcher Art mit sämtlichen Angehörigen der neuen Religion. — Werfen wir nun aber zur näheren Beleuchtung dieser Bevollmächtigung einen Blick zurück auf das, was man in den Bautzener Verabredungen vom Mai 1538 beabsichtigt hatte und was aus ihnen geworden war. Der König und der Kurfürst knüpften an die drohende Türkengefahr an, die eine Hilfsleistung von seiten des ganzen Reichs erfordere. Dies war also der Ausgangspunkt und zugleich der Zweck des beschlossenen Friedensversuches. Beide betonten dies stets in den Verhandlungen, und die kurfürstlichen Gesandten erklärten es in Eisenach ausdrücklich. Aus der späteren Entwickelung aber ersehen wir, daß sich Ferdinand und Joachim außer in dem Punkte, daß eine allgemeine Reichshilfe gegen die Türken nötig sei und deshalb erlangt werden müsse, arg mißverstanden haben. Für den ersteren war die geplante Einigungsverhandlung in der Religionssache eine Beseitigung einiger Mißbräuche, Bewilligung von Priesterehe und Laienkelch, „Kleinigkeiten",[238]) die der Substanz des katholischen Glaubens nicht entgegen waren, Dinge, für die ja Ferdinand selbst auf der Salzburger Provinzialsynode eingetreten war. Diese Sache war ganz in seinem Sinne, und der Nuntius konnte mit Recht nach Rom berichten, daß dem Könige die beabsichtigte Konkordie gut gefiele. Durch diese Zugeständnisse, über die durch eiligst gesandte päpstliche Legaten mit den Lutheranern verhandelt werden sollte, hoffte Ferdinand sie so weit zu gewinnen, daß sie eine starke Hilfe leisten und sonst im Reich Frieden halten würden. Auch war er wohl noch bereit, in den bisher unternommenen Prozessen des Kammergerichts gegen die Neugläubigen einen Stillstand zu bewilligen. Er dachte aber nicht daran, den Kern des Nürnberger Friedens wesentlich zu ändern. Daher sagte er auch zu Joachim, wenn die Protestanten einige „gerechte Beschwerden" über diesen hätten, sollte er ihm dieselben zu weiterer Mitteilung an den Kaiser melden. Wenngleich also der König eine Konkordie wegen Abstellung der auch von ihm empfundenen Mißbräuche wünschte, so war sie ihm in der Haupt-

sache doch nur ein Mittel zur Erlangung der Türkenhilfe. Für den Kurfürsten aber konnte diese Einigungsverhandlung nicht so wenig bedeuten wie für den König. Er, der ja im Herzen den protestantischen Anschauungen so nahe stand, gebrauchte zu seiner Vermittelungspolitik und zur Wiederherstellung einer Kirche nicht Zugeständnisse in „Kleinigkeiten", sondern eine freie Aussprache über die Religion zur Reformation der Kirche. In diesem Sinne hatte er, wie wir gesehen haben, schon dem Bischof von Acqui auf seine Konzilseinladung geantwortet. Zur Ermöglichung eines solchen Religionsgespräches und zur Leistung der Türkenhilfe aber mußten die Protestanten zunächst sicher gestellt und die Deutschen auf diese Weise „einig" gemacht werden. Die Grundlage der Verhandlungen war nach seiner Ansicht ein beständiger unzweideutiger Friede zwischen beiden Konfessionen; dann konnte die Hilfe geleistet und schließlich unter dem Schutz des Friedens eine Religionsvergleichung versucht werden. Diese ließ Joachim daher in seinen Briefen und Verhandlungen mit den Protestanten zunächst völlig außer Betracht und sprach nur von der Leistung der Türkenhilfe, die ihnen durch die Gewährung eines beständigen Friedens ermöglicht werden sollte. Erst als er seine bestimmt formulierten Artikel den Häuptern des schmalkaldischen Bundes im November übersandte, bemerkte er am Schluß:

> nach solchen abgehandelten articeln wölten sein churf. gnaden hoffen, auch die wege finden zu sein, domit man durch bequeme wege einmall zu einem einmuthigem vorstand und vorgleichung unsern christenlichen religion und glaubens kommen möchten.[239])

Dann konnte man auch unter dem Schutz des Friedens eine Einigung betreffs der Teilnahme der päpstlichen Gesandten herbeizuführen versuchen. Bei den Verhandlungen zu einem Frieden aber mußte diese schwierige Frage nur Störungen mit sich bringen.

Ferdinand war zunächst eifrig besorgt, den Papst durch den Nuntius zur Sendung von Kommissaren zu bewegen. Als er aber dann durch Joachim von den Wünschen der Protestanten inbezug auf einen ständigen Frieden hörte, wagte er es nicht, sie dem Nuntius mitzuteilen, um nicht etwa die Sendung der päpstlichen Vertreter dadurch zunichte zu machen und so die Konkordie schon

jetzt zum Scheitern zu bringen. Er drängte vielmehr, diese zu beschleunigen, sei es, daß man sie für immer oder auf bestimmte Zeit schließe, um so die Türkenhilfe zu erlangen. Die Protestanten aber wollte er „zwischen Furcht und Hoffnung" halten und sie dadurch zu milderen Forderungen bringen. Deswegen verlangte er beständig genau formulierte Artikel, um danach mit dem Kaiser zusammen das Maß der Zugeständnisse festsetzen zu können. Als nun aber die Forderungen dieselben blieben, ein beständiger Friede für alle, die Protestanten seien oder sein würden, (und) Abstellung alles Widerwärtigen, besonders der Prozesse und freie Verfügung über die Kirchengüter, mit andern Worten, Gleichberechtigung beider Konfessionen, da trat die Sache der Konkordie für Ferdinand völlig zurück. Hierbei wirkte aber auch die Stellung Karls zu dieser Angelegenheit mit. Aleander meinte einmal, daß mit dem Hin- und Herschreiben von Wien nach Spanien und dem daraus entstandenen Zeitverlust die ganze Konkordie verdorben worden sei. Der Legat hatte darin großenteils Recht. Ferdinand bat von Anfang an den Kaiser um Beschleunigung; dieser aber, der doch selbst in Nizza die Sendung eines päpstlichen Legaten zu einer Verhandlung mit den Abgefallenen beim Papst erwirkt hatte, schien das Interesse an der Sache verloren zu haben. Oder er hatte sich davon überzeugt, daß zunächst von einer Religionsverhandlung der bestehenden Gegensätze wegen nicht die Rede sein könne. Jedenfalls blieben die Vollmachten und Instruktionen aus, und er befahl vielmehr, ihm zunächst über die Forderungen der Protestanten zu berichten, über die in der Glaubenssache zu Nizza und Aiguesmortes gefaßten Beschlüsse zu einer gütlichen Rückführung der Protestanten aber strengstes Geheimnis zu bewahren. Von der Mitwirkung Joachims schwieg er allmählich ganz und schien das Weitere hierin seinem Bruder überlassen zu wollen, im allgemeinen aber dem Kurfürsten nur eine nebensächliche Rolle zugedacht zu haben. Um die Türkenhilfe zu erlangen, wollte man es jetzt statt einer Konkordie mit einer „Suspension" versuchen.

Auf die Stellung, die Joachim schließlich bei den Verhandlungen einnahm, hatte ein Mißverständnis großen Einfluß. Er hatte seine Stellung als Vermittler so aufgefaßt, daß er, und dann auf Wunsch

des Kurfürsten von Sachsen auch der Pfälzer die Verhandlungen mit den Lutheranern auf sich nehmen sollten und der König sie dann kraft der kaiserlichen Vollmacht im Falle der Zustimmung bestätige, wie wir es klar in der Instruktion für Nikolaus Metzraden gesehen haben. Das war auch die Ansicht der Schmalkaldener auf dem Tage zu Eisenach; wenn die kaiserliche Vollmacht erlangt wäre, würden sie gern auf weitere Verhandlungen mit den beiden Kurfürsten eingehen. Und das scheint auch zunächst die Meinung Ferdinands gewesen zu sein. Als nun Jakob Schillingk den Bericht über die Eisenacher Verhandlungen dem König überbrachte, verstand ihn dieser fälschlicherweise dahin, als ob die beiden Kurfürsten die kaiserliche Vollmacht für sich selbst ausgestellt haben und den König ganz ausschließen wollten. Dieser aber, der ja die Forderungen der Stände kannte, war gar nicht gewillt, ihnen die Unterhandlungen anzuvertrauen. Am liebsten hätte er beide überhaupt ausgeschlossen. Um aber eine Kränkung zu vermeiden, wurden sie als Vermittler ohne jede Vollmacht beibehalten. Und Ferdinand schrieb an seinen Bruder, daß er kaiserliche Kommissare erwarte, deren Sendung der Kaiser bisher nur eventuell in Aussicht gestellt hatte. Nun sandten Karl und Ferdinand ihre eigenen Gesandten, um eine Suspension zustande zu bringen und dadurch die Türkenhilfe zu erlangen. Von einer Konkordie hörte man nichts mehr.

Was sollte nun aber aus den Vertretern des Papstes werden, die man in Rom eigens erbeten hatte?

Der Papst verlangte die Niederschlagung der ganzen Verhandlung mit den Protestanten oder eine entscheidende Teilnahme seiner Gesandten.[240]) Denn eine Suspension sei nicht statthaft und habe stets die katholischen Interessen geschädigt. Die Lutheraner würden dieselbe nur zur Ausdehnung ihrer Sekte und zum Raube der Kirchengüter benützen. Eine völlige Konkordie müsse hergestellt werden. Anfang Januar fragten Legat und Nuntius beim Könige wegen einer Suspension an, der aber eine Antwort verweigerte. Der Kaiser versicherte zwar dem Nuntius Poggio, daß der Papst überzeugt sein könne, daß auf das Ansehen des heiligen Stuhles Rücksicht genommen werden würde, die kaiserliche Vollmacht aber tat des Papstes mit keinem Worte Erwähnung.

Schließlich sah auch Aleander ein, daß es bei der gegenwärtigen Lage fast unmöglich sei, zu etwas anderem als zu einer Suspension zu kommen. Um aber die Ehre des heiligen Stuhls zu wahren, faßte er den Entschluß, der auch von Seiten der Kurie gebilligt wurde, offiziell jegliche Beteiligung abzulehnen und sich mit dem Ausspruch des Vertrauens auf die katholische Gesinnung des Kaisers und Königs zurückzuhalten; heimlich aber wollte er durch Vermittlung des Kardinals von Trient dafür sorgen, daß bei Bewilligung der Suspension eine Konkordienverhandlung nicht ausgeschlossen würde, ohne die ein ungeheurer Schade für die Kirche entstände. Denn wie sollte man sonst das weitere Wachstum der Protestanten hindern und die Kirchengüter retten? Am besten aber wäre es schon, wenn Karl unter dem Vorwand des Türkenkrieges mit Spaniern und Italienern ins Reich käme; dann würden die Lutheraner bescheiden werden.[241])

Am 1. Februar hatten die Päpstlichen nochmals ein längeres Gespräch mit Ferdinand. Kaiser und König hätten stets von einer Glaubenseinigung gesprochen und deswegen seien sie geschickt worden. Joachim aber habe in seinen Briefen, die er im Namen der Lutheraner gesandt habe, des Papstes nicht Erwähnung getan, indem diese nur mit den beiden habsburgischen Brüdern verhandeln wollten. Daher sei es notwendig, daß Lunden auf kluge Weise die Lutheraner dazu bringen müßte, die Teilnahme der Päpstlichen zuzugestehen. Und wenn die Parteien so in den Hauptsachen übereingekommen wären, sollte über die einzelnen Punkte der Konkordie verhandelt werden, und zwar werde der Papst sich sehr gütig zeigen in allem, was er ohne Ärgernis für die Gesamtkirche bewilligen könne. Ferdinand forderte sie daher auf, doch dem Erzbischof Aufträge zu geben, inwieweit er vorgehen und Zugeständnisse machen könne, damit die Fürsten nicht erst durch das Nachrichtenholen unnötig aufgehalten würden. Die Päpstlichen aber waren zu vorsichtig und lehnten dies ab. Sie wüßten ja noch nicht, ob man sich „in den Hauptpunkten" einigen würde, und so lange wäre es unnütz, über Artikel zu sprechen, die sich bei ihrer Teilnahme von selbst ergeben würden. Sie hätten keinen Auftrag, Vollmachten an andere zu geben. Die Fürsten könnten zudem ruhig etwas warten. Denn nachdem der Streit nun schon über zwanzig Jahr gedauert habe,

käme es auf einige Tage nicht an. Lund, der um seine Ansicht befragt wurde, betonte mit Rücksicht auf die Türkengefahr die Notwendigkeit einer Suspension, um die Hilfe zu erlangen. Auf Ferdinands Bitten willigten auch die Päpstlichen ein, daß der König hierin nach seiner Meinung verfahre, obwohl diese Sache eigentlich die ganze Christenheit angehe.[242]) Legat und Nuntius hielten noch eine Sonderkonferenz mit dem kaiserlichen Gesandten, um ihm die Sorge für die Kirche recht ans Herz zu legen. Und Lunden schien auch „sehr belehrt" davon zu gehen. Die Päpstlichen aber wußten nicht, daß die kaiserliche Instruktion für Lund eine Teilnahme der Vertreter des Papstes bei Widerspruch der Protestanten aufgab.[243]) Doch trotz alles Vertrauens auf die gut katholische Gesinnung des Kaisers und des Königs wagte der Legat nichts Gutes mehr zu erhoffen, sondern erwartete von der ganzen Verhandlung entweder gar nichts oder etwas Nachteiliges, nicht etwa durch Schuld des Lunden, sondern wegen der Kürze der Zeit, der Notwendigkeit der Türkenhilfe und der Schwierigkeit des Stoffes.[244])

Aleander hatte Recht mit den Befürchtungen, die er vor dem Frankfurter Tage hegte. Die gefaßten Beschlüsse waren der Kirche ungünstig. Es gelang nicht, die Zustimmung der Protestanten zur Teilnahme der Päpstlichen an dem Religionsgespräch zu Nürnberg zu gewinnen. Auch die katholischen Fürsten waren unzufrieden, um so mehr als man sie zu den Verhandlungen nicht zugezogen hatte. Karl hatte ursprünglich auf die Teilnahme derselben hingewiesen. Baumgarten[245]) glaubt nun, daß man von Seiten der Habsburger darauf habe verzichten müssen, weil die Protestanten sie nicht zugelassen hätten. Allerdings gibt ja auch, wie wir gesehen haben, Johann Friedrich die Teilnahme des Kardinals von Mainz an der Liga als Grund für die Ablehnung seiner Vermittelung an. Aber da der Landgraf von Hessen nichts dagegen einzuwenden hatte, werden wir wohl annehmen dürfen, daß hier die territorialen Streitigkeiten zwischen Sachsen und Mainz wegen Magdeburgs auf die Ablehnung des ersteren einen gewissen Einfluß ausübten. Ferner hat Ferdinand selbst in seinem Schreiben vom 2. Oktober dem Kaiser ein Mitglied der Liga, Herzog Heinrich von Braunschweig, zur Ernennung

als kaiserlichen Unterhändler vorgeschlagen. Ich glaube deshalb vielmehr, daß die spätere Ausschließung der Liga ganz im Sinne der Habsburger war. Denn es war gewiß, daß die katholischen Fürsten einen Stillstand des Kammergerichts, dieser vortrefflichen Handhabe gegen die Protestanten, keineswegs zulassen würden. Ein solcher Stillstand aber war ein Zugeständnis, das nicht zu umgehen war.

War Aleander schon über den Ausgang des Frankfurter Tages äußerst ergrimmt, so wurde er es noch mehr, als das festgesetzte Nürnberger Religionsgespräch auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Der Legat hatte immer noch gehofft, daß es ihm doch vergönnt sein werde, daran teilzunehmen, und hatte deswegen seine Abreise stets hinausgeschoben. Jetzt war aber seine Sendung ganz überflüssig geworden. Er, der sich rühmte, das Wormser Edikt, die Kriegserklärung des Reiches gegen die Ketzer, durchgesetzt zu haben, der seinen Auftrag mit der Hoffnung übernommen hatte, sich durch die Unterwerfung und Zurückführung der Protestanten unvergänglichen Ruhm um die Kirche zu erwerben, der, wie er selbst einmal schrieb, ehrgeizig wie ein Götzendiener war, mußte krank vor Ärger am 9. Oktober 1539 Wien verlassen, ohne etwas erreicht zu haben, ja sogar ohne von den Protestanten überhaupt beachtet worden zu sein.

Joachim II. sah mit Trauer in den Frankfurter Verhandlungen, welche Schwierigkeiten seinem Einigungsversuch entgegenstanden. Von dem, was er anfangs gehofft, einem ewigen Religionsfrieden, war überhaupt nicht die Rede. Dennoch aber hat sich Joachim um Deutschland und um den Protestantismus ein großes Verdienst erworben, indem er für den Fortbestand des Friedens wirkte und als erster an ein Religionsgespräch dachte, eine Politik, die die nächsten Jahre beherrschte und neue Breschen in die Alleinherrschaft der katholischen Kirche legte, insofern es sich nicht mehr um Unterwerfung unter die alte Kirche handelte, sondern um eine gütliche Einigung zweier gleichberechtigter Konfessionen.

—

Exkurs.

Ansichten über das Verhalten Helds auf dem Schmalkaldener Tage und die Gründung des Gegenbundes.

Das Verhalten des kaiserlichen Kanzlers auf dem Schmalkaldener Tage hat von den Historikern die verschiedensten Beurteilungen erfahren. Seckendorf[246]) und Ranke[247]) glauben, daß Karl die Protestanten für immer habe sicherstellen und die Zugeständnisse des Nürnberger Religionsfriedens habe erweitern wollen, daß aber Held in seinem katholischen Eifer und im Haß des Juristen gegen die Verächter des Reichsrechts eine von den Absichten des Kaisers abweichende Politik verfolgt habe. Auch Bezold und Maurenbrecher[248]) schließen sich dieser Ansicht an, während Egelhaaf[249]) dem Kanzler zwar die Berechtigung zu dieser feindseligen Politik zugesteht, ihm aber einen Vorwurf daraus macht, daß er von Anfang an von den zwei möglichen Wegen nur den kriegerischen versucht hat. Meinardus[250]) meint, daß man am königlichen Hofe das in der geheimen Instruktion vorgeschlagene Mittel der Nationalversammlung für nicht annehmbar gehalten habe, weil das protestantische Prinzip dadurch gestärkt und die katholischen Fürsten zurückgestoßen worden wären. Da nun aber Held gleichzeitig den Auftrag gehabt hätte, als letztes Mittel ein Bündnis zustande zu bringen, um den Frieden durch Gewalt oder durch Einschüchterung zu erzwingen, so sei der Kanzler vielleicht deshalb so schroff in Schmalkalden aufgetreten, um eine schroffe Antwort zu erhalten, die Gründung des Gegenbundes auf diese Weise besser durchführen zu können und besonders die nicht extrem katholischen Fürsten unter Hinweis auf den Willen des Kaisers und den Trotz der Schmalkaldener zum Anschluß zu bringen. — Eine Politik der Einschüchterung aber war, wie ich oben auseinandergesetzt habe, bei den damaligen Machtverhältnissen nicht

möglich. Und ferner kann die Stelle der geheimen Instruktion, auf die sich Meinardus beruft, „oder ein anderes Mittel, doch so, daß die kaiserliche Würde nicht verloren geht" unter keinen Umständen die Vollmacht zur Gründung des Gegenbundes bezeichnen; denn es kann sich hier in dem Zusammenhange mit den anderen Vorschlägen, die sämtlich eine Gewinnung der Protestanten beabsichtigen, gleichfalls nur um eine Vergünstigung irgend welcher Art für die Lutheraner handeln. Das gerade Gegenteil, die Gründung eines katholischen Gegenbundes, mußte deutlicher ausgedrückt werden.

Nach Heide,[251]) der ja die zweite Instruktion aufgefunden hat, ergänzt die allgemeine deutsche Instruktion die geheime französische insofern, als wir erfahren, 1. daß Karl bereits zu einer Zeit, in der es noch nicht feststand, ob das Konzil zustande kommen werde oder nicht, für letzteren Fall ein Mandat suchte, um auch ohne Konzil eine Einigung herbeizuführen, 2. kündigten sich die in der geheimen Instruktion zu Wiederherstellung ruhiger Verhältnisse beabsichtigten Maßnahmen als eine Aktion gegen den schmalkaldischen Bund an. Karl blieb dem alten Standpunkt treu und war nicht zu Zugeständnissen geneigt, denn die Mission Helds fand ihren Abschluß in der Liga. Heide hält sich dabei an die Worte: „sei es, daß man den Nürnberger Frieden aufrecht erhalte oder einen neuen Vertrag zur Beobachtung des Landfriedens aufrichte." Diesen schafft Held in der Nürnberger Liga, die laut des Bundesabschieds vom 12. Juni 1538 auch den evangelischen Ständen die Aufnahme gestattete gegen die Verpflichtung, bei dem damaligen Stande ihres Kirchenwesens zu bleiben, die Beschlüsse eines gemeinen christlichen Konzils oder einer durch Kaiser und Reich vorzunehmenden Reformation zu vollziehen. Diese Bedingung fehlt zwar in der geheimen Instruktion, ist aber dem Sinne nach darin enthalten gewesen, denn nur so konnte Karl den Protestanten dauernden Frieden gewähren. Diesen verklausulierten Vertrag konnte Held natürlich nicht in Schmalkalden anbieten, war wahrscheinlich auch gar nicht bevollmächtigt dazu, da es sich in der geheimen Instruktion nur um Projekte handelt. — Diese Anschauung Heides ist schon deshalb falsch, weil sie sich auf die nach dem ganzen Zusammenhange unmögliche Behauptung gründet, daß

es sich in der geheimen Instruktion nicht um Bewilligungen des Kaisers handle, sondern um eine „Aktion gegen den schmalkaldischen Bund." Auch wäre es wunderbar, in der sonst so ausführlichen Instruktion eine so wesentliche Bedingung wie die oben erwähnte als selbstverständlich wegzulassen.

Auch De Leva[252]) gründet seine Meinung auf die falsche Auffassung der geheimen Instruktion, die kein Wort davon enthalten hätte, sich von der rechtlichen Basis des Nürnberger Friedens zu entfernen. Außerdem wäre es unklug gewesen, den Papst vor den Kopf zu stoßen, den ja Karl gerade aus seiner Neutralität zu sich herüberziehen wollte. Und wenn die Gesinnung Helds kein Hindernis für seine Sendung gewesen wäre, so sei es ein noch stärkerer Beweis für die gleichen Absichten des Kaisers. De Leva vergißt aber, daß Karl wegen der franzosenfreundlichen Gesinnung des Papstes ergrimmt war und deswegen diesen durch eine Begünstigung der Protestanten bestrafen wollte; inbezug auf Helds Sendung aber durfte der Kaiser voraussetzen, daß er seine persönlichen Ansichten der kaiserlichen Politik unterordnen werde.

Friedensburg's[253]) Ansicht, daß Ferdinand seine Zustimmung zu der geheimen Instruktion nicht gegeben habe, sondern mit Held völlig einverstanden gewesen sei, habe ich durch seine Briefe an den Kaiser widerlegt. Wenn Friedensburg aber den Beifall des Königs für die Politik des Kanzlers aus einer Depesche Morones zu lesen glaubt, so beruht das auf einem kleinen Mißverständnis. Denn die betreffende Stelle besagt, daß Held sich nach der Aussage des Tridentiners vorzüglich im Interesse des heiligen Stuhls benommen hat. Zudem wäre der Tridentiner an sich kein unverdächtiger Zeuge, da er ein heftiger Gegner der Protestanten war und stets für ihre gewaltsame Niederwerfung eintrat.

Baumgarten[254]) findet eine Erklärung für Helds Verhalten, das die Gefahr eines Bruches zum mindesten sehr nahe rückte, darin, daß Held als sicher annehmen durfte, daß die Schmalkaldener unter keinen Umständen auf irgend eine Kooperation mit Frankreich eingehen würden, wie aus Helds Gespräch mit Morone hervorgeht.[255]) Darin wird Held durch die Schmalkaldener Verhandlungen bestärkt, denn die Protestanten weisen nicht ein einziges Mal darauf hin, die Lage Karls für die eigene Sicherheit

auszunützen. Er hält die geheime Instruktion zurück, der Kaiser hatte die Protestanten für gefährlicher gehalten als sie waren. Dagegen aber spricht des Kanzlers eigener Bericht über den Schmalkaldener Tag, daß ein Gesandter Frankreichs sich bei Philipp aufgehalten habe, dieser aber darüber nichts habe mitteilen wollen, ein Umstand, der doch für den kaiserlichen Kanzler bedenklich gewesen sein muß.

Anmerkungen.

1. (S. 2.) Baumgarten, Historische Zeitschrift VI, S. 279: Brief Karls an Ferdinand.

2. (S. 2.) Lanz, Korrespondenz Karls V., II, S. 265.

3. (S. 3.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 13.

4. (S. 3.) Ebenda I, 2, Nr. 13.

5. (S. 3.) Buchholtz, Geschichte Ferdinands IX., S. 364.

6. (S. 3.) Riezler, Geschichte Baierns IV, S. 289.

7. (S. 3.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 21.

8. (S. 4.) Heide, „Geschichte der Stadt Nürnberg" in Schriften des Vereins für Geschichte Nürnbergs, VIII. Beilage V, S. 189 ff.

9. (S. 5.) Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation IV, S. 98.

10. (S. 7.) Winckelmann, Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg II, Nr. 439.

11. (S. 7.) Lanz, a. a. O. II, S. 268 ff.

12. (S. 8.) Forschungen zur Deutschen Geschichte XXII, S. 606.

13. (S. 8.) Historisch-politische Blätter 102, 714 ff.

14. (S. 9.) Histor. Zeitschrift VI, S. 286, Anm.

15. (S. 9.) Winckelmann, a. a. O. II, Nr. 442.

16. (S. 9.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 8. 11. 19. 24. 28.

17. (S. 9.) Histor. Zeitschr. VI, S. 281.

18. (S. 9.) Ebenda.

19. (S. 10.) Buchholtz, a. a. O., V, S. 331.

20. (S. 10.) Ein darauf bezüglicher Brief liegt im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv nicht vor.

21. (S. 10.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 21.

22. (S. 11.) Wiener H. H. St. A., Reichssachen in genere fasc. X.: Bericht Helds.

23. (S. 11.) Ebenda.

24. (S. 11.) Winckelmann, a. a. O., II, Nr. 439.

25. (S. 12.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 4.

26. (S. 13.) Ebenda I, 2, Nr. 44.

27. (S. 14.) Buchholtz, a. a. O., V, S. 332 Anm.
28. (S. 14.) Meinardus, der Katzenelnbogische Erbfolgestreit I, 2, Nr. 307.
29. (S. 15.) Wiener H. H. St. A., Reichssachen in genere fasc. X.
30. (S. 15.) Vgl. Exkurs.
31. (S. 15.) Baumgarten, Geschichte Karls V., III, S. 304.
32. (S. 16.) Ebenda III, S. 306.
33. (S. 16.) Ebenda III, S. 306.
34. (S. 16.) Histor. Zeitschr. VI, S. 283.
35. (S. 17.) Janssen, Deutsche Geschichte III, S. 395.
36. (S. 17.) Spieß, Geschichte der kaiserlich=neunjährigen Einung, S. 23.
37. (S. 17.) Stumpf, Bairische Geschichte, S. 196.
38. (S. 18.) Meinardus, a. a. O., II, 1, S. 98.
39. (S. 18.) Ranke, a. a. O., S. 102 f.
40. (S. 18.) Meinardus, a. a. O., II, 1, S. 98 f. glaubt nach Rommel II, S. 386, daß Herzog Heinrich sich im Februar 1537 in Schmalkalden aufhielt.
41. (S. 18.) Buchholtz, a. a. O., V, S. 331.
42. (S. 18.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 44.
43. (S. 19.) Buchholtz, a. a. O., IX, S. 139.
44. (S. 19.) Vgl. zur Entstehung des Bundes das Nähere bei Baumgarten, Histor. Ztschr. VI, S. 283 ff.
45. (S. 19.) Riezler, a. a. O., S. 297.
46. (S. 19.) Nuntiaturberichte I, 4, Tgb. z. 16, I, 1539.
47. (S. 19.) Buchholtz, a. a. O., IX, S. 367.
48. (S. 20.) Nuntiaturberichte I, 4, S. 461 Anm.
49. (S. 20.) Rommel, Philipp von Hessen I, S. 421 ff.
50. (S. 21.) De Wette, Luther V, 83 ff,
51. (S. 22.) Baumgarten, a. a. O., III, S. 325 ff.
52. (S. 22.) Winckelmann, a. a. O., II, Nr. 505. 506. 507. 513.
53. (S. 22.) von Gevay, Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Verhältnisse zwischen Österreich und der Pforte im 16. Jahrhundert.
54. (S. 23.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 53.
55. (S. 23.) Ebenda I, 2, Nr. 57.
56. (S. 23.) Ebenda I, 2, Nr. 63.
57. (S. 23.) Vgl. Buchholtz, a. a. O., V, S. 109.
58. (S. 24.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 16 u. 19.
59. (S. 24.) Venetianische Depeschen vom Kaiserhof I, 9.
60. (S. 24.) Ebenda I, Nr. 1 ff.
61. (S. 25.) Ebenda I, 70 ff. 150.
62. (S. 25.) Ebenda I, 33.
63. (S. 25.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 20.
64. (S. 26.) Ebenda I, 2, Beilagen 3—5.

65. (S. 26.) Ebenda I, 2, Nr. 11.
66. (S. 26.) Ebenda I, 2, Nr. 38.
67. (S. 26.) Ebenda I, 2, Nr. 9. 29.
68. (S. 26.) Ebenda.
69. (S. 26.) Ebenda I, 2, Nr. 40.
70. (S. 26.) Ebenda I, 4, Tgb. z. 26. II, 1539.
71. (S. 26.) Ebenda I, 2, Nr. 41.
72. (S. 27.) Ebenda I, 2. Nr. 10. 50.
73. (S. 27.) Loserth, Reformation und Gegenreformation in den innerösterreichischen Ländern, S. 67 u. 69.
74. (S. 27.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 9 u. 10.
74a. (S. 27.) Ebenda I, 3, Nr. 25.
75. (S. 27.) Ebenda I, 2, Nr. 65.
76. (S. 27.) Ebenda I, 3, Nr. 107.
77. (S. 27.) Ebenda I, 3, Nr. 28.
78. (S. 27.) Ebenda I, 2, Nr. 82.
79. (S. 27.) Ebenda I, 4, Nr. 225.
80. (S. 27.) Ebenda I, 2, Nr. 95.
81. (S. 27.) Albéri, Relazioni degli Ambasciatori Venetiani Ser. I, 2, S. 126.
82. (S. 27.) Nuntiaturberichte I, 4, Nr. 227.
83. (S. 28.) Ebenda I, 3, Nr. 79.
84. (S. 28.) Ebenda I, 2, Nr. 46.
85. (S. 28.) Ebenda I, 3, Nr. 44.
86. (S. 28.) Ebenda I, 3, Nr. 85.
87. (S. 28.) Ebenda I, 4, Nr. 164.
88. (S. 28.) Ebenda I, 3, Nr. 45; Nr. 176, Anm. 2 und I, 4, Nr. 204.
89. (S. 28.) Ebenda I, 2, Nr. 27; I, 3, Nr. 128.
90. (S. 28.) Ebenda I, 3, Nr. 85 u. 66.
91. (S. 28.) Ebenda I, 2, Nr. 65.
92. (S. 28.) Sleidan, Commentarii XII, S. 105 f.
93. (S. 28.) Nuntiaturberichte I, 3, Nr. 16 u. 83, vgl. Pastor, die kirchlichen Reunionsbestrebungen S. 172 ff.; Ellinger, Philipp Melanchthon, Kawerau, Deutsch-ev. Blätter N. F. 1, S. 149 und in den Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte.
94. (S. 29.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 35.
95. (S. 29.) Varrentrapp, Hermann von Wied, S. 75 ff. und Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 4.
96. (S. 29.) Dalham, Concilia Salisburgensia S. 288 ff.
97. (S. 30.) Innsbrucker Statthaltereiarchiv, An kgl. Mt. VI, 189.
98. (S. 30.) Ebenda V, 474.
99. (S. 32.) Dalham, a. a. O., S. 291 ff.
100. (S. 32.) Innsbrucker Statthaltereiarchiv, Kopialbuch VI, 150 bis 153 und V, 506 u. 507 (1537.)

101. (S. 32.) Dalham, a. a. O., S. 297.

102. (S. 33.) Innsbrucker Statthaltereiarchiv VI, 200—204.

103. (S. 33.) Ebenda VI, 215—217.

104. (S. 34.) Vgl. die Instruktion der kgl. Gesandten zum Tridentiner Konzil.

105. (S. 34.) Innsbrucker Statthaltereiarchiv VI, 200—204.

106. (S. 34.) Dalham, a. a. O., S. 297.

107. (S. 35.) Ebenda S. 301.

108. (S. 35.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 48.

109. (S. 35.) Ebenda I, 2, Nr. 51.

110. (S. 35.) Baronius, Annales ecclesiastici 1537, § 35.

111. (S. 35.) Akten des Innsbrucker Statthaltereiarchivs.

112. (S. 35.) Relazioni Venetiani Ser. I, 2, S. 120 u. 126.

113. (S. 35.) Ehse, Röm. Quartalschrift XIII.

114. (S. 36.) Raynaldus, Annales ecclesiastici 1538, § 10.

115. (S. 36.) Ebenda § 35.

116. (S. 37.) Venetianische Depeschen I, Nr. 30.

117. (S. 37.) Ebenda I, Nr. 31.

118. (S. 37.) Heide, Geschichte der Stadt Nürnberg VIII, Beilage V, S. 189 ff.

119. (S. 37.) Nuntiaturberichte I, 3, S. 204, Anm. 1 b. Übersetzung nach Friedensburg.

120. (S. 38.) Ebenda I, 3, S. 204, Anm. 1 a.

121. (S. 38.) Dieser Brief stimmt wörtlich überein mit Lanz, Korrespondenz II, S. 284 ff., Brief an Maria; die betr. Stelle auf S. 287.

122. (S. 38.) Nuntiaturberichte I, 3, S. 55, Anm. 1 und I, 3, S. 101, Anm. 4.

123. (S. 39.) Ebenda I, 2, Nr. 106.

124. (S. 39.) Ebenda I, 2, Nr. 101.

125. (S. 39.) H. H. St. A. Nr. 681, fol. 146—146[1].

126. (S. 39.) Der letzte Brief Karls an Ferdinand vor dem vom 15. Juni ist der vom 22. Mai aus Nizza, der den König mit Verhandlungen mit Moskau beauftragt. Lanz, Korrespondenz II, Nr. 456.

127. (S. 39.) „Comme avez entendu par mes precedentes paravant que men escripvissiez, que fu du 3 de juing estoy en Villefranche en termes avec nostre dict sainct pere.“

128. (S. 40.) Diese Übersetzung ist sprachlich möglich, wie mir Herr Privatdozent Dr. Pillet freundlichst zugegeben hat.

129. (S. 40.) Wiener H. H. St. A. Codex Suppl. 683 vol. I, p. 304.

130. (S. 41.) „trattato d'accordo.“

131. (S. 41.) Die beiden Berichte über diese Unterredung in Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 95 und I, 4, Beilage Nr. 11.

132. (S. 41.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 95.

133. (S. 41.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 11.

134. (S. 42.) Ebenda I, 2, Nr. 95.
135. (S. 43.) Ebenda I, 2, Nr. 101.
136. (S. 43.) Ebenda I, 2, Nr. 96.
137. (S. 43.) Ebenda I, 4, S. 446, Anm. 1.
138. (S. 43.) Ebenda I, 3, S. 204, Anm. 1 b.
139. (S. 44.) Ranke, a. a. O., IV, S. 146.
140. (S. 44.) G. St. A. zu Berlin, Rep. 14, Nr. 3, fol. 41—42.
141. (S. 44.) Nuntiaturberichte I, 2, S. 44, Anm. 3.
142. (S. 44.) Ebenda I, 2, Nr. 4.
143. (S. 45.) Ebenda I, 2, Nr. 95.
144. (S. 45.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 11.
145. (S. 45.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 12.
146. (S. 46.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 178—82.
147. (S. 46.) Die Antwort liegt im G. St. A. nicht vor, ergibt sich aber aus dem Briefe Joachims. Friedensburg, Nuntiaturberichte I, 4, S. 469, Anm. 1.
148. (S. 46.) Nuntiaturberichte I, 4, Nr. 26.
149. (S. 46.) Ebenda I, 2, Nr. 98 u. 99.
150. (S. 47.) Ebenda I, 2, Nr. 101.
151. (S. 47.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 28.
152. (S. 47.) Ebenda I, 2, Nr. 105.
153. (S. 48.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 27.
154. (S. 48.) Ebenda I, 4, S. 474, Anm. 3.
155. (S. 48.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 29.
156. (S. 47.) G. St. A., Pflugsche Sammlung II, Nr. 16.
157. (S. 47.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 105.
158. (S. 50.) Ebenda I, 2, Nr. 105.
159. (S. 50.) Ebenda I, 2, Nr. 106.
160. (S. 50.) Lanz, Korrespondenz II, Nr. 458.
161. (S. 50.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 106.
162. (S. 50.) Ebenda I, 2, Nr. 107.
163. (S. 51.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 12.
164. (S. 51.) H. H. St. A., Nr. 681, fol. 146.
165. (S. 51.) Lanz, Staatspapiere, S. 255 f. u. 269 f.
166. (S. 51.) Lanz, Korrespondenz II, S. 291. Dieser Brief fällt nicht in den Herbst, sondern Ende Juni 1538.
167. (S. 52.) H. H. St. A., Nr. 681, fol. 146—146[1].
168. (S. 52.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 12, Anm. 2.
169. (S. 52.) Ebenda I, 3, S. 101, Anm. 4.
170. (S. 52.) Ebenda I, 3, Nr. 1.
171. (S. 52.) Ebenda I, 3, Nr. 2.
172. (S. 53.) Ebenda I, 3, Nr. 3. 7. 10.
173. (S. 53.) Ebenda I, 3, Nr. 9.
174. (S. 53.) Ebenda I, 3, Nr. 8.

175. (S. 53.) Ebenda I, 3, Nr. 18 u. 20.
176. (S. 54.) Ebenda I, 3, Nr. 23; I, 4, Beilage Nr. 10.
177. (S. 54.) Ebenda I, 3, Nr. 26.
178. (S. 54.) Ebenda I, 3, Nr. 31.
179. (S. 54.) Ebenda I, 3, S. 58.
180. (S. 55.) Ebenda I, 3, Nr. 36.
181. (S. 55.) Ebenda I, 3, Nr. 35.
182. (S. 55.) Winckelmann II, Nr. 519.
183. (S. 55.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 66—69.
184. (S. 55.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 30.
185. (S. 56.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 59.
186. (S. 56.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 74.
187. (S. 56.) Ebenda, fol. 35—37.
188. (S. 57.) Ebenda, Rep. 14, Nr. 4, vol. III, fol. 12—15; cfr. Winckelmann, a. a. O. II, Nr. 537.
189. (S. 57.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 152—155.
190. (S. 58.) Ebenda, fol. 62.
191. (S. 58.) Ebenda, fol. 35—37.
192. (S. 58.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 13.
193. (S. 58.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 84—86.
194. (S. 59.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 162a.
195. (S. 59.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 91.
196. (S. 59.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 40.
197. (S. 59.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 39.
198. (S. 59.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 46.
199. (S. 59.) Ebenda I, 2, S. 183, Anm. 1.
200. (S. 60.) Ebenda I, 3, Nr. 39.
201. (S. 60.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 95—97.
202. (S. 60.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 14.
203. (S. 61.) Ebenda I, 3, Nr. 22 u. Anm. 2.
204. (S. 61.) Ebenda I, 3, Nr. 43.
205. (S. 62.) Ebenda I, 3, S. 204, Anm. 1.
206. (S. 62.) Ebenda I, 3, Nr. 49.
207. (S. 62.) Ebenda I, 3, Nr. 69.
208. (S. 62.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 4, fol. 15—16.
209. (S. 63.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 15.
210. (S. 63.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 82—83.
211. (S. 63.) Ebenda, Nr. 3, fol. 66—69.
212. (S. 63.) Ebenda, Nr. 3, fol. 64—65.
213. (S. 64.) Ebenda, Nr. 4, vol. I, fol. 21—22.
214. (S. 65.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 32.
215. (S. 65.) Ebenda I, 3, Nr. 69.
216. (S. 65.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 16.
217. (S. 66.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 33.

218. (S. 66.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 36.
219. (S. 67.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 37.
220. (S. 68.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 39.
221. (S. 68.) G. St. A., Rep. 14, Nr. 3, fol. 143—145.
222. (S. 69.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 40.
223. (S. 69.) Ebenda I, 3, S. 338.
224. (S. 69.) Ebenda I, 3, Nr. 58 u. 78.
225. (S. 70.) Ebenda I, 4, S. 454, Anm. 3.
226. (S. 70.) Ebenda I, 4, Nr. 18.
227. (S. 71.) Ebenda I, 3, Nr. 105 u. 119.
228. (S. 71.) G. St. A. Rep. 14, Nr. 4, vol. I, fol. 4—6.
229. (S. 72.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 19.
230. (S. 72.) Ebenda I, 3, Nr. 129.
231. (S. 72.) Ebenda I, 4, Beilage Nr. 41.
232. (S. 72.) G. St. A. Rep. 14, Nr. 4, vol. I, fol. 10—14 u. 84—88.
233. (S. 73.) G. St. A. Rep. 14, Nr. 3, fol. 189.
234. (S. 73.) G. St. A. Pflugsche Sammlung II, fol. 130.
235. (S. 73.) Ebenda fol. 133—134.
236. (S. 73.) G. St. A. Rep. 14, Nr. 4, vol. I, fol. 86—87.
237. (S. 74.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 17.
238. (S. 74.) „menutez“.
239. (S. 75.) Nuntiaturberichte I, 4, Beilage Nr. 36.
240. (S. 77.) Ebenda I, 3, Nr. 47.
241. (S. 78.) Ebenda I, 3, Nrr. 119 u. 123.
242. (S. 79.) Ebenda I, 4, Tgb. z. 1, II. und I, 3, Nr. 134.
243. (S. 79.) Lanz, Staatspapiere S. 277 f.
244. (S. 79.) Nuntiaturberichte I, 3, Nr. 134.
245. (S. 79.) Baumgarten, a. a. O., III, S. 355.
246. (S. 81.) Seckendorf, Historie des Luthertums.
247. (S. 81.) Ranke, a. a. O., IV, S. 102.
248. (S. 81.) Maurenbrecher, a. a. O., S. 33.
249. (S. 81.) Egelhaaf, Zeitalter der Reformation II, S. 318 f. 328 f.
250. (S. 81.) Forschungen zur Deutschen Geschichte XXII, S. 606.
251. (S. 82.) Heide, histor.-polit. Blätter 102, 714 ff.
252. (S. 83.) De Leva, Documenta di Carlo V. III, S. 260.
253. (S. 83.) Nuntiaturberichte I, 2, S. 30 f.
254. (S. 83.) Baumgarten, a. a. O., III, S. 301.
255. (S. 83.) Nuntiaturberichte I, 2, Nr. 13.

Lebenslauf.

Ich, Walter Hans Günter Rosenberg, evangelischen Bekenntnisses, bin am 12. Juni 1881 zu Hirschberg i. R. geboren als Sohn des Prorektors und Professors am königlichen Gymnasium zu Hirschberg Dr. Emil Rosenberg und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Philipp. Von Ostern 1890 an besuchte ich das königliche Gymnasium zu Hirschberg und verließ es Ostern 1899 mit dem Reifezeugnis, um evangelische Theologie und Geschichte zu studieren. Ich bezog die Universitäten Leipzig, Berlin, Breslau und hörte außer historischen und evangelisch-theologischen Vorlesungen auch solche auf dem Gebiete der Philosophie, klassischen Philologie und der allgemeinen Bildung. Am 3. Dezember 1902 bestand ich das examen rigorosum.

In dankbarer Gesinnung nenne ich hier die Namen meiner Lehrer, der Herren Professoren und Dozenten: Arnold, Baumgartner, Brandenburg, Benzinger, Brieger, Caro, Cichorius, Cornill, Delitsch, Dessoir, Deutzsch, Ebbinghaus, Freudenthal, Geiger, Gregory, Harnack, Hofmann, Kaufmann, Kawerau, Kittel, Lamprecht, Löhr, Friedrich Marx, Oncken, Schmidt, Schulte, Skutsch, Stumpf, Wrede.

Besonders aber bin ich den Herren Dozenten dankbar, an deren Seminaren ich mich beteiligen durfte: Caro, Cichorius, Cornill, Freudenthal, Kaufmann, Kittel, Oncken, Schulte, Wrede.

Zu größtem Dank jedoch bin ich Herrn Professor Dr. J. Caro verpflichtet. Auf seinen Rat und seine thatkräftige Unterstützung durfte ich jederzeit bei der Abfassung der vorliegenden Arbeit rechnen.

Zum Schluß spreche ich noch den verehrlichen Verwaltungen des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin, des Haus-, Hof- und Staatsarchivs zu Wien, des königlich preußischen historischen Instituts zu Rom, des Innsbrucker Statthaltereiarchivs und des Staatsarchivs zu Breslau ergebensten Dank aus für das Entgegenkommen, das sie mir bei der Herbeischaffung des Materials für meine Arbeit bewiesen haben, sowie Herrn cand. hist. Stöllinger zu Innsbruck, der mir die von ihm aus dem Innsbrucker Statthaltereiarchiv angefertigten Auszüge freundlichst zur Verfügung gestellt hat, und Herrn Konsistorialrat D. Kawerau, dem ich die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte zu verdanken habe.

Thesen.

I.

Für die Entstehung und Entwickelung der deutschen Städte ist der Markt das entscheidende Moment gewesen.

II.

Kaiser Ludwig der Baier verstand die Bestrebungen seiner Zeit nicht.

III.

Der Vertrag von Klein-Schnellendorf vom 9. Oktober 1741 ist ein Versuch Friedrichs des Großen, sich der österreichisch-englischen Partei zu nähern. Die Bedingung der strengsten Geheimhaltung war auf die Wahrung der Freiheit seiner Entschlüsse berechnet.

Druck von Ehrhardt Karras, Halle a. S.